

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: pränumerando: Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 23. Juli 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Bülow und der Block.

Herr Jules Suret, Mitarbeiter des „Figaro“, hält sich zurzeit in Deutschland auf, um die Leser seines Blattes über die „germanische Kultur“ zu informieren. Durch den französischen Votschafter Herrn Cambon hat er auch bei dem auf Nordsee weisenden Fürsten Bülow Zutritt gefunden und sich auf einem Spaziergang mit dem Reichskanzler über den deutschen Individualismus, das organisierte Genie der Deutschen, die militärische Unterordnung der deutschen Sozialdemokraten, den konservativ-liberalen Block usw. unterhalten — eine jener feuilletonistischen Konferenzen, wie sie der Veranlassung des Kanzlers entsprechen und wie er sie bei verschiedenen Gelegenheiten auch im Reichstage gehalten hat. Da wir nicht zu denen gehören, die wie Herr Jules Suret in dem Fürsten Bülow eine „Eliteerscheinung der deutschen Rasse“ sehen, und da wir ferner nicht der Ansicht sind, daß die privaten Anschauungen des Fürsten Bülow über den deutschen Individualismus ihrem Gehalt nach einen berechtigten Anspruch darauf haben, unserer Leserschaft mitgeteilt zu werden, so würden wir von der Unterredung keine Notiz nehmen, enthielte nicht das Gespräch eine Stelle, die recht charakteristisch für die Auffassung des Bülow-Kurpfus ist. Nach dem „Berliner Tageblatt“ fragte Suret:

„Und wird Ihnen die neue Majorität (Reichstagsmajorität), die aus den Wahlen hervorgegangen ist, die Führung der Geschäfte erleichtern?“

Bülow: „Ich hoffe es. Wir haben jetzt auch einen „Block“, gebildet aus den Konservativen und den Liberalen.“

Suret: „Man sagt, das sei eine widernatürliche Ehe.“

Bülow: „Die beiden sind nicht gar so verschieden. Gewiß trennen sie sich in den ökonomischen Fragen, da die konservativen Agrarier Schutzzölner und die Liberalen Freihändler sind. Aber da die Handelsverträge noch sechs Jahre dauern, braucht man diese trennenden Fragen nicht anzuschneiden. Ueber das übrige kann man sich verständigen.“

Bereits früher hat der Reichskanzler sich ähnlich geäußert, wenn auch nicht so bestimmt; nach dem Kamarilla-Spiel im vorigen Monat, dem Ministerwechsel im preussischen Staatsministerium und den neuerlichen gegenseitigen Anrempelungen zwischen dem rechten und linken Flügel des Blocks über die Aenderung des preussischen Dreiklassenwahlrechts, hat diese Meinungsäußerung über die Existenzmöglichkeit des Blocks jedoch eine andere Bedeutung als damals. Zweierlei beweist dieser Ausspruch. Erstens, daß Fürst Bülow sich nach dem sogenannten Minister-Retirement unter Ausschiffung des wegen seines geistigen Uebergewichts seinem hohen Chef unbecomend gewordenen Grafen Posadowsky fester in seiner Stellung fühlt, als vor dem Kamarilla-Spiel. Zweitens aber, daß er der Ansicht ist, das konservativ-liberale Paarungsverhältnis werde sich auch nach der Wiederöffnung des Reichs- und Landtages ruhig fortsetzen lassen, das heißt der liberale Flügel des Blocks werde sich dazu verstehen, unter denselben Bedingungen wie im Frühjahr nochmals die konservative Regierungspolitik zu unterstützen. Zwar ist die letzte Tagung des Reichstages unter dem Zeichen des Blocks recht trüblich verlaufen; weder hat sich der „vaterländische Geist“, der bei den letzten Wahlen erwacht sein sollte, zu nützlicher parlamentarischer Arbeit befähigt gezeigt, noch hat die freisinnige Partei für die schöne Disziplin, mit der sie sich den politischen Zwecken Bülows unterordnete und ihn in seiner gefährdeten Stellung stützte, den geringsten Gegendienst erlangt. Dennoch scheint der Reichskanzler ganz sicher zu sein, daß die Freisinnigen um Ruggan, Schrader und Naumann sich nochmals auf eine parlamentarische Segelfahrt im Reichstag unter konservativ-liberalem Panier einlassen werden — unbekümmert um das preussische Abgeordnetenhaus.

Nur in ökonomischen Fragen trennen sich die Konservativen und Liberalen, meint mit dem fröhlichen Optimismus, der ihn auszeichnet, der Kanzler, sonst „sind sie nicht gar so verschieden“, daß man sich nicht verständigen könnte. In diesem Ausspruch liegt sicherlich eine gewisse richtige Einschätzung der Liberalen mit Einschluß der Freisinnigen. Einige Festigkeit haben sie bisher stets nur in wirtschaftlichen Fragen bewiesen, d. h. in solchen Fragen, bei denen das materielle Interesse der von ihnen vertretenen bürgerlichen Erwerbsklassen eine Rolle spielte; in rein politischen Fragen haben sie sich dagegen stets recht nachgiebig gezeigt. Es ist deshalb gar keine schlechte Spekulation, wenn der Reichskanzler darauf rechnet, durch einige kleine Zugeständnisse auf wirtschaftlichem Gebiete, z. B. bei der Vörsenreform, den linken Flügel des Blocks nochmals vor den Regierungsfarren spannen zu können.

Und der größte Teil der freisinnigen Führer würde sich, vielleicht bis auf ein halbes Duzend, für einige derartige Geschenke sicherlich auch recht gerne bereit finden lassen, das Konjunktivverhältnis fortzusetzen. Die Zeit, wo sie sich noch als Vertreter bestimmter politischer Prinzipien fühlten, ist längst vorüber; selbst die Zeit, wo sie als Entschädigung für die Paarung noch einige Ministerposten und konstitutionelle Garantien verlangten, ist durch ihre Entwicklung zur Realpolitik überholt. Sie tun es heute weit billiger. Aber eine andere Frage ist, ob die freisinnigen Wähler diese Art Block-

politik ihrer Führer auf die Dauer mitmachen werden, und ob ferner Fürst Bülow imstande sein wird, den freisinnigen Parteien auch nur jenes kläglich bescheidene Maß an Zugeständnissen zu bieten, das selbst die Selbstlofesten der Freisinnigen fordern — und mit Rücksicht auf ihre Wählerschaft fordern müssen? Auch für die Freisinnigen gibt es schließlich eine Grenze, wo ihr Hoffen und Harren auf die Erfüllung der ihnen gemachten Versprechungen, einer Teilnahme am staatlichen Regiment aufhört, und ihr naives Vertrauen sich in Mißmut kehrt; hat sich doch ohnehin bereits einzelner süddeutscher Kreise, die nach der Wahl von der Erneuerung des liberalen Geistes philosphierten, ein starker Unmut bemächtigt.

Noch schwerer wiegt die Frage, ob Fürst Bülow selbst dann, wenn er will, dem Freisinn auch nur einigermaßen nennenswerte Zugeständnisse zu bieten vermag? Daß er will, wenn auch nur innerhalb bescheidener Grenzen, kann man für ziemlich sicher halten. Nach seiner Brüskierung des Zentrums und der von dieser Partei gegen ihn eingenommenen Haltung darf man annehmen, daß es ihm trotz seines Sanguinismus und seiner Kinogeroshaut nicht leicht fallen würde, wieder mit dieser Partei zu regieren — ganz abgesehen davon, daß das Zentrum vorausichtlich als Vorbedingung für seine Rückkehr in das alte Verhältnis die Verabschiedung Bülows fordern würde. Will also Bülow sich auf seinem Platz behaupten, dann muß er den Freisinn beim Block zu halten und wenigstens einige seiner Wünsche zu befriedigen suchen. Aber werden ihn die Konservativen auf seinem Posten dulden, wenn er sich anschießt, nicht mehr nur den Liberalen etwas zu versprechen, sondern auch einen Teil des Versprochenen zu halten? Sentimental ist die Junkerfrage niemals gewesen. Durch schöne Redensarten läßt sie sich nicht bestechen. Sie will herrschen. Für die liberal-konservative Paarung hat sie nichts übrig; die liberal-konservative Paarung ist ihr Lieber; jedenfalls aber hat sie nicht die geringste Neigung, zugunsten Bülows und seines Blockprogramms sich irgendwelche nennenswerten Opfer auferlegen zu lassen. Deutlich hat das erst vor kurzem die „Kreuzzeitung“ befundet, indem sie gegenüber dem Verlangen des süddeutschen Liberalismus nach liberalen Reformen ausführte, bisher hätte die in preussisch-konservativen Kreisen aufgeworfene Frage, ob wirklich die Gründung des Reiches für sie ein Segen gewesen sei, nur theoretische Bedeutung gehabt; leicht könne es aber, wenn die süddeutschen Liberalen in ihrer Agitation fortführen, geschehen, daß diese Frage praktische Bedeutung gewinne. Niemals würden sich die Konservativen der Zumutung fügen, „wegen der Liberalen in Süddeutschland und im Hinblick auf die Parteiverhältnisse im Reichstag die innerpreussische Politik dem Liberalismus preiszugeben“.

Und nicht minder zeigt der Kampf der preussischen Konservativen gegen den sächsischen Wahlrechtsentwurf, wie wenig sie geneigt sind, von ihrer beherrschenden Stellung irgend etwas aufzugeben und in der Frage des Dreiklassenwahlrechts Konzessionen zu machen. Nicht nur die Wahrscheinlichkeit, daß ihre sächsischen Gefinnungsgenossen etwas von ihrer heutigen Machtstellung einbüßen könnten, treibt die preussischen Junker zur Entrüstung über den Hohenthalischen Entwurf, sondern nicht minder das Bedenken, daß die Wahlreform in Sachsen gewissermaßen für Preußen die Bedeutung eines Präzedenzfalls haben könnte. Und um ihre Position zu behaupten, dazu besitzen die Konservativen nicht nur das Mittel der Opposition im Reichstage und preussischen Landtage, nicht nur das Mittel des passiven Widerstandes der mit ihnen durch tausend Fäden verbundenen preussischen Regierungsbürokratie, sondern auch den Weg über die hiesige Kamarilla.

Jedenfalls wird Fürst Bülow das Fortwursteln nach dem Rezept versucht, daß er sich für seine Blockpolitik zurecht gemacht hat. Er muß es versuchen, denn es bleibt ihm keine andere Wahl. Sobald er sich aber einsinken läßt, dem Liberalismus wirkliche Zugeständnisse zu machen, dürften seine Tage als „Repräsentanten germanischer Kultur“ und als deutsche „Eliteerscheinung“, um mit Herrn Suret zu reden, gezählt sein. Vielleicht wirft ihn dann die Kamarilla, der er jüngst glücklich entrann. Auf diese Art abgesetzt zu werden, ist ja das schöne Los der Reichskanzler im preussischen Deutschland.

Ostelbische Gutsherren und Berliner Detektiv-Moral.

Königsberg, den 20. Juli 1907.

Im August 1905 wurden, wie seinerzeit auch der „Vorwärts“ berichtete, auf dem dem Herzog von Anhalt-Desau gehörigen Gut Antekmen im Kreise Insterburg von dem Inspektor Neufang ein Landarbeiter erschossen. Durch die Schilderung dieses Vorfalles im „Ostpreussischen Landboten“ fühlte sich damals der Pächter dieses Gutes, ein Herr Oberamtmann Westek beleidigt, worauf der frühere Redakteur des Landboten, Genosse Vorchardt zu 300 M. Geldstrafe verurteilt wurde. Und weil Genosse Seeger in der „Leipziger Volkszeitung“ das freisprechende Urteil, welches die Insterburger Straf-

kammer in dieser Erschießungsaffäre gefällt, scharf kritisiert hatte, wurde er zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Diese Urteile scheinen den herzoglichen Gutspächter zu neuen Mitteln gegen ihn unbecomene Leute ermutigt zu haben.

In dem erstgenannten Prozeß gegen Genossen Vorchardt trat auch der Gastwirt Mahler aus dem dicht bei Antekmen gelegenen Dorf Stablaken als Zeuge gegen den Pächter Westek auf. Dieser Zeuge hatte sich auch sonst der von dem Gute wegen schlechter Behandlung fortgesetzten flüchtenden heimischen und ausländischen Landarbeiter angenommen. Gegen diesen Zeugen unternahm nun der Gutspächter Westek einen recht unsauberen Nachfeldzug, um den ihm unbecomene Nachbar zu vernichten. Er ließ sich von dem Detektivbureau „Spiny“ aus Berlin den Geheimagenten Sybow kommen, der bei ihm scheinbar als Gutsinspektor eintrat, in Wirklichkeit aber die Aufgabe hatte, den verhassten Nachbar Mahler, der in Stablaken eine Gastwirtschaft hatte, zu beobachten und Material zu seiner Verurteilung zur Entziehung der Konzession zu sammeln.

Sybow verkehrte nun fleißig in der Wirtschaft des Mahler, wobei er sich gelegentlich recht abfällig über die Zustände in Antekmen und über die Person des Pächters äußerte. Dann infizierte dieser und Sybow eines Tages einen Streit, wonach der falsche Inspektor vom Gut flüchtete und sich bei Mahler, der keine Ahnung von den verwerflichen Absichten dieses konzessionierten Spiegels hatte, einquartierte. Hier mietete er sich ein Zimmer und empfing wiederholt einen zweiten von Westek gedungenen Detektiv, einen angeblichen Zigarrenreisenden aus Berlin und einen früheren Inspektor des Bestek, mit denen er zusammen kniepte. Hierbei lenkte dann Sybow in geschickter Weise das Gespräch in Gegenwart des Gastwirts Mahler auf die Zustände in Antekmen und auf die Person des Westek, um den Wirt zu beleidigenden Äußerungen zu provozieren. Dabei machte er sich dann heimlich Notizen, schickte diese an sein Bureau in Berlin, von wo aus diese dem Westek übermittelt wurden. Diese Notizen enthielten auch Angaben darüber, daß Mahler an bestimmten angegebenen Tagen Sybow, dessen Gefinnungen und anderen Sachen über die Polizeistunde hinaus Getränke verabfolgt haben sollte.

Nebenbei aber wurde Mahler noch in recht auffälliger Weise von dem Gendarm, der öfters bis nach Mitternacht in der Nähe des Gehöfts deselben angetroffen wurde, kontrolliert.

Auf Grund des auf diese Weise zusammengebrachten Materials erhielt Mahler nun fortgesetzt Strafbefehle. Außerdem verklagte ihn Westek noch persönlich wegen Beleidigung. Welchen Wert dieses recht kostspielige Material hatte, ging aus dem Urteil des Schöffengerichts zu Insterburg hervor. Gegen sechs gegen ihn erlassene Strafbefehle wegen Uebertretung hatte der Gastwirt Mahler Verurteilung eingelegt. In 5 Fällen wurde er freigesprochen. Wegen dieses Urteils legte die Staatsanwaltschaft Verurteilung ein. Aber die Insterburger Strafkammer mußte nicht nur die Verurteilung verwerfen, sondern sie sprach den Angeklagten Mahler auch noch im letzten Falle frei. Durch die Aussagen einer Anzahl Zeugen und selbst durch die kommissarische Vernehmung des Sybow, dessen Notizen als sehr zweifelhaft bezeichnet wurden, konnte auch nicht das geringste für die Schuld Mahlers beigebracht werden. Ebenso haltlos waren die Aussagen des Gendarmen. Deshalb wurden die recht erheblichen Kosten der Staatskasse auferlegt. Das Gericht hielt es aber auch für angemessen, die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen, wozu auch die Kosten der Verteidigung gerechnet wurden, durch die Staatskasse zu ersetzen, da sich, wie es im Urteil heißt, die völlige Anschulb des Angeklagten ergeben habe und ihm auch sonst ein Verschulden an dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren nicht zur Last gelegt werden kann.

Bald darauf am 27. Juni d. J. hatte sich das Schöffengericht zu Insterburg mit der zweiten Auflage dieser unsauberen Spiegelschichte, dessen Urheber gleichfalls der gartfühlende, herzogliche Gutspächter Westek war, zu beschäftigen.

Während der Zeit, als der Detektiv Sybow die Gastfreundschaft des Mahler damit belohnte, daß er diesen gegen Verabfolgung bespitzelte, verkehrte dort noch ein dritter, vom Gute des Westek wegen schlechter Behandlung wirklich geschädigter Inspektor. Dieser hatte an den Herzog von Anhalt-Desau, den Besitzer des Gutes Antekmen ein Schreiben verfaßt, in dem die durch den Pächter Westek verursachten Mißstände auf dem Gut und der Charakter dieses Herrn Oberamtmann in wenig schmeichelhafter Weise geschildert wurde. Der Inspektor Sch. hatte dieses Schreiben zum Zwecke der Sammlung von Unterschriften bei Mahler in Verwahrung gegeben. Zufällig bekam es auch Sybow zu sehen und ließ es in seiner Tasche verschwinden, um es seinem Auftraggeber als willkommenes Material gegen Mahler zu übermitteln. Westek behauptete nun schlankweg, dieser sei der Verfasser oder Weiterverbreiter dieses Schreibens und verklagte ihn deswegen, sowie wegen einiger ihm von Sybow mitgeteilten Äußerungen wegen Beleidigung.

Merkwürdigerweise schenkte bei dieser Verhandlung das Schöffengericht dem Detektiv Sybow, im Gegensatz zu der Strafkammer, vollen Glauben; trotzdem auch dieses Gericht seine Notizen zum Beweise nicht für geeignet hielt. Auf Grund der alleinigen Aussagen dieses zweifelhaften Spiegels wurde Mahler wegen Beleidigung des Oberamtmanns Westek zu 60 M. Geldstrafe verurteilt, während Westek, dessen recht schwere Beleidigungen Mahler gegenüber durch einwandfreie Zeugen festgestellt wurden, nur mit 30 M. Geldstrafe bestraft wurde. Gegen dieses Urteil hat Mahler Verurteilung eingelegt. Es ist kaum anzunehmen, daß dieses Urteil aufrecht erhalten werden kann. Nichtiger wäre

es, wenn gegen die Veranlasser dieser Prozesse ein Verfahren wegen wissentlich falscher Denunziation eingeleitet werden würde.

War der Charakter des Herrn Oberamtmanns durch die damalige Gerichtsverhandlung gegen den Redakteur Vorhardt noch nicht genügend gekennzeichnet, so dürften die hier geschilderten Vorurteile sicher das nötige dazu beitragen. Zu bedauern sind nur alle diejenigen, die unter der Herrschaft dieses Ungewaltigen, der auch nicht einmal seine Inspektoren besser, wie seine Landarbeiter behandelt, zu leiden haben.

Freisinniger Wahlrechtsverrat.

Zur Wahlrechtsreform in Preußen hatte die „Neue Politische Korrespondenz“ bemerkt, daß man mehr als eine generelle Stellung zur Wahlrechtsfrage bei der nächsten Tagung des Landtages von der Regierung nicht erwarten dürfe. Dazu schreibt der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“:

„So hat man sich in unterrichteten politischen Kreisen die Sache immer gedacht. Man hat angenommen, daß die preussische Regierung in der nächsten Landtagsession, die die letzte der Legislaturperiode ist, nicht mit dem Entwurf eines neuen Wahlrechts hervortreten wird, daß sie aber eine Gelegenheit, an der es ja nie fehlen kann und die zum Beispiel der freisinnige Wahlrechtsantrag liefern würde, benutzen wird, um ihre grundsätzliche Stellung zur Wahlrechtsfrage darzulegen und die Grundlinien einer Reform zu kennzeichnen. Diese Reform würde dann wohl die Hauptrolle in der Wahlbewegung spielen und das neu gewählte Abgeordnetenhaus beschäftigen. Die Hauptsache ist, daß die preussische Regierung, was sie bisher noch nicht getan hat, sich zu der Überzeugung bekennt, daß das Klassenwahlrecht nicht haltbar ist, und daß sie keinen Zweifel darüber läßt, daß sie trotz der Widerstände, die von rechts her zu erwarten sein werden, eine Reform ernstlich in die Hand nehmen will. Das ist eine Erwartung und eine Forderung nicht nur aller Liberalen, sondern auch einsichtiger Politiker auf der Rechten. Würde der gegenwärtige Reichslangler und Ministerpräsident diese Erwartung enttäuschen, dann wäre es mit den Versuchen, die man als Blockpolitik bezeichnet hat, im Reichstage halb vorbei und es gehörte keine Prophetengabe dazu, um vorauszusagen, daß die Reichstagswahlen dann einen anderen Aufmarsch und ein anderes Resultat als die letzten ergeben würden.“

Nur so bescheiden hätten wir den Freisinn denn doch nicht gehalten! Also keine Wahlreformvorlage erwartet nach dem „demokratischen“ Frankfurter Organ der Freisinn, sondern nur ein Versprechen der Regierung, im neugewählten Landtag eine solche Vorlage einbringen zu wollen! Der neue Landtag würde dann abermals auf Grund des Dreiklassen-systems gewählt werden! Er würde auch eine dementsprechende Zusammensetzung erhalten und für das Zustandekommen einer wirklichen Wahlreform keine günstigeren Aussichten bieten als der gegenwärtige Landtag!

Die „Frei. Ztg.“ meint freilich, der Wahlkampf werde im Zeichen der Wahlreform geführt werden können. Nat- wohl, einer Wahlreform, über die die Regierung bestenfalls einige nebelhafte Andeutungen zu machen geruhen würde. Das würde freilich den bürgerlichen Parteien, dem Zentrum und dem Freisinn gerade passen. Sie könnten dann abermals das Olivo vom Himmel versprechen, um nachher der jämmerlichsten Fiktion ihre Zustimmung zu geben!

Wäre es dem Freisinn im geringsten Ernst mit der Er- kämpfung einer wirklichen Wahlreform, so müßte er seine Zugehörigkeit zum Block von dem Einbringen einer Wahl- reformvorlage bereits in der Landtagsession abhängig machen. Er hätte dann ein wirkliches Urteil über das Maß des Entgegenkommens der Regierung. Er böte dann seinen Wählern die Möglichkeit, ihrerseits zur Frage der Wahl- reform Stellung zu nehmen!

Weiterhin aber würde sich dann zeigen, ob die Konser- vativen wirklich so Konzeptionen geneigt sind, und welche Stellung Nationalliberale und Zentrum zur Wahlrechtsfrage einnehmen werden! Entlarven dabei diese Parteien ihren reaktio- nären Charakter, so böte der Wahlkampf erst recht Gelegen- heit, diese Parteien im Zeichen der Wahlreform energisch zu bekämpfen und damit für den neuen Landtag eine günstigere Zusammensetzung zu erreichen!

Aber der Freisinn will sich allem Anschein nach bei einer unbestimmten unverbindlichen Erklärung be- scheiden. Und selbst wenn es der Regierung zurecht nicht am guten Willen fehle: daß die Regierung ihre Pläne trotz aller Engagements auch wieder fallen lassen kann, beweist ja das Schicksal der Kanalvorlage.

Der Freisinn steht also im Begriff, die Position der Wahlrechtsfeinde abermals zu stärken! Wollen sich die frei- sinnigen Arbeiter diesem ja jammervollen Verräterakt wirklich gefallen lassen?!

Kardorff.

Wie der Telegraph aus Nieder-Wabnitz meldet, ist dort gestern der frühere Reichstags- und Landtagsabgeordnete Wilhelm von Kardorff gestorben — noch bis vor kurzem einer der tempo- ramentvollsten und bekanntesten Persönlichkeiten des politischen Lebens: ein Parlamentarier, der fast bei allen reaktionären Ge- setzen der letzten Jahrzehnte mitgewirkt hat, nicht zuletzt bei dem Zustandekommen des neuen Zolltarifs. Am 8. Januar 1828 in Neu-Strelitz (Mecklenburg) geboren, studierte v. Kardorff in Raumburg, Berlin und Halle die Rechte und fungierte dann in Raumburg und Stralsund als Referendar. Die juristische Karriere behagte ihm jedoch nicht. Er wurde Rittergutsbesitzer und übernahm darauf 1854 das Landratsamt des schlesischen Kreises Oels, das er bis 1895 bekleidete. 1866 wurde er in das preussische Abgeordnetenhaus und 1867 in den Reichstag gewählt, dem er bis zur letzten Reichstagswahl angehörte. In beiden Parlamenten spielte er bald eine bedeutende Rolle. Obgleich als mecklenburgischer Adliger geboren, gehörte er nicht zu den Junkern, die auf alte Traditionen hielten und in der Beschäftigung mit bürgerlichem Erwerb gewissermaßen eine Verletzung ihrer Standesehre erblickten. Er fand, daß sich der Agrarier recht wohl mit dem Großindustriellen, selbst mit dem Börsenspekulanten ver- einen lasse, und daß der Erwerb aus industriellen Gründungen und Spekulationen als Zuschuß zu dem Gewinn aus landwirt- schaftlichen Betrieben nicht zu verachten sei. Die Zeit der Eisen- bahnverstaatlichung und der Gründungen nach dem deutsch- französischen Krieg bot dem Herrn von Kardorff günstige Ge- legenheiten zur Verwirklichung dieser Auffassung. Er gründete und spezialisierte mit und hat sich als Mitbegründer der Laurahütte einen Namen erworben. Als ihm später wegen seiner strep- t-

lofen Gründerfähigkeit mancher Vorwurf gemacht würde, erklärte er einfach, er hätte Geld gebraucht, um sich finanziell unabhängig zu machen und die Lasten tragen zu können, die ihm seine parla- mentarischen Ämter auferlegt hätten.

Seine Verbindungen mit der Großindustrie machten v. Kar- dorff auch zum parlamentarischen Vertreter der von dieser er- hobenen Schutzforderungen. In seiner Broschüre „Gegen den Strom“ rief er schon 1875 zum Kampf gegen die freihändlerische Strömung auf und die Begründung des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist in erster Reihe sein Werk. Bei den Vorbereitungen und in den Kämpfen um den deutschen Zolltarif des Jahres 1879, der die bisherige freihändlerische Ära begrub, spielte er eine bedeu- tende Rolle, und war auch bei den ferneren Veränderungen des Zolltarifs bemüht, einen sogenannten gerechten Ausgleich zwischen den Forderungen der Agrarier und der schützollnerischen Groß- industrie, speziell der Eisen- und Stahlindustrie, zu finden. Allzu einseitigen Ansprüchen der Agrarier setzte er jedoch mehrfach Wider- stand entgegen, und als bei den Kämpfen um den Zolltarif des Jahres 1902 der Bund der Landwirte Forderungen erhob, die ihm eine Verständigung zwischen Agrariern und Großindustriellen zur gemeinsamen Ausbeutung der unteren Volksschichten auszusprechen schienen, sagte sich v. Kardorff von dem Bunde der Landwirte los.

Kuher auf zollpolitischem betätigte sich v. Kardorff hauptsäch- lich auf nahrungspolitischen Gebiet. Neben seinem Freund Krenzl stellte er den Hauptkämpfer für den Vimeinallismus im Reichstage, und es gab eine Zeit, wo man sicher sein konnte, daß er seine Rede — mochte es sich nun um ein volkswirtschaftliches, rechtliches oder ethisches Thema handeln — mit der Forderung der Doppelwährung schloß. Doch auch an anderen parlamentarischen Arbeiten hat er sich hervorragend betätigt, und es gibt vielleicht kein gegen die Arbeiter gerichtetes Gesetz, bei dem nicht dieser Gaffer der sozialdemokratischen Bewegung, der sich bis in die letzten Lebensjahre eine eigenartige Draufgänger-Rüstigkeit bewahrte, mitgewirkt hat.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. Juli 1907.

Eine neue Bedrohung der deutschen Arbeiter.

Das deutsche Proletariat hat in seinem Kulturkampf um die Erringung besserer Lebensverhältnisse immer mit dem borniertesten Widerstand des Kapitalistenbürgers zu kämpfen gehabt. Und die gesamte Staatsmacht steht in diesem Kampf auf Seite der Welt- macht und hindert durch die rücksichtslichsten Gesetze und eine noch schlimmere Verwaltungspraxis, die immer mehr zu einer unerträg- lichen Kessel aller Koalitionsbestrebungen wird, die Kultur- bestrebungen des Proletariats. Aber trotz aller Hindernisse hat die deutsche Arbeiterschaft ihre gewerkschaftliche Organisation glän- zend ausgebaut, und alle Errungenschaften, die sie heute ihr eigen nennen darf, hat sie ihrer Organisation zu verdanken, an der sie trotz aller Gewaltmaßregeln der Unternehmer unerschütterlich fest- hält. Doch diese Organisation heute noch zertrümmert werden kann, das ist ein Gedanke, der wohl selbst dem gedehnwahnsinnigsten Unternehmer nicht mehr ausföhrbar erscheinen kann.

Der Einfluß der Organisation aber reicht weiter hinaus über die Zahl der organisierten Arbeiter. Selbst der unorganisierte, indifferente Arbeiter schaut in der Regel zurück vor der Schurle- nart des Streikbruchs. Vor allem aber beeinflusst das Niveau, auf dem die organisierten Arbeiter stehen, immer mehr auch die Lage der übrigen Arbeiterschaft. Unter eine bestimmte Lebenshaltung lassen sich deutsche Arbeiter nun einmal nicht herab- drücken. Das ist aber eine Situation, die der kapitalistischen Profit- wut längst nicht mehr behagt. Noch gibt es proletarische Schichten, die tief unter dem Niveau stehen, auf das die deutsche Arbeiterschaft der Kampf ihrer Organisationen gehoben hat. Weg also mit den deutschen Arbeitern, die nicht genug Profit liefern und keine willen- losen Sklaven, keine bloßen Automaten mehr sind! Mögen sie ver- hungern, wenn sie keine Arbeit finden! Wir aber, wir helfen uns anders. Wozu treiben wir denn Weltpolitik, wenn wir nicht mehr Herren im eigenen Hause sein sollen? Was deutsche Arbeiter sich nicht mehr gefallen lassen können, das lassen sich chinesische Kulis noch lange gefallen. Und haben wir erst genügend Kulis in Deutschland, dann wird es uns auch gelingen, die rebellischen Deutschen in Bann zu halten, sie zur chinesischen Weisheit und Demut zu erziehen.

Das mag wohl der Gedankengang des Herrn Wallin gewesen sein, des „königlichen Kaufmanns“, des Freundes des Kaisers, der angeblich so viele Verdienste und sicher sehr viel Verdienst aus unserer nationalen Kulturrentwidmung hat, als er auf seine Weise die Konsequenzen aus dem letzten Streik zog. Das „Berliner Tageblatt“ meldet folgendes:

Der letzte Seemannsstreik in den deutschen Nordsee- häfen hat Konsequenzen gezeigt, die eine besondere Beachtung beanspruchen dürfen. Der Norddeutsche Lloyd beabsichtigt, sämt- liche Dampfer seiner Linien nach dem La Plata, Brasilien und Kuba mit chinesischen Heizern und Kohlenziehern zu besetzen. Die ersten 50 chinesischen Feuerleute sind bereits einge- troffen. Weitere Transporte werden mit dem Dampfer „Scharnhorst“ und anderen Lloyd- dampfern, die von Ostasien heimkehren, folgen. Diese Maßregel wird als eine Folge des letzten Streiks der deutschen Seeleute bezeichnet.

Fürwahr eine nationale Tat! Das ist echter Hottentotten- nationalismus! Was ist für Herrn Wallin die Nation? Ein Ausbeutungsobjekt. Und der Deutsche, dessen Ausbeutungsgrad Herrn Wallin zu gering erscheint, hört damit auf Deutscher zu sein und wird in die Wüste gestoßen, wie etwa ein rebellischer Herero. Und der Chinese, der sich genügend ausbeuten läßt, wird in Herrn Wallins Augen zu einem besseren Deutschen, als ein Hamburger Seemann, der manchmal streiken will, und nimmt daher mit Recht den Platz ein, von dem dieser verjagt wird.

Erhebung freier deutscher Arbeit durch chinesische Kontraktflaverie, das ist das letzte Wort des Kapitalismus auf die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter- schaft! Aber diese nationalen Herren — und was Herr Wallin, der Freund des Kaisers und des Reichslanglers hier ausführt, ist schließlich Wunsch unserer preussischen Junker — mögen sicher sein, es ist nicht das letzte Wort der Arbeiterklasse. Chinesische Kulis als Sturmbock gegen das Koalitionsrecht in Deutschland, das gibt es nicht und das darf es nicht geben. Das wird den Herren, wenn sie es notwendig machen, noch genügend klargemacht werden. —

Eine Stänpung der Reichslügenverbändler

vollzieht die „Leipziger Volksztg.“. Die duftige Ablagerungsstätte für die reichsverbändlerischen Erzeugnisse, die „Post“, hatte fol- gende Niedertracht veröffentlicht:

Immer wieder die Moral mit doppeltem Boden.

In seiner Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von 1903, 2. Aufl., Bd. II, S. 204, bespricht Franz Mehring das Urteil im Kölner Kommunistenprozeß (1892) folgendermaßen:

„Es war der erste Sündenfall der Geschworenen seit den Märztagen; zwischen die Wahl gestellt, einen Justizmord zu begehen oder vor aller Welt das Brandmal der Inzucht auf die Stirn der preussischen Regierung zu drücken, entschieden sie sich für den Justizmord.“

Mehring stand damals, als er diese Worte schrieb, nicht unter dem unmittelbaren Eindruck einer aufregenden Prozeß- verhandlung, deshalb muß man annehmen, daß er leidenschafts- los sein Amt als „Geschichtsschreiber“ ausübte. Es war ihm auch nicht unbekannt, daß man in Deutschland damals

ziemlich deutlich mit Fingern auf Wilhelm Liebknecht zeigte, der den Kölner Kongreß berufen, und dem man die Schuld dafür beimaß, daß preussische Geschworene über 11 Kommunisten zu Gericht sitzen mußten. Liebknecht ist erst 1867 als Reichstags- abgeordneter in das volle Licht der Öffentlichkeit getreten. Bis dahin hatte er als Märzischer „Agent“ ein nebelhaft dunkles Da- sein geführt, war überall, wo in Deutschland die Arbeiter- bewegung sich regte, aufgetaucht und überall abgewiesen worden. Das gleiche Mißgeschick wie in Köln war ihm schon 1850 zu Murtten in der Schweiz begegnet, wohin er die Vertreter der deutschen Arbeitervereine geladen hatte. Sämtliche Teilnehmer wurden verhaftet, nur er nicht. Dies seltsame Zusammen- treffen mag den „Neuen Sozialdemokraten“ vom 19. November 1871 in Nr. 31 veranlaßt haben, zu schreiben:

„Die Herren Liebknecht und Bebel sind durch ihr Ver- hältnis zu dem Hl. Säck. Geh. Ministerialsekretär Peter- mann, sowie durch Liebknechts Konspiration mit dem Chef des österreichischen geheimen Fiefonds, Ritter von Orges, worüber wir in unserer vorigen Nummer das wesentliche mitteilten, eigentlich schon genügend gekennzeichnet. Bebel ist jedenfalls, Rittermeister aller Liebknechtischen Wadenschäften und umgekehrt.“

Wir wollen daher die sonstigen Abenteuer Liebknechts die- mal nicht weiter berühren, z. B. den Anfang der fünfziger Jahre sehr geheimnisvoll (Mehring schreibt: „ganz öffent- lich“, Vb. II, S. 180) von ihm berufenen Schweizer Arbeiter- kongreß, bei welchem alle Teilnehmer der Polizei in die Hände fielen, desgleichen auch nicht sein Treiben in London im Kom- munistenbunde und dem Kölner Kommunistenprozeß.“

Aus diesem unterbläuten Hinweis geht deutlich hervor, daß der „Neue Sozialdemokrat“ keinen anderen als Herrn Liebknecht für das Kölner Urteil verantwortlich macht. Trotzdem hat Herr Mehring geglaubt, in ehrlicher Überzeugung zu so harten Worten greifen zu müssen, um seine Entrüstung über einen ver- meintlich ungerechten gerichtlichen Beschluß auszudrücken. Um so bedauerlicher ist das Treiben der sozialdemokratischen Presse, voran der von Mehring geleiteten „Leipziger Volkszeitung“, jetzt diejenigen mit Scham zu bewerfen, die unter dem unmittel- baren Eindruck der Verlesung des vom Disziplinargerichtshofe gegen Dr. Peters gefällten Urteils sich erlauben, dieses mit scharfen Worten zu kritisieren.

Die „Leipziger Volksztg.“ leuchtet dem Liebert-Gelächter daraufhin kräftig heim:

„Der Wiedermann, der diesen Artikel verfaßt hat, behauptet also 1., daß Liebknecht den Kölner Kongreß berufen und ver- ursacht habe, daß preussische Geschworene über 11 Kommunisten zu Gericht sitzen mußten und 2., daß Mehring diese Tatsache ge- konnt und die Kölner Geschworenen wider besseres Wissen eines Justizmordes beschuldigt habe. Man weiß wirklich nicht, wo hier der Wödsinn aufhört und die Schurkerei beginnt oder auch um- gekehrt. Ein Kölner Kongreß hat nie stattgefunden und konnte deshalb weder von Liebknecht noch von sonst jemanden berufen werden. Den Kölner Kommunistenprozeß hat aber nicht Lieb- knecht verursacht, sondern — was die Patrioten des Reichslügen- verbandes am Ende wissen sollten —, Sr. Majestät der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen. Dieser gottesfürchtige Monarch schrieb nach Kinkels Mord aus dem Zuchthaus in Spandau an seinen Minister v. Rautenffel: „Dies hat mich auf einen Gedanken gebracht, den ich nicht gerade unter die lautereren Klassifizieren will. Nämlich den, ob Stieber nicht eine kostbare Persönlichkeit ist, dem preussischen Publikum das lange und ge- recht ersehnte Schauspiel eines aufgedeckten und (vor allem) be- strafte Komplots zu geben. Eilen Sie also mit Stiebers An- stellung und lassen Sie ihn sein Probestück machen. Ich glaube, der Gedanke ist folgenreich, und ich lege großen Wert auf seine Realisierung.“ Dies „Probestück“ machte Stieber, indem er 11 Kommunisten vor die Kölner Geschworenen brachte, auf Grund namentlich eines gefälschten Protokollbuches, das von Liebknecht als angeblichem Schriftführer unterzeichnet sein sollte und von Stieber als echt beschworen wurde. Eine andere Be- ziehung hat Liebknecht, der damals in London lebte, zu dem Kölner Prozeß nicht gehabt, als daß der preussische Polizeirat Stieber, in Ausführung eines vom Könige geforderten „Probe- stücks“ eine verdreherische Fälschung an Liebknechts Namen vor- nahm und durch einen Meineid befristete. Aber obgleich Fäls- chung und Meineid sofort aufgedeckt wurden, verurteilten die Geschworenen dennoch die 11 Kommunisten; sie zogen vor, einen infamen Justizmord zu begehen, statt die preussische Regierung, von Friedrich Wilhelm bis zu Stieber, an den Pranger zu schlagen, an den sie gehörte.“

Was Lieberts Rächer über die Murtener Geschichte sagt, ist aus Vogts berichtigtem Lügenpamphlet geschöpft. Es handelte sich um eine ganz öffentliche Affäre, um einen polizeilichen Handreich, gegen die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, zu dem sich die Schweiz leider durch österreichisch-preussische Drohungen bewegen ließ. Freilich, daß Liebknecht nicht verhaftet worden sei, wagte selbst Lügenvogt nicht zu behaupten; das läßt Lieberts Rächer aus freier Faust hinzu. Liebknecht wurde ebenso wie die sonstigen Mitglieder der deutschen Arbeitervereine ver- haftet und nach mehrmonatigem Gefängnis zwangsweise über die Grenze speziert.

Alles das ist in dem Werke Mehrings zu lesen, mit genauer Quellenangabe. Wie macht es nun Lieberts Rächer, um die „Moral mit doppeltem Boden“ herzustellen? Er reiht einen Satz aus Mehrings Darstellung und stellt diesem Satz einige Sätze gegenüber, die er aus einem Artikel reißt, den Hasselmann vor 36 Jahren im „Neuen Sozialdemokraten“ veröffentlicht hat. Wir gönnen dem Reichslügenverbände mit Vergnügen die Autorität Hasselmanns, aber daraufhin das Grab Liebknechts mit tausend- mal wiederlegten Verleumdungen zu befubeln, enthält den Rächer Lieberts als eine Kanaille, gegen die Ehren-Stieber beinahe noch als harmloser Waisensnabe erscheint.“

Reichsverbands-Projekte.

Das von der Magdeburger „Volksstimme“ veröffentlichte Schriftstück der Ortsgruppe Magdeburg des Reichslügen- verbandes wird von den Magdeburger Liebertmännern de- mentiert. Sie erklären in der „Magdeburger Zeitung“, daß „dieses angeblich von ihnen herrührende Schreiben nicht von ihnen ist, daß besonders die unter den Ziffern 1—5 gebrachten Angaben frei erfunden seien und nur der erste Teil des betreffenden Artikels einige Abjüge enthalte, die aus einem vor längerer Zeit nach Berlin gerichteten Antwort- schreiben willkürlich herausgerissen wurden, und die auch nur durch groben Vertrauensbruch aus diesem entnommen sein könnten.“

Die Magdeburger „Volksstimme“ erklärt demgegenüber, daß das in ihrem Besitz befindliche Schriftstück ein ungeteiltes Ganzes und von einer Hand geschrieben ist. Das Dementi des Reichsverbandes widerlegt also nicht, sondern bestätigt die Echtheit des Schriftstückes, denn wenn der eine Teil echt ist, kann der andere nicht falsch sein. Die ungewollte Wirkung des De- mentis ist demnach, daß der Reichsverband zugibt, einen ge- setzwidrigen Plan, den Plan nämlich, im Geere poli- tische Agitation zu treiben, gehabt zu haben.

Wie werden die Freunde und Gönner des Reichsver- bandes, die doch alleamt Süter von Recht und Gesetz sind,

Diese keine Verirrung auf einen Weg, der direkt hinter Kerkermauern führt, aufschreiben? —

„Wildwest-Organisation.“

Die „Rheinische Volksstimme“, das Blatt der Zentrumsbauern im Westen, geht gegen die bisherige Zentrumorganisation in den ländlichen Wahlkreisen vor, wo die fossilen Überreste einer Wildwestorganisation aus der guten alten Zeit noch immer ihr Dasein fristen. Das Blatt schreibt: „Damit muß jetzt endlich im eigenen Interesse der Partei ausgeräumt werden und die Kleinen Cifel-Napoleons, wenn sie sich nicht fügen wollen, müssen einfach abgesetzt werden. Denn was solche kleine Gernegroße, deren Bedeutung im umgekehrten Verhältnis zu dem Wilde steht, das sie von sich selber machen, der Partei unberechenbaren Schaden zufügen können, indem sie vor einer festen Vergeßlichkeit der Majorität nicht zurücktreten, das entzieht sich zwar offenbar ihrem eigenen Verständnis, muß ihnen aber nichtdestoweniger im Interesse der Partei ein für allemal unbedingt beigebracht werden.“

Die „Rheinische Volksstimme“ schildert nun, wie in den ländlichen Kreisen die Zentrumorganisation zustande komme. Da wurde zuerst das Wahlkreis-Komitee „konstruiert“, dieses ernannte die Vertrauensmänner, so daß man das Haus vom Dach aus gebaut habe. „Bei Ernennung der Vertrauensmänner — so heißt es dann weiter — konnte man natürlich die angesehensten Bauern nicht übergehen, sie wurden also als Renommierbauern mit herangezogen, ähnlich dem Konzeptionschulze in den abligen Offizierskorps der Garderegimenter. Dabei wurde aber natürlich darauf gesehen, daß diese ernannten Vertrauensmänner in der Minorität blieben.“

Das Blatt will jetzt eine Organisation von unten auf, die Wähler sollen die Vertrauensmänner und diese das Wahlkomitee wählen. Dabei wird erwartet, daß die Parteileitung den Wünschen der Bauern mehr als bisher entgegenkommt, denn es sei geradezu frivol, den Bauernstand, den Lebensnerv der Partei, fort und fort vor den Kopf zu stoßen, weil man sich sagt: die Bauern halten ja doch treu zur Sache. Auch der treueste Hund kann einmal verprügelt werden.“

Wenn die „Rheinische Volksstimme“ schon Ursache hat sich derart über die Jurisdiktion der Bauern in der Parteiorganisation zu beklagen, so kann man sich denken, wie erst die Kleinen Leute auf dem Lande und namentlich die Arbeiter vom Zentrum behandelt werden.

Wie die Wahlkreis-Komitees des Zentrums gebildet werden, zeigt auch eine Zuschrift an die „Kölnische Volkszeitung“, worin aus einem ländlichen Wahlkreise berichtet wird, daß in dem Satzungsentwurf für einen neu zu gründenden Zentrumsverein die Bestimmung enthalten war: „Die Pfarrer der Stadt X, sowie die Dechanten und Definitoren in den übrigen Bezirken sind, wenn sie dem Zentrumsverein angehören, geborene Mitglieder des Kreiswahlkomitees.“ Die Zuschrift glaubt nicht zu irren, daß anderswo, und zwar nicht nur in entlegenen ländlichen Bezirken, in der Zentrumorganisation Bestimmungen bestehen, die sich inhaltlich mit der oben zitierten decken.

Wenn Zentrum kommt also nicht der Wille der Wähler, ebenso wenig die Fähigkeit der zum politischen Führer bestimmten Person in Betracht, es genügt die Stellung, das Amt, um in die Leitung der Partei berufen zu werden. Und so etwas nennt sich dann „Volkspartei“!

Die Notwehr der Polen.

Das dem Gutsbesitzer Mahler gehörige, etwa 1200 Morgen große Gut Eichthal bei Gialla wurde dieser Tage für 240 000 Kr. an den Polen v. Ruschinski aus Dresden verkauft. Es ist dies das zweite große Gut, das in letzter Zeit aus dieser Gegend in polnischen Besitz übergegangen ist. Um zwei weitere Nachbargüter wird gegenwärtig von polnischer Seite gehandelt. Auch in der Nähe von Johannisburg beabsichtigt ein durch flottes Leben stark verschuldeter Gutsbesitzer sein Gut an einen Polen zu verkaufen.

Die Gemeingefährlichkeit des Privateigentums.

Ran schreibt uns aus dem Riesengebirge: Der Weg von Spindelmühle nach der Wiesendau durch den herrlichen Weichwassergrund mit seinen natürlichen Rasen, seinen steilen Bergabhängen und seinem uralten Baumbestande gilt allgemein als eine Perle des Riesengebirges und wird alljährlich von vielen, vielen Tausenden von Touristen und Sommerfrischlern begangen. Schon im Juni hatte der Besitzer dieses herrlichen Stüchens Erde, der böhmische feudale Graf Deym, den Weg sperren und die zahlreich auf ihm befindlichen Wägen abbrechen lassen, sich aber auf Vorstellungen, besonders von der Gemeinde Spindelmühle, dazu bequemt, diese wieder aufzubauen. Allerdings waren auch dann an den Zugängen zu dem Grunde Tafeln angebracht, auf denen der enttäuschte Tourist las: Verbotener Forstweg. Aber die Sache wurde nicht so streng genommen und wer rekolat war, kam ungehindert durch, wenn auch der gräfliche Förster, dem man begegnete, etwas von Strafe zahlen brumnte. Damals hieß es, es handele sich um die Zahlung einer Summe von elfhundert Gulden an den Grafen Grafen, gegen die sich die Gemeinde Spindelmühle, eine der idyllischsten Sommerfrischen im Riesengebirge und Durchgangsziel aller Riesengebirgsbesucher, sträubte. Der Herr Graf wolle die Gemeinde, der durch Absperrung des Weichweges, des Weges durch die Schlucht von der Schneekoppe und Wiesendau aus, natürlich unberechenbaren Schaden erwachsen lassen. Jetzt, während der großen Ferien, in denen ungezählte Tausende nach dem Riesengebirge strömen, in einer Zeit der Ernte für die Bewohner von Spindelmühle, kommt die Nachricht, daß der gräfliche Privateigentümer all der Notwehrlichkeiten den Weg durch die romantische Weichwasser Schlucht ganz gesperrt hat. Jetzt wird auch der wahre Grund dieser Maßnahme enthüllt. Er ist sehr bezeichnend für unsere herrliche Weltordnung mit ihrem gemeingefährlichen Privateigentum von Grund und Boden: der Herr Graf wollte Reichsratsmitglied werden, und die Gemeinde Spindelmühle hat ihm die Suppe verfallen und zu seinem Durchfall wesentlich mit beigetragen. Dafür sollen nun die guten Spindelmühler hart geprügelt werden durch Stockschläge auf dem Wagen. Unter dem gräflichen Joch soll aber auch die übrige erholungsbedürftige Menschheit leiden, die absolut unschuldig an dem schmerzlichen Wahldurchfall des böhmischen Grafen ist!

„Ist das nicht eine „herrliche“ Illustration zu unserer herrlichen gottgewollten Weltordnung, zeigt das nicht wie mit Wichtigtuerei die Notwendigkeit der Aufhebung vor allem des Eigentumsrechts an schönen Gegenden, die zum Rationaligentum erklärt werden sollten, damit nicht irgendein Mißbegünstigter und Verärgerter viele Tausende von Menschen schädigen kann? Fast das ganze Riesengebirge ist bekanntlich im Besitz von einigen deutschen und österreichischen Magnaten. Was heute dem Grafen Deym einfällt, weil er durchgefallen ist, kann morgen dem Grafen Schaffgotsch einfallen, weil er Magenbeschwerden hat usw. Wer weißt nicht auch, daß solche Notwendigkeiten an der Notwendigkeit, solche gemeingefährlichen Privateigentumsverhältnisse beseitigen zu helfen durch Durchführung einer gerechteren Gesellschaftsordnung?

Kulturträger in Afrika.

Aus Anlaß der Petersbaffäre teilt ein Leser unserem Kölner Parteiblatt, der „Rheinischen Zeitung“, folgendes mit: Ich war vor zwei Jahren in Niemi Stellung. Dabei wohnte ich in nämlichen Hause mit einem Hereroskämpfer, der eben durch Ablösung aus Afrika wieder nach Niemi zurückgekommen war. Bei einem Zu-

sammensein erzählte der Mann uns seine Erlebnisse, und dabei zeigte er uns unter anderen Sachen ein Ohr, das er einem von ihm erschossenen Herero abgehauen und als Andenken (1) mitgenommen habe. Andere Kameraden hätten Hände und Füße von Hereros mitgebracht. Dann zeigte der Herr selbst aufgenommene Photographien von Hererosfrauen in verschiedenen „Stellungen“, die sicher nicht freiwilliger Art waren. Weiter erzählte er, wie man die hungernden Weiber durch Brot heranzog, um sie dafür geschlechtlich zu berühren. Ein anderes Bild zeigte drei aufgehängte Hereros. —

Schweiz.

Bern, 22. Juli. Nachdem das Referendum gegen die neue Militärorganisation zustande gekommen ist, hat der Bundesrat die Volksabstimmung darüber auf den 3. November festgesetzt.

Frankreich.

Ein neues Massenerteil.

Paris, 21. Juli. (Fig. Ver.) In Rouen ist gestern der Syndikalist Torton zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er — Briands bekannte Aufforderung an die Soldaten, die Gewehre eher gegen ihre Offiziere als gegen die Arbeiter zu richten, wiedergegeben hat! Als Genosse Poisson, sein Verteidiger, an den Staatsanwalt die Frage richtete, warum er nicht denjenigen verfolge, von dem der Ausdruck herrühre, erklärte dieser, daß er, wenn eine solche Verurteilung in seinem Amtsbezirk siele, ohne Ansehen der Person einschreiten würde. Worauf Poisson feststellte, daß Briand die Rede in Locapville gehalten hat, einem Orte, der zu dem Bezirk des Staatsanwalts gehört, und daß Verjährung noch nicht vorliegt! Der eben noch so pathetische Staatsanwalt tat, als ob er diese Feststellungen nicht hörte. . . .

Vor den Geschworenen von Rouen wird am 25. übrigens noch ein zweiter politischer Prozeß verhandelt werden. Das sozialistische Wochenblatt „Le Semeur“ („Der Sämann“) soll nämlich gleichfalls zum „Nord“ und zur Verweigerung des militärischen Gehorsams „aufgereizt“ haben. Eigentümlicherweise ist der Verfasser des Artikels, Genosse Vichy, nicht angeklagt, sondern nur der verantwortliche Redakteur. Das angeklagte Blatt hat unter anderen Zeugen auch Briand namhaft gemacht. Daß das Gericht dem Unterrichtsminister indes die fatale Situation, in dieser Angelegenheit als Zeuge zu fungieren, ersparen wird, ist nicht zu bezweifeln. —

Italien.

Der Prozeß Rasi und seine Begleiterscheinungen.

Rom, 20. Juli. (Fig. Ver.) Bei Rasis Verhaftung wurden sofort Stimmen laut, die diese Maßnahme als unglücklich bezeichneten wegen des Rückschlages, den sie in Sizilien bewirken würde. Man kann freilich die Justiz derartige Folgen ihrer Schritte nicht in Rechnung setzen, weil das einem Unterordnen ihres Tuns unter Volkstimungen gleichkäme, die mit Justiz bisweilen nicht zu tun haben. Wohl aber konnte und mußte man mit der großen Erregung rechnen, die durch die Nachricht von Rasis Verhaftung in Sizilien hervorgerufen werden würde. Auf jeden Fall aber mußte man nach Rasis Verhaftung in Anbetracht der Entrüstung, die sich der öffentlichen Meinung in Sizilien bemächtigt hatte, wo man nun einmal Rasi für ein Opfer schändlicher Intrigen hält, den zu erwartenden Volksbewegungen mit der größten Ruhe begegnen. Was konnte denn für Unheil angerichtet werden, wenn wirklich einige Tausend Demonstranten mit ihrem „Evviva Nasi! abasso Giolitti!“ durch die Straßen der sizilianischen Städte zogen? — Gatten sie genug geschrien, so forderten sie vielleicht von der städtischen Musikkapelle den „Imno di Nasi, die Rasi-Hymne, und ließen auf dem Rathaus die Wäpfe des Gemeinrats ausstellen — aber damit hätte sich ihr Massendelirium erschöpft.

So unblutig wollte es die Regierung aber doch nicht abgehen lassen. Überall hat sie die Demonstrationen mit bewaffneter Hand zu verhindern gesucht, was in Palermo zu sehr ernstlichen Zwischenfällen führte, bei denen es Tote und Verwundete gab. Man hat hier zunächst die Unklugheit begangen, die Demonstration überhaupt zu verbieten, sodann hat man in ganz tölpelhafter Weise versucht, sie gewaltsam aufzulösen. Hierbei ist es natürlich mehrfach zu Zusammenstößen gekommen, bei denen die Polizei mit einzigartiger Brutalität vorging: mit blanker Waffe auf die Demonstranten einhieb und den dicht gedrängten Massen gegenüber vom Revolver Gebrauch machte! Ein Polizeikommissar, der Sohn des Generalinspektors der Polizei, Alongi, schloß einfach einen Demonstranten ein, sobald es nicht Wunder nehmen kann, daß die Menge sich mit Steinwürfen gegen die Angreifer lehnte und daß sogar aus den Fenstern Flaschen und andere Wurfgeschosse auf die Polizisten geworfen wurden. Am Abend des „glorreichen“ Tages konnte die Polizei auf einen Toten und 20 Schwerverwundete hinweisen, die ihrem Kopf- und herzlosen Vorgehen zum Opfer gefallen waren.

Auch in Messina, Syrakus, Trapani, Callametta, Catania und Patti haben große Demonstrationen für Rasi stattgefunden, bei denen es wohl zu kleinen Konflikten, nicht aber zu schweren Verwundungen gekommen ist. Der traurige Ausgang der Vorgänge in Palermo wird von der Presse aller Richtungen einzig der brutalen Haltung der Behörden zur Last gelegt.

Die leidenschaftliche Parteinahme seiner engeren Landsleute befördert die Stellung Rasis nicht. Der Senat tritt am 23. d. M. zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um über die Legalität der Verhaftung Rasis zu beschließen. Es besteht auch eine — freilich schwache — Agitation für eine außerordentliche Einberufung der Kammer, deren Privilegien durch den Haftbefehl verletzt sind. Für solche außerordentliche Einberufung auf Grund parlamentarischer Initiative fehlt bis jetzt in Italien jeder Präzedenzfall. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 sind zwar Schritte für eine außerordentliche Einberufung des Parlaments von einem Teil der Deputierten getan worden, aber das Ministerium hatte bereits seinerseits diese Einberufung verfügt.

Rasis Verhör ist gestern Abend beendet worden. So weit etwas darüber durchgedrungen ist, scheint Rasi offen eingeräumt zu haben, daß nicht alles Geld für die Zwecke verwendet wurde, für die es gebucht ist. Es soll dies aber angeblich in allen italienischen Ministerien Brauch sein! Wenn ein Fonds für gegebene Zwecke erschöpft ist, so wendet man sich im Bedarfsfalle an einen anderen Fonds. — Die als Untersuchungsrichter fungierenden Senatoren sollen übrigens einen günstigeren Eindruck von dem Verhör Lombardos als von dem Rasis empfangen haben.

Die Verteidiger Rasis haben auch mehrere Eisen im Feuer, um den Prozeß in die Länge zu ziehen. Unter anderen wollen sie den Senatspräsidenten Canonico als Präsidenten des Gerichtshofes, vor dem Rasi sich verantworten soll, ablehnen. Simal, weil er an der Voruntersuchung beteiligt war, während die Strafprozessordnung für den Präsidenten eines Gerichtshofes die Beteiligung an der Voruntersuchung ausschließt, dem, weil Canonico, der Justizbeamter war, aus dieser Stellung wegen Erreichung der Altersgrenze — 75 Jahre — ausgeschieden ist. Wenn er also nicht mehr als für die Leitung eines gemeinen Gerichtsverfahrens geeignet gälte, so dürfte man ihm auch die schwere Aufgabe, dem Senate — als obersten Gerichtshof — vorzusitzen, nicht anvertrauen.

Was die Enthüllungen betrifft, auf die Rasi so oft drohend hingewiesen hat, so glaubt die Wochenchrift des Genossen Marxvass, die in Neapel erscheinende „Scintilla“ einer von ihnen auf der Spur zu sein: Im Jahre 1903, als Zanardelli Ministerpräsident ohne Vortreffliche und Giolitti Minister der Innern war, soll Zanardelli seinen Teil des Replikensfonds gänzlich erschöpft gehabt haben, als an ihn die Notwendigkeit herantrat, einem edlen Neapolitanerblatte den Mund zu

stopfen. Diese Operation sollte nicht weniger als 80 000 Lire kosten, um die sich der Ministerpräsident nicht an Giolitti wenden mochte, da er mit diesem verfeindet war. In seiner Not wendete er sich an — Rasi, und dieser soll ihm das Geld beschafft und die Verrechnung unter den verschiedenen Kapiteln mit „untergepflegt“ haben. Sollte diese Enthüllung mit Dokumenten belegt werden, so würde der Eindruck im ganzen Lande sehr tief sein, da Zanardelli im Ruf großer Rechtschaffenheit stand.

Korea.

Die Lage auf der Halbinsel Korea wird zwar offiziell als „anscheinend gebessert“ in die Welt gelabelt, wenn man jedoch die Einzelheiten der nach Europa dringenden Meldungen verfolgt, so kann man bisher kaum ernsthaft von einer „Besserung“ reden, selbst wenn man berücksichtigt, daß General Hasegawa — ein Maschinengewehr von dem Plage vor dem Palast der Hauptstadt Seoul wegzuziehen in der angenehmen Lage war. Noch am Sonntag jedenfalls telegraphiert aus Seoul Wolff wie folgt:

Eine schwache Abteilung japanischer Soldaten bewacht zwei Regierungsbüros und hat den Befehl erhalten, dieselben in die Luft zu sprengen, falls es ihr nicht mehr möglich sein sollte, sie zu halten. Agitatoren halten häufig Ansprachen an die koreanischen Truppen, die über Munition für neunzigtausend Schuß verfügen, während Hasegawa nur 2300 Mann bei sich hat und nicht stark genug war, die Auslieferung der Munition zu erzwingen. Der japanische Oberbefehlshaber ist noch nicht imstande, die Sicherheit in den Straßen aufrecht zu erhalten. Wo ist mit der Verhängung des Standrechts nicht einverstanden, er schlägt dagegen eine möglichst weitgehende Befehung des Landes als Sicherheitsmaßregel vor.

Inzwischen ist der Abdankungserlaß des Kaisers Ni Hong bekannt geworden. Das Manifest hat folgenden Wortlaut:

Der Entschluß, abzutreten, entsprang ausschließlich aus Unserem eigenen Willen und hatte nichts mit fremden Vorschlägen oder Drohungen zu tun. Schon seit 13 Jahren hatten Wir die Absicht, dem Kronprinzen die Staatsgeschäfte zu übergeben, aber die Zeit verstrich, ohne daß Wir Gelegenheit gehabt hätten, diese Absicht zur Ausführung zu bringen. Da Wir jedoch nunmehr den Augenblick zu ihrer Verwirklichung für gekommen erachten, so haben Wir aus Unserem eigenen freien Willen den Thron an den Kronprinzen abgetreten. Während diese unsere Maßregel völlig dem natürlichen Lauf der Dinge entspricht und ein Segen für unsere Dynastie ist, sind wir nicht ganz sicher, daß nicht einige unwissende Untertanen in Verkennung der Lage, indem sie sich nutzloser Entrüstung hingeben, einen öffentlichen Aufruhr zu erregen versuchen möchten. Wir ersuchen demgemäß den Generalpräsidenten, solche Unruhmacher in Scharfen zu halten und ermächtigen ihn, in Unserem Namen solchen Aufruhr, wenn nötig, mit Waffengewalt zu unterdrücken.“

Diesen Erlaß haben die Japaner dem alten Knaben nicht übel in die Feder diktiert, wie sie denn überhaupt sehr rigoros vorgehen scheinen, falls sich die Nachricht bestätigt, daß des Kronfolgers 3 tschal erste Regierungshandlung, die Verstrafung der koreanischen Saag-Deputierten sein soll. Es würde das ja bedeuten, daß die Männer für ihren Gehorsam gegen die Befehle Ni Hongts bestraft werden! Möglich wäre es allerdings, daß 3 tschal, dem nicht gerade große Geistesgaben nachgesagt werden, um den Japanern besser zu gefallen als sein soeben abgesetzter Herr Papa, die Untertwürfigkeit unter Japans Winkeln bis zu einem Grade treibt, daß schließlich die Japaner selber sein rigoroses Vorgehen nicht billigen können. Soviel steht allerdings fest, daß die „Japs“ sich jetzt ziemlich fest im Sattel fühlen und forscher vorzugehen wagen als bis vor kurzem, da sie noch nicht den Vertrag mit Frankreich in der Tasche hatten. Und das „große“ Aufstand, das bis zum Kriege mit Japan den Koreanen dicht auf dem Hals saß — die Süd-Mandschurei und Nord-Korea stießen aneinander — muß dem Geboren des „kleinen“ Japan ohnmächtig zusehen. So rächen sich die Sünden des wahnwitzigen Jazismus.

Die russische Revolution.

Die Universitätsautonomie unter Polizeiaufsicht.

Dem „Russisch. Bulletin“ wird aus Petersburg geschrieben: Die Regierung hat wiederum einen neuen Vorstoß gegen die revolutionären Errungenschaften der letzten Jahre unternommen. Nach den Justizhausmaßnahmen gegen Arbeiterorganisationen und Streiks, nach der Aenderung des Dumawahlgesetzes und nach der Streikung der Presse ist die Reihe an die Universitätsautonomie gekommen. Die soeben veröffentlichten Bestimmungen über die Bildung von Studentenorganisationen und die Abhaltung von Versammlungen in den Hochschulen können als Muster der weisheitsvollen Politik der Bureaukratie dienen. Der wichtigste Punkt dieser Bestimmungen besteht darin, daß von nun an der Polizei das Recht zusteht, in die Hochschulen einzudringen, „um Ordnung wiederherzustellen und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen“. Das ist der Endabschluß der kurzen Universitätsautonomie in Rußland. Und die Folgen dieser neuen „Reform“? Diese werden für die Regierung sicherlich günstig ausfallen. Die „Autonomie“ wurde im letzten Jahr sehr oft von denjenigen Elementen der Studentenschaft gegen die „Linksparteier“ ausgespielt, welche auf dem „Boden des Gesetzes“ bleiben wollten und dagegen ankämpften, daß in das akademische Leben „Politik hineingetragen“ würde. Die „Eroberung“ der Hochschule durch die Polizei wird nun das ihrige dazu beitragen, um den Sach in Erinnerung zu rufen, daß keine Frage des russischen Lebens ohne „Politik“ gelöst werden kann. Trotzdem die neuen Regeln die Organisationsarbeit unter der Studentenschaft erschweren, werden sie die Agitation der sozialistischen Elemente nur noch mehr erschärfen lassen und möglicherweise auch die ledetischen Elemente der Studentenschaft nach links treiben. —

Soziales.

Die Teilnahme am Begräbnis naher Verwandter entschuldigt Schulversäumnis.

Eltern aus Deutschendorf in der Provinz Posen hatten die schulpflichtigen Kinder zu der Beerdigung eines nahen Verwandten mitgenommen. Da die Beerdigung vormittags und in einem andern Ort stattfand, so wurde der Schulunterricht versäumt. Dem Lehrer hatte man entschuldigend Mitteilung gemacht. Die Schulbehörde fand es nicht gerechtfertigt, daß die Kinder wegen des Begräbnisses die Schule versäumten und veranlaßte ein Strafverfahren wegen Uebertretung der Regierungsverordnung von 1899, welche Strafen für nicht genügend entschuldigtes Schulversäumnis androht. Das Landgericht in Posen sprach die Angeklagten frei, weil die Teilnahme an dem Begräbnis naher Verwandter als ein genügender Grund zur Versäumung der Schule erachtet werden müsse. Es sei als ein Gebot der Pietät nach guter alter Sitte zu betrachten, daß an Beerdigungen die Verwandten des Verstorbenen teilnehmen.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und machte u. a. auch geltend, daß darüber, ob eine Schulversäumnis genügend entschuldigt sei, nur die Schulbehörde, nicht aber der Richter zu befinden hätte.

Das Kammergericht wies die Revision mit folgender Begründung ab: Die angezogene Verordnung der Regierung zu Posen sei eine Ausführungsverordnung zu § 48 II 19 Allgemeinen Landrecht und auf jeden Fall deshalb rechtmäßig in-

solche, als sie solche Eltern usw. mit Strafe bedrohe, die in bezug auf den Schulbesuch der Kinder säumig seien. Sie sei aber hier mit Recht nicht angewendet worden. Falsch sei der Standpunkt, daß nur die Schulbehörde maßgebend sei für die Frage, ob eine Schulbesuchsmisstände unentschuldig und unentschuldigbar sei. Es liege so: Sache der Schulbehörde sei es, zu bestimmen, ob das Mittel der Entschuldigungsbescheinigung (z. B. der Entschuldigungsbescheinigung der Mutter oder Schwester) ausreicht. Dagegen habe stets der Richter allein die Entscheidung darüber, ob die Schulbesuchsmisstände auf Nachlässigkeit der Eltern beruhe. Im vorliegenden Falle habe nun das Landgericht diese Frage verneint und sich dabei keines Rechtsirrtums schuldig gemacht. Die Preisprechung sei deshalb gerechtigt.

Aus Industrie und Handel.

Der Eisenbahnverkehr im ersten Halbjahr 1907.

Mit Spannung ist der Juliandweis der deutschen Eisenbahnen erwartet worden: wird die Bewegung der Einnahmen aus dem Güterverkehr die von verschiedenen Seiten schon so deutlich an die Wand gemalte Krise bekämpfen oder zeigen sie weiterhin eine günstige Fortentwicklung des Güterverkehrs? Das letztere ist eingetreten: die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr zeigen im Juli eine Steigerung gegenüber 1906, die nur noch hinter der Februarsteigerung zurückbleibt; alle anderen Monate brachten eine weit geringere Zunahme. In den ersten sechs Monaten zusammen betrugen die Gesamteinnahmen der deutschen Eisenbahnen 1007,01 Millionen Mark gegen 1012,31 Millionen im ersten Halbjahr 1906. Es fand also eine Zunahme von 54,70 Millionen Mark statt. Wenn im ersten Semester 1906 die Einnahmen noch stärker gewachsen waren, so kam das daher, daß in den ersten beiden Monaten vor Einführung der höheren Sätze der Güterverkehr ganz enorm gesteigert war. 1906 dagegen war die Zunahme im ersten Semester geringer als in diesem Jahr; sie betrug nur 33,78 Millionen Mark. Die günstigere Entwicklung in diesem Jahre zeigte der Güterverkehr: im Personenverkehr haben zwei Monate einen Rückgang gegenüber 1906 gebracht, der Monat Juni sogar einen solchen von 7,72 Millionen Mark. In Millionen Mark betrugen nämlich die Einnahmen aus dem

	Personenverkehr		Güterverkehr	
	1906	1907	1906	1907
Januar	39,23	39,81	115,17	122,89
Februar	37,63	37,90	114,23	116,52
März	45,40	53,29	127,73	133,45
April	57,97	57,94	113,33	128,25
Mai	55,89	62,44	122,97	128,58
Juni	69,02	61,29	113,93	126,26

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Baugewerbe.

Am Sonntag zeigten die Anschlagssäulen von Berlin große, recht auffällig gehaltene Plakate mit einer Rundgebung des Verbandes der Baugewerke, in der die Resolution des Verbandes in der Versammlung vom 18. Juli zur öffentlichen Kenntnis gebracht wurde. Mit diesen und anderen Bemühungen will man die Wirkungen der sehr lehrreichen Baukontraktanten, die von Seiten der Arbeiter bisher verächtlich wurden, abschwächen. Man gibt sich große Mühe, die Zahlen als unrichtig erscheinen zu lassen.

Ganz abgesehen von den in die verschiedenen bürgerlichen Zeitungen lancierten Märchen vom baldigen Ende des Kampfes, von mangelnden finanziellen Mitteln der Arbeiterorganisationen, werden Zweifel daran erhoben, ob so viele Baufirmen im Berliner Vorortgebiet überhaupt vorhanden sind, wie in der Zusammenstellung der Maurer angegeben werden. Die Leitung des Arbeitgeberverbandes muß diese und ähnliche Verunglimpfungsmittel für die Mitglieder notwendig haben. Als ein solches kann es auch nur betrachtet werden, wenn am Freitag plötzlich eine Erklärung von 31 Firmen notwendig wurde, die einseitig ganz Selbstverständliches beinhalten mußten, nämlich, daß sie „treu zum Verbands halten“ und die Forderungen der Arbeiter bisher noch nicht unterschrieben haben und auch nicht unterschreiben. In der am Donnerstag abgehaltenen Unternehmerversammlung wird dieser Akt beschlossener Arbeit sogar in einer Resolution besonders beweihräuchert; es heißt da:

„Sie begrüßt mit Freuden die spontane Rundgebung von 30 größeren Gewerkschaften: „treu zum Verbands halten“ und beauftragt den Vorstand in ähnlicher Weise die gleiche, einstimmige Willensäußerung aller übrigen Mitglieder zum Ausdruck und zur Kenntnis der Allgemeinheit zu bringen.“

Solche „spontane Rundgebungen“ werden also in den nächsten Tagen die Allgemeinheit in Stauung versetzen; nur gut, daß nun jedermann bestimmt weiß, daß sie auf Bestellung am Helgoländer Meer fabriziert sind. In Wirklichkeit gehalten diese Dinge einen Witz hinter die Kulissen. Die große Masse der Mitglieder traut den Führern und den großen Gewerkschaften nicht mehr; darum sind dieselben zu solchen Erklärungen genötigt, um die Unzufriedenen und die Zweifler noch auf einige Zeit zu beruhigen.

Demselben Zweck soll auch ein Artikel in Nr. 20 des „Zentralblattes für das deutsche Baugewerbe“ dienen; es heißt da:

„Unsere Leser finden im Inseratenteil der heutigen Nummer eine Erklärung einer Reihe von Baufirmen, die den Ausstreikungen der Arbeitnehmer die Spitze abbricht, daß eine Reihe von Firmen die einseitig aufgestellten Forderungen der Arbeitnehmer bewilligt haben. Die Firmen, die dort unterzeichnet haben, repräsentieren etwa eine Lohnsumme von 20—22 Millionen Mark. Dieser Zahl möge einmal der „Vorwärts“ die Lohnsumme der Firmen gegenüberstellen, die „bewilligt“ haben.“

Der Schreiber des Obigen wird uns gestatten, seiner Aufforderung nachzukommen mit den uns zur Verfügung stehenden Argumenten. Seine Zahlen können wir nicht kontrollieren und in die Bücher der Firmen, welche die Forderungen bewilligten, haben wir keinen Einblick; das weiß er und deshalb ist seine Aufforderung nicht nobel.

An der Hand der Baukontrakte der Maurer konnte festgestellt werden, daß diese 31 Firmen 141 Bauten in Arbeit haben, auf denen Maurer beschäftigt sind. Doch haben fünf von den 31 zurzeit gar keine Arbeit, drei haben 2 Umbauten und 2 Scharwerke in Arbeit, und 8 sind zusammen an 9 Rohbauten und 4 Scharwerken beteiligt und nur 15 dieser Firmen haben mehr als 2 Arbeitsstellen resp. Bauten.

Zum Vergleich seien hier 31 der größten Firmen herangezogen, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligten. Diese haben, wiederum nach der Baukontrakte, zusammen 150 Bauten resp. Bauten im Betrieb. Hieraus geht schon zur Genüge hervor, daß die Herren vom Bunde nicht so verächtlich auf die, welche die Forderungen bewilligten, herabzublicken brauchen.

Daß diese 31 Firmen die Lohnsumme von 20—22 000 000 repräsentieren, mag an sich richtig sein, aber ihre Bedeutung für die im Streik befindlichen Verufe kann damit nicht im entferntesten ermessen werden, um so mehr, als man damit das Übergewicht den anderen Baufirmen gegenüber zum Ausdruck bringen will. Will man hier einen Vergleich ziehen, so muß einmal der Lohn in Abzug gebracht werden, der für Arbeiter ausgezahlt wird, die in anderen Verufen tätig sind, und dann auch der Lohn, der für Arbeiten aller Art gezahlt werden muß, die außerhalb des Berliner Lohngebietes ausgeführt werden.

Da ist zunächst die Firma Boswau u. Knauer, die allein ein starkes Drittel der obengenannten Lohnsumme im Jahre auszahlt. Davon aber mehr als die Hälfte für Arbeiten der Spezialberufe, wie der Zement- und Gipsbranche, der Branche der Platten und Platten aller Art sowie in der Holzbearbeitung verwendet. Die dann verbleibende Summe wird aber

nicht an Arbeiter ausgezahlt, deren Verufe zurzeit in Berlin im Streik stehen, sondern diese wird noch zur Hälfte auswärts gebraucht, da die Firma in allen Teilen des Reiches sehr viele und sehr bedeutende Bauwerke ausführt. Ähnliches trifft für mehrere der 31er zu.

Damit reduziert sich diese Lohnsumme für die im Berliner Lohnbezirk in Frage kommenden Bauten um ein bedeutendes und geht daraus zur Genüge hervor, daß all dies Gerede und Geschreibe nur lediglich dem Zwecke dienen soll, der Öffentlichkeit und vor allem den rabiat werdenden Mitgliedern Sand in die Augen zu streuen und ihnen zu zeigen, wie stark ihre großen Kampfbrüder sind und wie fest dieselben noch stehen. Können wir den Herren dieses harmlose Vergnügen.

Der folgende, an unfreiwilligem Humor reiche Brief ist sehr charakteristisch für die bedrängte Lage der Arbeitgeber, die mit allerlei süßen Worten ihre Gefellen wieder zu gewinnen suchen. Er lautet:

An den Maurergesellen Herrn R. R.!

Ich muß Sie ersuchen, nunmehr endlich die Arbeit wieder aufzunehmen. Es kommt mir dabei auf eine kleine Lohnherhöhung, die bis zum Wiedereintritt geordneter Verhältnisse gezahlt werden kann, nicht an, wohl aber auf die Einhaltung des neunstündigen Arbeitstags.

Ich gebe Ihnen zu bedenken, ob Sie sich das durch langjährige Arbeit in meinem Geschäft erworbene moralische Recht auf Weiterbeschäftigung in erster Reihe erhalten oder aufgeben wollen.

Es soll keine Rötigung oder Maßregelung bedeuten, aber Sie werden zugeben müssen, daß ich, wenn ich fremde Leute als Rothelfer annehme, diesen nicht im Winter den Stuhl vor die Tür setzen kann.

Es sollte mir unendlich leid tun, mich von meinen alten Leuten dauernd trennen zu müssen, und rufe ich deshalb noch einmal Ihre Anhänglichkeitsgefühl an Ihre langjährige Arbeitsstelle an.

Die mir angedeutete Sorge um die zukünftige Behandlung durch die Arbeitsgenossen kann nicht so groß sein. Wenn alle einzelnen, die mir ihren guten Willen mündlich bekundet haben, als gereifte und mutige Männer sich ihr Recht auf ihre freie Entscheidung nehmen lassen und die Unruhestifter fest in ihre Schranken zurückweisen, wird es schon gehen. Sie in diesem Sinne grüßend zeichnet

Karl Pring, Maurermeister.

Herr Pring verlangt von den Arbeitern den „Rut“ zum Ersatz an ihren Kollegen; den Rut, gegen den Willen seiner sozial rückständigen Klassengenossen die Arbeitszeit in seinem Betriebe zu verkürzen, besitzt er nicht.

Der letzte Versuch.

Der Verband der Baugewerke von Berlin und den Vororten erläßt heute, Dienstag, durch ein Rundschreiben an seine Mitglieder, sowie durch Säulenaufschlag, folgende Mitteilung:

„In Ausführung eines bezüglichen Beschlusses der letzten Generalversammlung vom 18. Juli d. J. bitten wir unsere Mitglieder, die während des jetzigen Ausstandes von ihnen beschäftigten arbeitswilligen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter auch nach Beendigung des Kampfes, namentlich aber in der arbeitswilligeren Zeit des Winters, in erster Linie zu berücksichtigen, sie bei Neueinstellungen von Arbeitskräften zu bevorzugen, soweit es irgend möglich ist, und dies bei Einstellung jedesmal den betreffenden Arbeitswilligen bekannt zu geben.“

Sollte Arbeitsmangel dennoch eine Entlassung in Zukunft nötig machen, so wolle man sich für die Unterbringung der zu entlassenden Arbeitswilligen in Betrieben bekannter Kollegen durch persönliches Benehmen mit diesen, eifrigst und tatkräftig bemühen und zu gleichem Zwecke auch unsern Geschäftsmännern rechtzeitig Namen und Adressen der zu entlassenden Leute aufgeben.

Wir halten diese Rücksicht den Arbeitswilligen gegenüber für eine Pflicht, deren Erfüllung wir von unseren Mitgliedern unbedingt erwarten, soweit es ihnen irgend möglich ist.“

Auch das wird nicht versagen!

Der Verein der Zimmerer hielt am Sonntagvormittag eine Generalversammlung in den Industriehallen ab. Einige Vereinsangelegenheiten wurden zuerst erledigt. Der Vorsitzende empfahl, aus taktischen Gründen von einer öffentlichen Rechnungslegung abzusehen, da man gegenwärtig keine Ursache habe, die Reue der Baunternehmer über die Finanzen der Zimmerer zu befriedigen. Die Revisoren erklärten, daß die Kassen in guter Ordnung sich befinden. — Die Wiederaufnahme einiger Mitglieder, die wegen Streikbruchs vor längerer Zeit ausgeschlossen waren, kam zur Beratung. Einige Fälle wurden zurückgestellt; in anderen gab die Versammlung ihre Zustimmung, verlangte aber, daß die Beiträge nachzuzahlen seien.

Ueber den Stand der Lohnbewegung referierte Fischer, der sich auf die im „Vorwärts“ veröffentlichten Erhebungen bezog und an Vergleichen zeigte, wie die Situation für die Zimmerer immer günstiger wurde. So war die Zahl der Arbeitgeber, die die Forderungen unterschrittlich anerkannten, von 307 in der ersten Woche auf 406 schon in der zweiten und dann weiter auf 480, auf 543, auf 570, auf 630 und 665 in der siebenten Woche gestiegen und beträgt jetzt 695. Fischer fragte, was die Unternehmer mit den großen, grünen Plakaten an den Anschlagssäulen (am Sonntagmorgen) wohl beabsichtigen mögen? Da paradierten sie vor der großen Öffentlichkeit mit 30 großen Firmen (vorher waren es 31), die treu zum Verband der Baugewerke stehen wollen. Sie versuchen, das Publikum zu täuschen und die Streikenden in Angst zu versetzen. Andererseits erlassen sie Rundschreiben und bitten um Geduld und Nachsicht für die bedrängten Zimmermeister. Wie die Zahl der streikenden Zimmerer abgenommen hat, kann man aus folgenden Vergleichen ersehen. Es streikten:

	Mittel vom Verband:	vom Verein:
In der 1. Woche:	2078	1266
" " 2. "	1673	1125
" " 3. "	1456	950
" " 4. "	1209	713
" " 5. "	1011	604
" " 6. "	794	508
" " 7. "	543	369
Gegenwärtig:	330	247

Die Gesamtzahl ist also auf 597 gesunken; die übrigen arbeiten zu den neuen Bedingungen; etwa 1400 haben Berlin verlassen und 70 sind Streikbrecher geworden. — Man solle aber nicht glauben, der Kampf sei schon zugunsten der Zimmerer entschieden; die Agitation gegen die Arbeitswilligen muß unermüdet fortgesetzt werden. Der 1/2-tägige Arbeitstag, wenn nicht der achtfundige, muß für die Zimmerer überall die Regel werden, nicht eher darf von einem Frieden die Rede sein.

Die Versammlung erklärte sich mit der Anordnung des Vorstandes, die Extrasteuer von 75 Pf. auf 25 Pf. herabzusetzen, einverstanden; 41 Tage à 75 Pf. muß aber jedes Mitglied bezahlt haben. — Die bisher noch vorhandenen Kontrollstellen werden aufgehoben und alle Kontrolle nach dem Bureau in der Dragonerstraße verlegt, wo sich die Streikenden einzufinden haben.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegungen des Zentralverbandes der Maurer im Jahre 1907. Die bis zum 30. Juni erledigten 488 Lohnbewegungen des Jahres 1907 wurden an 5687 Orten mit 53 314 Gesellen gegen 4058 Unternehmern durchgeführt. Gefordert wurden: in 251 Fällen Erhöhung des Lohnes, in 237 Fällen außerdem noch Verkürzung der Arbeitszeit. Von 368 ohne Streiks erledigten Fällen wurden

301 durch Vereinbarungen nach erfolgter Unterhandlung, 50 ganz oder teilweise Bewilligungen ohne Unterhandlung und 8 durch Zurückgehen der Forderungen beigelegt. Zu Arbeitseinstellungen kam es in 120 Fällen, und zwar zu 90 Angriffsstreiks, 10 Ausperrungen, 13 Angriffsstreiks und Ausperrungen und 7 Ausperrungen und Angriffsstreiks. Alle Bewegungen (18 mit 1458 Gehülfen ausgenommen) endeten mit Erfolg. Und zwar wurde erreicht für 13 083 Kollegen 51 264 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche in 133 Lohngebieten, ferner für 51 856 Kollegen eine Lohnherhöhung in 470 Lohngebieten, die pro Stunde und Person durchschnittlich 5 Pf. beträgt. Außerdem kam es in 338 Fällen zum Abschluß von Tarifverträgen.

Im Hotel Continental zu Dresden sind die Hotelbedienten wegen Maßregelung eines Kollegen in den Streik getreten. Sie gehören dem Hotelbedienten-Verbande an. Als Arbeitswillige haben sich Diensthelfer und einige Hausknechte gefunden, nachdem die Kassasträger es abgelehnt hatten, als Streikbrecher zu fungieren. Der Besitzer verlangte u. a. von den Leuten, daß sie für 10 W. monatlichen Lohn und „Station“ auch einen Teil der Hausarbeit übernehmen sollten. Nachts belamen sie, obgleich sie Dienst hatten, nichts zu essen. Zugang ist streng ferngehalten. Der Verband verfügte die Sperre über das Haus.

114 deutsche und 106 italienische Bergarbeiter sind zu Frielendorf im Hessischen wegen Lohnunterschieden ausständig geworden. Zugang ist ferngehalten.

Die Ausperrung der Tabakarbeiter in Gießen.

In Wiesent bei Gießen fand unter freiem Himmel, weil ein so großer Saal in Gießen und Umgegend nicht vorhanden ist, eine sehr stark besuchte Versammlung der ausgesperrten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen statt, in welcher der Gauleiter Schöne über die Situation referierte. Er legte klar, daß dadurch, daß alle Gewerkschaften nunmehr die um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Tabakarbeiter unterstützen, daß ferner sich hundert von Kollegen und Kolleginnen entschlossen hätten, anderwärts in Arbeit zu treten, die Situation sich wesentlich günstiger gestaltet habe. Hätten doch die Fabrikanten geglaubt, nur 8 Tage würden die Arbeiterinnen standhalten; aber nun wären es schon 6 Wochen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen mit ungebungen Mut ihre Vereinigungsrechte verteidigten. Es wäre eine Schmach für die Fabrikanten, daß sie in dieser nichtswürdigen Weise auf ihren Arbeitern pochen, auf den Gehalt, welchen die Arbeiter erst so stark füllten halfen. Nun, wo sie durch die teuren Verhältnisse gezwungen würden, ein paar Pfennige Lohn mehr zu verlangen, verweigern die Herren nicht nur das, sondern sie wollen den Arbeitern auch das Recht rauben, sich zu organisieren. Diese Organisationsräuber sind liberale Herren, welche in Worten mit den vielen Volksgenossen nur so herumwerfen, aber in ihren Taten sich nicht im geringsten von den ostpreussischen Junkern unterscheiden. Die Fabrikanten suchen abgelegene Orte auf, wo sie glauben, auch jetzt noch nach Belieben schalten und walten zu können, aber wir sind ihnen auf den Fersen. Sie werden nicht lange Freude an ihren Streikbrecherfilialen haben. Andererseits haben sie sich an die Fabrikanten in Westfalen gewandt, damit keiner von diesen Leuten aus der Gießener Gegend annimmt. Aber die Westfälischen Fabrikanten sind nicht vernagelt genug, ihre Schaulustkuranten auf diese Weise zu unterstützen. Wenn sie Leute brauchen, stellen sie diese ein. In der Versammlung wurde unter heller Begeisterung einstimmig beschlossen, sich nicht bedingungslos zu unterwerfen. Dieses Resultat wurde mit hartem Beifall aufgenommen.

Ausland.

Militär gegen Streikende.

Hochdorf (Kanton Luzern), 22. Juli. Im Gefolge des von einiger Zeit hier proklamierten Metallarbeiterstreiks brach heute der Generalstreik aus. Unter dem Vorwand, daß Ausfahrungen von Streikenden vorgenommen seien, bot die Regierung ein Bataillon Infanterie und eine Schwadron Dragoner auf. Salzburg, 22. Juli. Unter den am Bau des Tauernstunnels im Anlaufstade beschäftigten Arbeitern ist eine Streikbewegung ausgebrochen. Auch aus diesem Anlaß geht heute ebenfalls Militär nach Gaßtein ab.

Kohlenarbeiter-Ausperrung.

Selsk, 22. Juli. Im Verlaufe der Streikaktionen, die zwischen den in der städtischen Kohlenindustrie angestellten Arbeitern und ihren Arbeitgebern ausgebrochen sind, wurden die Kohlenplätze heute morgen zur Wiederaufnahme der Arbeit geöffnet. Da sich aber die Arbeiter weigerten, die Bedingungen der Arbeitgeber anzunehmen, so wurden die Arbeitsplätze auf eine zweite Woche geschlossen. Man erwartet, daß infolge der knappen Kohle viele Werke in die Zwangslage kommen werden, ihre Arbeiten im Verlaufe der Woche einzustellen.

Grubenarbeiterstreik in Amerika.

New York, 22. Juli. 15 000 Grubenarbeiter des Grubenbezirks der Oberen Seen sind in den Ausstand getreten und fordern Lohnaufbesserung sowie günstigere Arbeitsbedingungen. Die betreffenden Gruben gehören dem Stahltrust.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Aus den Bergen.

Innsbruck, 22. Juli. Im Spronserthal fanden Hirten die stark des Stathalters-Vizepräsidenten Frhr. v. Reben abgestürzt und erlitt schwere Verletzungen.

Innsbruck, 22. Juli. Im Spronserthal fanden Hirten die stark verletzte Leiche des seit dem Herbst vermissten Lehrers Schütte. Den Kopf lag neben der Leiche. Schütte ist wahrscheinlich erstochen.

Ertrunken.

Gmunden, 22. Juli. (B. S.) Im hiesigen See ertranken bei einer Bootfahrt der Sohn der Schauspielerin Kramm sowie ein junges Mädchen.

Auf der Hochzeitsreise.

Ebensee, 22. Juli. (B. S.) Auf der Frauenkircherstraße stieß das Automobil des Fabrikanten Hesselberger aus München, welcher mit seiner jungen Frau sich auf der Hochzeitsreise befindet, mit dem Automobil des Baumeisters Stiegler aus Wien zusammen. Beide Automobile wurden gegen die Straßenmauer geschleudert und fährten um. Baumeister Stiegler, Fabrikant Hesselberger, dessen Frau sowie beide Chauffeure erlitten nur leichte Verletzungen.

Zum Untergang des Dampfers „Columbia“.

San Francisco, 22. Juli. (B. S.) Auf deutschatlantischem Rabel. Nach den letzten Nachrichten sind bei dem Untergange des Passagierdampfers „Columbia“ infolge Kollision mit dem Dampfer „San Pedro“ bei Shelter Cove 150 Personen ertrunken und 80 gerettet worden. Einer der Geretteten gibt an, daß zu den Ertrunkenen alle Frauen gehörten, die sich an Bord der „Columbia“ befunden hätten. (Siehe auch Vermischtes.)

San Francisco, 22. Juli. (B. S.) Der Dampfer „Moa-noki“ ist hier mit einer Anzahl Geretteter vom Dampfer „Columbia“ und zahlreichen Leichen von bei dem Unglück Umgekommenen eingetroffen. Wie man jetzt erfährt, gelang es nur, ein einziges der hinteren Rettungsboote der „Columbia“ zu Wasser zu bringen, bevor das Schiff sank.

Arbeiter, Parteigenossen Berlins! Seht die Wählerlisten ein! Wer nicht in der Liste steht, darf nicht wählen!

Von der russischen Sozialdemokratie.

Der seit dem Staatsstreich des 3. (16.) Juni verstrichene Monat hat bereits zu einer Klärung der Stellung verschiedener Parteien in bezug auf die dritte Duma geführt. Das größte Interesse konzentrierte sich von vornherein auf die Haltung der Sozialdemokratie; denn das etwa die Kadetten oder die „völkstümlichen“ Parteien auf die Teilnahme an den Wahlen verzichten würden, das war von vornherein ausgeschlossen. Unter dem Eindruck des Gewaltstreiches, der vom Lande durch dumpfes Schweigen beantwortet wurde, begann sich in der Sozialdemokratie wiederum eine schwache Wohlhoffstimmung zu regen. Die „Wohlhoffstimmung“ vertrat die Ansicht, daß die Teilnahme an den Wahlen erstens als eine Sanktionierung des Staatsstreiches gedeutet werden könne und zweitens eine unnütze Kraftvergeudung wäre, da die extremen Parteien durch das neue Wahlgesetz im besten Falle zur Rolle einer verschwindend geringen Minderheit inmitten der reaktionären Mehrheit verurteilt seien. Die Wohlhoffstimmung, vor allem L. Martoff in einem Brief im „Towariisch“, bekämpfte diese Argumente als nicht stichhaltig. Sie sagten: Die Duma ist für die Sozialdemokratie nicht Selbstzweck, der Kampf um sie hat nicht die Erringung einer Majorität zu geschweigenen Zwecken zum Ziel, sie ist nur ein Mittel, um — sei es durch die Wahlbeteiligung und die damit verbundene Agitation, sei es durch die Betonung der wahren Volksinteressen in der Duma selbst gegenüber den Reaktionen — die breitesten Volksmassen politisch aufzuklären, zu differenzieren und zu organisieren. Daß die Beteiligung an den Wahlen, wenn auch mit wenig Aussichten auf Erfolg im Sinne von Mandatserringung, doch vortrefflich geeignet ist, die Lösung dieser Aufgabe zu fördern, habe die Erfahrung mit der zweiten Duma gelehrt, und es wäre ein unverzeihlicher Fehler, sich die Gelegenheit zur intensiven Fortsetzung dieser Arbeit entgehen zu lassen.

Die Wohlhoffstimmung scheint nunmehr dauernd unterlegen zu sein. Die Volkswelt, aus deren Reihen sich die Wohlhoffstimmung vornehmlich rekrutierte, erklärten sich für die Wahlbeteiligung, da die einzige greifbare Lösung, die ihr entgegengesetzt werden könne, die des bewaffneten Aufstandes, jetzt nicht zeitgemäß sei. Die zweite Fraktion der russischen S.-D. hat sich, ebenso wie der „Bund“, von Anfang an aus den oben angeführten Gründen für die Wahlbeteiligung ausgesprochen; nur über die Stellungsnahme und Beschlüsse der Letzten und Polen liegen noch keine bestimmte Meldungen vor.

Indessen hat sich aber das Zentralkomitee der Partei kategorisch für die Wahlbeteiligung ausgesprochen, was aus der Tagesordnung der für Mitte Juli einberufenen Parteikonferenz ersichtlich ist, deren erster Punkt lautet: „Die bevorstehende Wahlkampagne, a) Organisation der Wahlkampagne, b) Wahlplattform, c) Wahlabschlüsse mit anderen Parteien.“ Zu diesem letzten Punkt liegt bereits ein Antrag des Zentralkomitees selbst vor, der auf der ersten Wahlstufe ein durchaus selbständiges Aufsteigen der Sozialdemokratie vorschlägt; auf der zweiten und dritten Stufe jedoch sollen technische Kompromisse (über die Zahl der jeder Partei zuzulassenden Wahlmänner, Abgeordneten und so weiter) mit den linken Parteien — die Kadetten mit eingerechnet — gestattet sein. Eine Ausnahme bildet die Arbeiter-Lurie, wo unter keinen Umständen Wahlabschlüsse stattfinden dürfen.

Außer diesen, die Wahlkampagne betreffenden Fragen, enthält die Tagesordnung der Konferenz den Punkt: „Partei und Gewerkschaften“, ein Thema, dessen hohe Bedeutung für die praktische Arbeit der Sozialdemokratie in den Arbeitermassen nicht genug betont werden kann, besonders angesichts des in nächster Zukunft stattfindenden Gewerkschaftskongresses. Um die Diskussion über diesen Punkt fruchtbarer zu gestalten, wird vor der Parteikonferenz eine spezielle Besprechung der in den Gewerkschaften tätigen Parteigenossen stattfinden.

Die vorbereitenden Arbeiten für die Konferenz sind bereits in vollem Gange. Auf je 5000 Parteimitglieder, die sich an den Wahlen zum Londoner Parteitag beteiligen haben, soll ein Konferenzdelegierter gewählt werden, den Wahlmodus zu bestimmen, bleibt jedoch jeder nationalen Organisation selbst überlassen. So hat z. B. das Zentralkomitee des „Bund“, auf den fünf Delegierte entsenden, beschlossen, die Wahlen auf befonderen, von allen vollberechtigten Organisationen beschickten Rayonkonferenzen vorzunehmen zu lassen, und zwar für je zwei Delegierte für Litauen und Südrussland und einen für Polen. Gleichzeitig werden die Rayonkonferenzen auch über die auf der Tagesordnung der Parteikonferenz stehenden Fragen vorberaten sowie auch eine Frage diskutieren, die gegenwärtig in den Reihen des „Bund“ lebhaft debattiert wird, nämlich: „Über unsere Beziehung zur Organisation einzelner Aktionen (Messen, Demonstrationstreiks usw.) als Antwort auf Gewaltstreich der Regierung.“ Es ist in der Hauptsache die Dumaauflösung und die Wahlgesetzreform, was dieser Frage ihr aktuelles Interesse verliehen hat.

Das Zentralkomitee des „Bund“ hat den Beschluß gefaßt, in der Wahlkampagne die Hauptaufmerksamkeit auf die ausfallsreicheren litauischen Gouvernements zu konzentrieren, ohne natürlich die minder günstigen Punkte zu vernachlässigen. Für die leitende Arbeit sind bereits ein Zentralwahlbureau und Gouvernements-Wahlkommissionen nach dem Muster der in der vorigen Wahlkampagne konstituierten gegründet, auch haben die Registrierbureaus ihre Tätigkeit begonnen. Deren Aufgabe ist bezw. war es, die Wahlberechtigten zur Eintragung in die Wählerlisten zu bewegen — eine Arbeit, die auf den doppelten Widerstand der Passivität der Wählermassen einerseits und der Schikanierungen der Polizei andererseits stößt. Jedoch hat die Erfahrung der vorigen Dumawahlen gelehrt, daß die Organisation den sich ihr im Wahlkampf bietenden technischen und politischen Aufgaben gewachsen ist. Daher wird sie auch diesmal ihrer Pflicht der Aufrüttelung und Organisation der Massen gerecht werden.

Aus der Partei.

Zur Frage des Preszbureaus.

Man schreibt uns aus dem Parteibureau: Zur Förderung der Parteipresse hat der Parteivorstand die Einrichtung einer Zentralstelle in Aussicht genommen, durch welche der Parteipresse wichtige Informationen und

Materialien besser und schneller, als das bisher möglich war, übermittelt werden sollen. Dieser Plan wurde von einer Konferenz sozialdemokratischer Redakteure mit Freude begrüßt. Die Ausführung des Planes wurde der Beschlußfassung des Parteitag vorbehalten. Der Parteivorstand hatte eine Anzahl Parteiredakteure um Gutachten über die Einrichtung und die Umgrenzung der Aufgaben dieser Zentralstelle für die Presse ersucht. Eines dieser Gutachten, das fünf Genossen gemeinsam nebst ausführlicher Begründung an den Parteivorstand erstattet haben, wird in Nr. 67 der Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse veröffentlicht. In diese Veröffentlichung hat sich eine Polemik geknüpft, wobei von der „Leipz. Volksz.“ und dem „Vorwärts“ verlangt wurde, daß das Gutachten auch durch die Parteipresse den Genossen zugänglich gemacht würde, damit eine öffentliche Diskussion des Planes platzgreifen könne. Wir haben dazu zu bemerken, daß das durch den Verein Arbeiterpresse veröffentlichte Gutachten nicht das einzige ist und daß dem Parteivorstand von anderer Seite Gutachten vorliegen, die in sehr wesentlichen Punkten von dem veröffentlichten Gutachten abweichen. Im Parteivorstand wurde nach Kenntnisnahme der Gutachten eine Vorlage über die zu errichtende Zentralstelle für die Presse ausgearbeitet. Diese Vorlage wird Anfang August von der Gesamt-Parteileitung beraten und dann veröffentlicht werden, so daß sie noch ausgiebig vor dem Parteitag diskutiert werden kann. Der in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse veröffentlichte Entwurf ist keineswegs identisch mit dem Entwurf, der auf dem Parteitag die Grundlage der Beratung bilden wird. Sowie einseitigen zur Klärung.

Ferner veröffentlicht der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse im „Halle'schen Volksblatt“ folgende Erklärung:

Ein Besuch — an die falsche Adresse.

Die „Leipziger Volkszeitung“ richtet an uns das Gesuch, den in den Mitteilungen des Vereins Arbeiter-Presse abgedruckten Entwurf über die Organisation eines Preszbureaus der öffentlichen Diskussion freizugeben. Wir sind der Mühe entbunden, uns über die Zweckmäßigkeit dieses Gesuchs in Erwägungen einzulassen. Wir haben weder das Recht, den erwähnten Entwurf der öffentlichen Diskussion zu unterbreiten, noch haben wir die Möglichkeit, sie zu verhindern. Jener Entwurf ist, was der „Leipziger Volkszeitung“ nicht hätte entgehen sollen, lediglich die Privatarbeit einiger Kollegen, welche die Anregungen der letzten vom Parteivorstand einberufenen Presbureaufferenz auf Grund eines unverbindlichen Auftrags zu einem vorläufigen Entwurf verfertigt haben. Diese Skizze, mit der der Verein Arbeiterpresse als solcher nicht das mindeste zu tun hat, liegt dem Parteivorstand lediglich als Material für die von ihm unternommene Aufgabe vor, den Organisationsplan eines sozialdemokratischen Presbureaus zu entwerfen. Nachdem das Zentralorgan sich dem Gesuch des Schwesterblattes vollinhaltlich angeschlossen hat, scheint es uns geboten, diesen Klaren, im Kreise unserer Berufscollegen allgemein bekannten Tatbestand festzustellen, und die Leser nach einer öffentlichen Diskussion an die richtige Adresse zu verweisen: an den Parteivorstand.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse hat nur pflichtgemäß jenen Entwurf in seinem unöffentlichen Organ wiedergegeben, um den Fachgenossen Gelegenheit zu bieten, ihre Wünsche und Anregungen in diesen prestechnischen Fragen möglichst früh und umfassend zu äußern. Wir hatten nicht die Absicht, mit dieser Aufforderung zur fachgenössischen Diskussion irgendwas und irgendwie „tief einschneiden“. Ganz unabhängig von der dem Parteivorstand vorliegenden Entwurfsentwurf beabsichtigen wir, auf unserer diesjährigen Generalversammlung im Kreise der Kollegen dies wichtige Fachproblem zu erörtern, wie das auch schon auf früheren Generalversammlungen geschehen ist. Wie weit sich etwa aus dieser Diskussion unserer Generalversammlung Anregungen oder Anträge an den Parteitag ergeben werden, läßt sich gegenwärtig nicht übersehen.

Der Vorstand des Vereins Arbeiterpresse.

Diese Erklärung des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse ist um so dankenswerter, als nach den Ausführungen des diesem Vorstand angehörenden Genossen Thiele in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse und dem „Halle'schen Volksblatt“ die Absichten des Vorstandes des Vereins Arbeiterpresse tatsächlich Missdeutungen ausgeföhrt sein mußten. Ramentlich nach der Notiz des „Halle'schen Volksblatts“ konnte es den Anschein erwecken, als ob Mitglieder des Vorstandes der Ansicht wären, daß die Frage des Presbureaus überhaupt nicht als Parteiredakteure behandelt werden sollte. Die obige Zuschrift aus dem Parteibureau zeigt, daß der Parteivorstand gleich uns und der „Leipziger Volksz.“ (inzwischen hat sich auch die „Düsseldorfer Volksz.“ auf den von der „Leipziger Volksz.“ vertretenen Standpunkt gestellt) der Auffassung ist, daß die zu schaffende Institution zur öffentlichen Diskussion gestellt und dem Gutachten der Gesamtpartei unterbreitet werden soll. Der Ansicht des Parteivorstandes, daß auch im August die Veröffentlichung des Materials noch früh genug erfolgt, können wir uns durchaus anschließen. Wir gehen sogar so weit, daß wir die bereits eröffnete Diskussion in den Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse für ebenso überflüssig halten, wie die beabsichtigte Erörterung der Frage, „ob der Verein Arbeiterpresse oder die Partei Träger der Einrichtung sein solle“, auf der Hauptversammlung des Vereins Arbeiterpresse. Bietet doch die öffentliche Diskussion in der Parteipresse den Parteiredakteuren hinreichende Gelegenheit, ihre Ansichten über die Aufgaben und die wünschenswerteste Form des Presbureaus zu vertreten. Ueberhaupt stehen wir auf dem Standpunkt, daß Parteifragen von der Beratung in den privaten Körperschaften von Parteifunktionären möglichst ausgeschaltet werden sollten.

Arbeiter-Bildungsbestrebungen.

Allenthalben grünt und sprießt es in der Partei: Wohin man hört, wohin man schaut, geben sich unsere Genossen im Reich redliche Mühe, die Bahn zu betreten, die der Rammheimer Parteitag vorgezeichnet hat. Der Nachrichten über Errichtung von Bildungstufen, Einsetzung von Bildungsausschüssen sind so viele, daß es bald nicht mehr möglich ist, sie alle zu registrieren.

Die organisierte Arbeiterschaft der Stadt Brandenburg ist jetzt dem guten Beispiele anderer Parteigenossenschaften gefolgt. Durch gemeinsamen Beschluß des Wahlvereins und des

Gewerkschaftsartells wurde ein Bildungsausschuß eingesetzt. Schon am 24. d. M. wird die erste Veranstaltung, die Auf-führung von Ibsens „Ein Volksfeind“, in Szene gehen. Aus der Geschäftsordnung des Ausschusses heben wir folgendes hervor:

- 1. Der Bildungsausschuß besteht aus 11 Mitgliedern und zwar 5 Gewerkschaftsangehörigen, die vom Gewerkschaftsartell zu ernennen sind, 5 Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins sowie dem jeweiligen Vertreter der Arbeiterbibliothek. . . . Der Ausschuh ist berechtigt, in besonderen Fällen Sachverständige und Mitarbeiter zu seinen Obliegenheiten heranzuziehen.
2. Der Zweck des Ausschusses ist die geistige Erhebung der Arbeiter und deren Angehörigen durch Veranstaltungen wissenschaftlichen und künstlerischen Charakters, wie: Vorträge über Themata aus den Gebieten der Gesellschaftslehre, Geschichte, Ethik, Erziehungslehre und Naturwissenschaften, letztere unter möglicher Heranziehung des erläuternden Lichtbildes; Veranstaltung künstlerischer Musik- und Dichterabende und Theateraufführungen; Arrangierung von Ausstellungen und Vorträgen zwecks Verbreitung guter Literatur, Jugendchriften, Bildwerke usw. — Der Bildungsausschuß sucht auch Einfluß zu gewinnen auf die Veranstaltung von Arbeitervereinsfesten durch Nachweis zweckentsprechenden Materials für Gesangs- und sonstige Vorträge, um dadurch auch die Arbeiterklasse immer mehr der Kulturbewegung der wirtschaftlich und politisch aufstrebenden Arbeiterklasse würdig zu gestalten. — Ferner ist der Bildungsausschuß mit den Funktionen einer Aufsichtskommission für die Arbeiterbibliothek beauftragt. Zu den Obliegenheiten des Bildungsausschusses gehören demnach noch: Beschlußfassung über Anschaffung von Büchern und Inventar für die Arbeiterbibliothek, Anstellung des Bibliothekars und etwaiger Hilfskräfte, während dessen Führung und Lokalbestimmung dem Gewerkschaftsartell untersteht.
3. Die Tätigkeit der Mitglieder des Bildungsausschusses ist eine ehrenamtliche. Entschädigungen werden nur für unumgängliche persönliche Ausgaben und Arbeitsverläumnisse gezahlt.
6. Dem Bildungsausschuß ist ein jährlicher Betriebsfonds von 500 M. zur Verfügung zu stellen. Dieran beteiligt sich das Gewerkschaftsartell und der sozialdemokratische Wahlverein je mit der Hälfte des Betrages. Sollen Veranstaltungen getroffen werden, wie Vortragszyklen usw., welche voraussichtlich den Betriebsfonds mit mehr als 100 M. in Anspruch nehmen, so ist der Vorstand des Gewerkschaftsartells und des Wahlvereins zur Beratung und Beschlußfassung heranzuziehen.

Die Erfurter Genossen haben gleichfalls einen Bildungsausschuß eingesetzt; zu den Kosten trägt das Gewerkschaftsartell zwei Drittel, der sozialdemokratische Verein ein Drittel bei.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 8. hannoverschen Wahlkreis (Hammer-Buden) hielt am Sonntag seine Generalversammlung ab. Die Entwicklung ist seit etwa 1 1/2 Jahren so außerordentlich, daß einige Zahlen auch für weitere Parteikreise von Interesse sind.

Die Zahl der Mitglieder, die am 1. Januar 1906 4173 betrug, ist auf 11 571 angewachsen. Das bedeutet eine Zunahme von 170 Proz. Dieser verhältnismäßig guten Organisation schreiben die Genossen im Kreise es auch zu, daß sie bei den letzten beiden Reichstagswahlen trotz des gewaltigen Ansturmes der Gegner, zumal der stuppelosen Agitation des Reichsverbandes, den heiß umstrittenen Wahlkreis im ersten Wahlgang behaupteten. Als nach dem Tode des langjährigen Abgeordneten, Genossen Reiser, in der darauffolgenden Ersatzwahl am 22. Juni 1906 sich eine außerordentliche Stimmzunahme der vereinigten Gegner von 24 486 auf 30 598 ergab, denen nur eine Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen von 29 381 auf 31 903 gegenüberstand, da sagten sich die Genossen, daß es mit dem Bewußtsein von der „Selbstverständlichkeit“ des Sieges nicht getan sei, und sie arbeiteten demgemäß. Am 25. Januar 1907 erzielten sie denn auch den schönen Erfolg, daß sie die Stimmenzahl um 4310 (von 31 903 auf 36 113) steigern konnten. Wie notwendig diese Kräfteaufspannung war, ergibt sich daraus, daß die vereinigten Gegner es infolge heftiger Agitation auf 35 400 Stimmen brachten! —

Aus den Finanzen des Wahlvereins ist von Interesse, daß vom 1. Januar 1906 ab betragen haben: die Einnahmen 78 680,27 M., die Ausgaben 74 733,33 M. Die beiden Wahlen 1906 und 1907 kosteten 18 183,74 M. An den Parteivorstand in Berlin sind abgeführt: 14 154,34 M., an den hannoverschen Landesvorstand 12 547,31 M., daneben noch 2040,88 M. für Wahlzwecke in der Provinz. Für die Agitation im Kreise sind 7711,02 M. aufgewandt und 5000 M. als Pressefond angelegt.

Der Entwicklung der Organisation entsprach auch die des Parteiorgans „Vollswille“, der seit dem 1. April 1906 in eigener Druckerei hergestellt wird und dessen Geschäftsumfang sich ständig erweitert, so daß sämtliche Räume sich jetzt schon als zu klein erweisen. Neben den beiden Geschäftsführern, einer für die Expedition und einer für die Druckerei, sind vier Genossen in der Expedition tätig, außerdem eine Anzahl Hilfskräfte. Der Redaktionsstab umfaßt vier Redakteure und eine Anzahl ständiger Mitarbeiter. Der „Vollswille“ erscheint täglich in Siedeln von durchschnittlich 2 1/2 Bogen. Die Zahl der Abonnenten ist im letzten Geschäftsjahre von 17 500 auf 26 500 gestiegen! Dem entspricht die Zunahme der Inserate. Trotz des Kaufpreises und der Druckerei-Einrichtung schließt das erste Jahr mit einem Reingewinn von über 23 000 M. ab bei reichlich benehmenen Abschreibungen.

Man wird es verstehen, wenn die Genossen des Kreises mit Genugtuung auf dieses Resultat blicken.

Die italienische Vertretung auf dem internationalen Kongress.

Rom, 20. Juli. (Fig. Bureau) Die 15 Stimmen, die das internationale sozialistische Bureau den italienischen Arbeiterorganisationen für den bevorstehenden Stuttgarter Kongress zugeteilt hat, sind von dem Exekutivkomitee des Parteivorstandes in folgender Weise verteilt worden: Sechs Stimmen für die sozialistische Partei, soweit sie in Rom die Mehrheit behält, sechs für die Konföderation der Arbeit und drei für die Syndikalisten, gleichgültig, ob sie noch der Partei angehören oder nicht! — In Italien, wo die Beschidung des Kongresses nicht auf Parteikreisen erfolgt, tritt an Stelle der Wahl durch die Sektionen die Beschidung durch den Parteivorstand. Für die Syndikalisten hat der Vorstand eine eigene Beschidungskommission eingesetzt, von der zwei Mitglieder außerhalb der Partei und ein dritter innerhalb der Partei stehen. Die im Anschluß an die Affäre der „Azione“ aus der Partei Ausgetretenen sollen nach Beschluß des Parteivorstandes nicht delegiert werden dürfen.

Die zionistisch-sozialistische Partei hatte sich an das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Anshands mit dem Antrag gewandt, in die allgemeine sozialdemokratische Delegation Anshands auf dem Stuttgarter Kongress aufgenommen zu werden. Das Zentralkomitee lehnte diesen Antrag mit der Begründung ab, daß die zionistisch-sozialistische Partei den Anforderungen nicht entspreche, welche für die Zulassung zu internationalen sozialistischen Kongressen notwendig sind.

Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim.

Am Sonnabend fand zu Rummelsburg bei Weigelt in der Rummelsburgerstraße eine Generalversammlung des Reichstagswahlkreises Nieder-Barnim statt. Anwesend waren 125 Vertreter, und zwar 102 Kreisdelegierte, 11 Vorsitzende der Ortsvereine, 1 Vertreter der Gemeinderatsmitglieder der Partei, 4 Mitglieder des Vorstandes, 3 Redatoren, 2 Vertreter der Preßkommission, ein Vertreter der Agitationskommission und der Abgeordnete des Kreises, Genosse Stadthagen. Da die Orte im ganzen 125 Delegierte zu entsenden haben, fehlten 23. Von Herfelde war überhaupt kein Delegierter erschienen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung:

Der internationale Kongreß und der deutsche Parteitag.
Hielt Genosse Freiwaldt-Bankow den einleitenden Vortrag. Er wies zunächst darauf hin, daß die Sozialdemokratie von Anfang an international gewesen ist, daß der Kampf der Arbeiterklasse international sein muß, weil ja der Kapitalismus auch international ist, und selbst die Monarchen international verbündet wären. Der Redner kam dann auf die Kaiserfeier zu sprechen, erwähnte den Jubel, den der Kaiserbesuch des Pariser internationalen Kongresses von 1889 damals innerhalb der aufgefälligen Arbeiterklasse hervorrief, zeigte wie sich der Gedanke mit dem Bau von der Arbeiterbewegung immer mehr Bahn gebrochen hat, und wies schließlich auf die Abschwächung der Feier. Wenn einzelne Genossen behaupteten, die Opfer, die die Kaiserfeier kostete, entsprächen nicht dem Vorteil, den sie bringe, so sei zu bedenken, daß in der Arbeiterbewegung ohne Opfer überhaupt nichts zu erreichen ist. Der Nutzen aber überwiege die Nachteile. Auch mit Rücksicht auf den Ausfall der Reichstagswahlen sei es mindestens notwendig, das Erzeugnis festzuhalten. Es sei gar nicht nötig, zur Kaiserfeier besondere Anträge zu stellen, da ja die Beschlüsse der deutschen Parteitage den Delegierten die Richtschnur gäben. Sollten aber auf dem Kongreß Versuche zur Abschwächung der Kaiserfeier gemacht werden, so müsse dem entschieden entgegengetreten werden.

Bei der Frage des Militarismus habe unbedingt der Grundgedanke zu gelten: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Weshalb habe in seiner neuen „Metallarbeiterzeitung“ über die Fraktion geschrieben und gesagt, sie handle im Plenum des Reichstags anders als in den Kommissionen, weil ihre Vertreter z. B. für eine zweifelhafte Farbe der Uniformen eingetreten seien. Das habe mit dem Militarismus aber gar nichts zu tun. Selbstverständlich hätten die Abgeordneten aber die Pflicht, die Brüder im Kostencod auch in dieser Hinsicht zu schützen, damit sie nicht durch glänzende Uniformen ein besonders gutes Zielobjekt abgeben. Arbeiterseits sei er, Redner, nicht dafür eingenommen, daß unversiertheit, wie jüngst durch den Genossen Roste, im Reichstag immer und immer wieder so stark betont werde, wenn das Vaterland in Gefahr sei, werde man ohne weiteres die Hüfte auf den Buckel nehmen. Man könne doch heute unmöglich voraussagen, ob es sich, sollten die Regierung und die herrschenden Klassen wieder einmal von einem „Angriffskrieg“ reden, mißlich um einen solchen handle. Als bestes Mittel zur Bekämpfung des Militarismus bezeichnete der Redner die Erziehung der Jugend in sozialdemokratischem Geiste. Den Wehrpflichtigen Flugblätter in die Hand zu geben, oder gar die Agitation in die Kasernen zu tragen, sei ein ganz ungangbarer Weg, der dem Soldaten zu schwerem Schaden gereiche, der Sache selbst keinen Nutzen bringen könne.

Zur Frage der Kolonialpolitik bemerkte der Redner, daß er hier wohl nicht nötig habe, näher darauf einzugehen. Es sei ja nun hinreichend bekannt, daß es sich bei der Reichstagsauflösung nicht um kolonialpolitische Fragen, sondern um Sein oder Nichtsein des Reichstags handelte. Wenn man sehe, wie der Kapitalismus seine Fingerringe über die ganze Welt ausbreitet, erkenne man auch, wie gefährlich diese Kolonialpolitik für die Völker wie für die ganze Arbeiterklasse ist.

Zur Frage der Ein- und Auswanderung wies der Redner auf die Fälschung in der „Neuen Zeit“ erschienenen Artikel hin. Bei dem Bestreben der Kapitalisten, aus aller Welt billige Arbeitskräfte heranzubolen, müsse der Grundgedanke gelten, die heimischen Arbeiter vor solcher Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schützen.

Das Frauenwahlrecht betreffend, äußerte der Redner, daß hierin selbstverständlich der Grundgedanke des Parteiprogramms, allen ohne Unterschied des Geschlechts gleiche Rechte zu gewähren, maßgebend sein müsse und es demgemäß Ehrensache des internationalen Proletariats sei, für das Frauenwahlrecht ganz entschieden einzutreten.

Der Redner sprach sodann über die Tagesordnung des Parteitag, wobei er zunächst die Frage der gewerkschaftlichen Lokal- und Zentralisation berührte. Es sei ganz verfehlt, zu behaupten, die Delegierten Groß-Berlins seien auf dem letzten Parteitag nicht genügend für die Rechte der Lokalorganisierten als Parteigenossen eingetreten. Die Lokalorganisierten Genossen sollten aber doch ihre Sondervereinigungen aufgeben und sich schon darum den Zentralverbänden anschließen, weil sie dann ja die beste Gelegenheit hätten, dafür zu sorgen, daß die Arbeitsstände, die sie rügten, beseitigt werden.

Für besonders wichtig erklärte der Redner auch den Punkt: Parteischule und Bildungsausschuss. Hier müsse darauf gefordert werden, daß, was die Partei in der Breite gewonnen hat, auch in der Vertiefung der Erkenntnis ihrer Grundsätze erteilt und tüchtige Agitatoren herangebildet werden.

Sinkfälschung der Kaiserfeier sei es auch auf dem Parteitag Pflicht der politisch organisierten Genossen, dafür zu wirken, daß das bisher Beschlossene mindestens bestehen bleibe.

Die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage würden sicherlich zu starken Debatten Veranlassung geben. Es könne aber konstatiert werden, daß die Genossen bei den Wahlen allerorts ihre Pflicht getan haben. Worauf es ankomme, sei, die Organisationen weiter auszubauen, die Aufklärungsarbeit unter den Massen immer eifriger zu betreiben.

Daß die Alkoholverfrage auf die Tagesordnung des Parteitag gesetzt wurde, sei wohl hauptsächlich aus Generosität den Antialkoholisten gegenüber geschehen. Wohl lasse es sich nicht bestreiten, daß der Alkoholismus noch immer Verwüstungen unter der Arbeiterklasse anrichte. Aber die Partei könne ja doch nicht dekretieren, daß der Alkohol verboten sei. Die Frage sei vor allem eine soziale. Werde das soziale Elend beseitigt, so verschwinde damit auch die „Alkoholverfrage“.

Es lagen der Generalversammlung u. a. zwei Anträge der Genossen aus Richtenberg vor; der eine besagte, der Parteitag möge beschließen, den Preis des „Vorwärts“ von 1,10 M. auf 1 M. herabzusetzen, der andere, der „Vorwärts“ möge im Wochenabonnement herausgegeben werden. Der Redner wies demgegenüber auf den gewaltigen Ausfall an Einnahmen, sowie die Erhöhung der Ausgaben für die Expedition hin, die solche Beschlüsse zur Folge haben würden, und ersuchte die Genossen, sich diese Anträge doch noch einmal gründlich zu überlegen.

In der Diskussion sprach zunächst Genosse Rissen-Reinhold und äußerte sich über die Kaiserfeier im Sinne der Parteibeschlüsse gegen jede Abschwächung der Feier. Hinsichtlich des Militarismus hob er besonders hervor, wie wichtig hier eine berufliche Jugendberziehung ist, wie tödlich und verheerend es ist, wenn Eltern ihren Kindern buntes Militärspielzeug, Bleisoldaten und dergleichen in die Hand geben, als sollte ihnen gleichsam der Gedanke des Massenmordes schon von Kindesbeinen an eingepflanzt werden. Wie der Referent, erklärte sich der Redner gegen jede Sonderbündelung in den Gewerkschaften. Ferner sprach er für die Anträge auf Verbilligung und Wochenabonnement des „Vorwärts“. Die geistige Kraft müsse dem Volke so billig wie irgend möglich geliefert werden. Man dürfe den „Vorwärts“ nicht als Geschäft betreiben.

Im selben Sinne sprach Genosse Klobb-Lichtenberg für Verbilligung des „Vorwärts“. Der Redner wünschte, einem Antrage der Richtenberger Genossen entsprechend, daß, wenn möglich, für

eine noch bessere Durchführung der Kaiserfeier gewirkt werde, und war persönlich dafür, die Genossen, die den Tag nicht feiern können, zur Opferung ihres Tagesdienstes zu verpflichten. Hiergegen wandte sich Genosse Brühl-Lichtenberg, der aber ebenfalls für eine noch bessere Durchführung der Kaiserfeier sprach.

Zu dieser Frage selbst lagen folgende Anträge vor:
1. Der Vorstand sowie der erweiterte Vorstand des Kreiswahlkreises Nieder-Barnim empfiehlt der Generalversammlung folgende Resolution:

Die Delegierten zum internationalen Kongreß in Stuttgart sind verpflichtet, in bezug auf die Kaiserfeier sich auf den Boden der bisher auf den internationalen und deutschen Parteitag gefassten Beschlüsse zu stellen; sie verpflichten sich, jeder Verschlechterung der Kaiserfeier entgegenzutreten.

2. Die Genossen des Bezirks Richtenberg beantragen:
Die Delegierten zum internationalen Kongreß sowohl wie die zum Parteitag sind zu beauftragen, an der bisherigen Kaiserfeier festzuhalten, oder aber für noch größere Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu stimmen.

3. Die Genossen von Waidmannslust erwarten von den Parteitagdelegierten des Kreises Nieder-Barnim, daß dieselben auf dem Parteitag jeder Abschwächung der Kaiserfeier entgegenzutreten und dafür stimmen, daß der 1. Mai in seiner bisherigen Form weiter gefeiert wird.

Genosse Brühl empfahl nun der Versammlung, den Vorstandsantrag in der Weise mit dem Richtenberger zu vereinen, daß er mit den Worten schließt: „Sie verpflichten sich nicht nur, jeder Verschlechterung der Kaiserfeier entgegenzutreten, sondern eventuell für eine noch größere Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai zu stimmen.“

Genosse Denker-Waidmannslust sagte, daß die Delegierten gegen jede Abschwächung der Kaiserfeier zu stimmen hätten, daß aber die Anträge auf Verschärfung der Kaiserfeierbeschlüsse nicht zweckmäßig wären, da sie keine Aussicht hätten, internationale Geltung zu erhalten. In der Gewerkschaftsfrage sprach sich der Redner ebenfalls gegen die Sonderbündelung aus und hob hervor, daß die jetzt lokalorganisierten Genossen innerhalb der Zentralverbände besser in ihrem Sinne wirken könnten als außerhalb.

Genosse Helfes-Regel meinte, daß in der Kaiserfeierfrage der größte Fehler schon 1890 gemacht worden sei. Daran habe man heute noch zu tragen. Auch dürfte die Parteileitung nicht, wie 1906 und 1907, das eine Mal so, das andere Mal anders auftreten, sondern sie mühe auf dem einmal eingenommenen Standpunkt beharren. Der Redner sprach sich auch für Verbilligung des „Vorwärts“ aus und meinte, man könne ja immer wieder zu dem alten Preis zurückkehren, wenn man sich in seinen Hoffnungen getäuscht sähe.

Ebenfalls für Verbilligung des „Vorwärts“ trat Genosse Judrin-Lichtenberg ein. Bei einem Wochenabonnement für 25 Pf. würden die Hausfrauen diese Ausgabe kaum spüren.

Genosse Stadthagen sprach sich entschieden gegen jeden Versuch einer Abschwächung der Kaiserfeier aus. Er schlug der Versammlung vor, zu beschließen:

„Die Delegierten sind verpflichtet, in bezug auf die Kaiserfeier im Sinne der Anträge 1, 2 und 3 zu wirken.“

Es sei ja noch zweifelhaft, ob die Kaiserfeier auf dem internationalen Kongreß überhaupt zur Verhandlung komme; notwendig sei es aber, die Frage zu entscheiden. Wenn behauptet wird, daß der Parteivorstand bei der letzten Kaiserfeier ablaufend eingetreten habe, so gebe er, Redner, zu, daß dessen Ruf wohl eine andere Fassung hätte haben können; doch sei der Ruf lediglich im Sinne der Parteibeschlüsse gemeint gewesen. Was die Frage der Lokalorganisationen betreffe, so sei ja nicht daran zu zweifeln, daß sie früher ihre historische Berechtigung hatten. Nun aber sei es doppelte und dreifache Pflicht der lokalorganisierten Genossen, in die Zentralorganisationen einzutreten und hier im Sinne der Einheitlichkeit und der Sozialdemokratie zu wirken. Er müsse sich aber auch entschieden dagegen wenden, sie aus der Partei ausschließen zu wollen. Anders sei es, wenn sie sich selbst außerhalb der Partei stellen. Zu den Anträgen auf Verbilligung und Wochenabonnement des „Vorwärts“ bemerkte der Redner, daß diese Frage ja von der Generalversammlung Groß-Berlins angeschnitten sei und noch der Entscheidung harre. Ganz verfehlt wäre es, sich mit dieser Frage an den Parteitag zu wenden. Es liege ja gar keine Veranlassung vor, die Rechte der Berliner Genossen auf diese Weise einzuschränken zu wollen. In der Sache selbst warnte der Redner, die Gründe, die vielleicht für die Anträge sprechen, zu überschätzen, die finanziellen Bedenken aber zu unterschätzen. Er legte dar, welcher Ausfall an Einnahmen, welche Lasten durch die Verwirklichung der Anträge entstehen würden, und daß man gerade mit Rücksicht auf die Agitation in der Provinz nicht der Genne, die die Eier legt, den Hals umdrehen dürfe. Uebrigens glaube er nicht, daß durch die Herabsetzung des Abonnementpreises auf 1 M. auch nur ein einziger Abonnent mehr gewonnen werde. Das Wochenabonnement sei ja, wie am Kopf des „Vorwärts“ zu lesen ist, schon jetzt möglich zum Preise von 25 Pf.

Genosse Kubig-Bankow, Vertreter der Preßkommission, empfahl ebenfalls, den Anträgen auf Verbilligung des „Vorwärts“ nicht zuzustimmen. Das sei Sache der Genossen von Groß-Berlin. Der Redner erwähnte ferner die auf Wunsch der Preßkommission veranstaltete Umfrage bei den fünf Parteizentren, die Wochenabonnements durchgeführt haben, von denen vier entschieden davon abtraten. Das Material über diese Fragen werde zu einer Denkschrift bearbeitet, die den Parteigenossen zugehen und als Grundlage für die weitere Erörterung dienen soll. Zur Frage des Militarismus sprach sich der Redner namentlich dafür aus, daß auch innerhalb der Gewerkschaften für allgemeine Aufklärung gesorgt werden müsse.

Darauf trat Schluß der Debatte ein. Der Antrag Stadthagens über die Kaiserfeier wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die Anträge auf Verbilligung des „Vorwärts“ wurden zurückgezogen.

Als Delegierte zum internationalen Kongreß wählte die Generalversammlung die Genossen Freiwaldt-Bankow und Raubmann-Weigelt, als Ersatzmann Linz-Karlshorst; als Delegierte zum Parteitag die Genossen John-Rummelsburg, Lorenz-Reinhold und Brühl-Lichtenberg; als Ersatzmann Linz-Karlshorst.

Sodann sprach Genosse Jacobsen-Oberschöneweide in kurzen Worten über die Provinzialkonferenz, wies u. a. auf die Wichtigkeit der Frage des Gewinners hin und äußerte den Wunsch, daß auch diese Konferenz zu den besten Resultaten führen möge.

Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Kubig-Bankow, Kollstadt-Rummelsburg und Kottelbe-Vorsigwalde, als Ersatzmann Liebig-Oberschöneweide gewählt.

Unter Kreisangelegenheiten lag eine Resolution der Genossen von Reinhold vor, die eine Verpflichtung der Parteigenossen zur Beteiligung am Genossenschaftswesen zum Ziele hatte. Es wurde nach kurzer Debatte beschlossen, diese Sache auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung zu setzen.

Mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie wurde die Kreisgeneralversammlung geschlossen.

Die Mordaffäre Hau vor dem Karlsruher Schwurgericht.

Der Prozeß gegen den im Staate Kolumbia in Amerika zugelassenen Rechtsanwalt Karl Hau vor dem Schwurgericht in Karlsruhe weist in seiner fünfzehntägigen Verhandlung einige das allgemeine Interesse wachsende Momente auf. Ueber den Beginn des Prozeßes haben wir bereits am 18. Juli berichtet. Die Art des Verhältnisses des Angeklagten und des Staatsanwalts sowie einige Zwischenfälle in dem Prozeß und die Beziehungen des Angeklagten zu größeren amerikanischen Industrieunternehmen verleiht dem

Prozeß ein besonderes Gepräge. Wir fassen nachstehend das Wichtigste aus dem bisherigen Gang des Prozeßes zusammen.

Der 23jährige amerikanische Rechtsanwalt aus Groß-Pittgen im Rheinland begütigt, Sohn eines früheren Zentrumsabgeordneten, steht unter der

doppelten Anklage,

seine Schwiegermutter, die wohlhabende Witwe des Medizinalrats Molitor in Baden-Baden am 6. November erschossen und ferner versucht zu haben, eine Wiener Bank um 4000 Mark zu betrügen.

Wesentlich des Betrugsversuchs liegt die Sache einfach. Der Angeklagte hat auf seinen Kreditbrief von der Wiener Bank 400 Pfund erhoben und dann später die Ausstellung eines zweiten Kreditbriefes in derselben Höhe verlangt, da der Kreditbrief ihm gestohlen sei. Nach dieser Richtung gibt der Angeklagte zu, daß er die 400 Pfund bereits erhoben hatte, das will er vergessen haben und ohne betrügerische Absicht einen zweiten Kreditbrief verlangt haben.

Die Anklage wegen

Mordes

steht in enger Beziehung zu dem

Vorleben des Angeklagten.

Hau lernte als 19jähriger Student in Neapel, wo er sich zwecks Erholung von einem Blutsprung aufhielt, die um 6 Jahre ältere Lina Molitor, die Tochter der erschossenen Witwe, kennen. Ihre Hand wurde ihm verweigert. Darauf entnahm Karl Hau Molitor auf sein Kureden 2000 M. der mitterlischen Kasse. Die beiden Liebenden ergriffen die Flucht. Sie beschloßen gemeinsam in den Tod zu gehen. Hau schoß seiner Frau eine Kugel in die Brust, verwundete sie aber nur leicht, zu dem Schluß auf sich selbst fehlte ihm der Mut. Die Mutter gab dann die Einwilligung zur Heirat. Hau reiste mit seiner Frau zur Vollendung seiner Studien nach Washington, wurde Rechtsanwalt beim Obergericht in Kolumbia und las an der dortigen Universität über Recht und deutsche Sprache. Er trat zu mehreren Industrie-Gesellschaften in Verbindung und suchte in den letzten Jahren als Geschäftsträger der Standard-Oil-Compagnie in der Türkei Kongresse zu elektrischen Bahnen und anderen industriellen Unternehmungen zu erreichen. Hau stand in enger Beziehung zu hohen Würdenträgern in der Türkei und zu Redaktoren der bürgerlichen Presse. Er trat als Grandseigneur auf, gab über seine Einnahmen hinaus aus, exzeidierte insbesondere nach geschlechtlicher Richtung hin und lebte es zu renommieren. Nach den Befundungen verschiedener Zeugen hat er insbesondere in der Türkei für Damen der Halbwelt große Summen aufgewendet. Die Wittig seiner Frau in Höhe von 65 000 M. war längst verbraucht, die geschäftlichen Transaktionen, deren Gelingen ihm große Provisionen abgeworfen hätten, mißlungen.

Das Familienleben mit seiner Ehefrau wird von den Zeugen als ein sehr glückliches geschildert. Beide Eheleute gingen an ihrem einzigen Kinde mit großer Hingebung. Seit der Geburt des Kindes fand eine geschlechtliche Beziehung zwischen den Ehegatten aus hygienischen Rücksichten auf die Frau nicht mehr statt. Drei Schwestern und ein Bruder der Frau Hau sind noch am Leben. Der Bruder ist Oberleutnant.

Am 6. November wurde die verwitwete Medizinalrat Molitor in Baden-Baden auf einem Wege von ihrer Villa nach dem Postamt durch einen Schuß in den Rücken getötet. Ihr Nachlaß beläuft sich auf 947 202 M. Auf jedes Kind würden also 195 314 M., auf Frau Lina Hau bzw. deren Erben würden mithin nach Abzug der Wittig noch etwa 70 000 M. entfallen.

Gegen den Angeklagten sind nun folgende

Verdachtsmomente

auf seiner Vermögenslage in der Anklage und in der Verhandlung geltend gemacht: Ende Oktober 1906 lebte der Angeklagte mit seiner Frau, seinem Kinde und seiner unverheirateten Schwägerin Olga in Paris. Pöpslich erhielt die alte Frau Molitor ein Telegramm des Inhalts:

„Komme sofort nach Paris, Olga sehr krank. Reise mit nächstem Zuge. Lina.“

Frau Molitor fuhr sofort nach Paris. Es stellte sich heraus, daß Olga kranke war und daß Frau Hau keinerlei Kenntnis von dem Telegramm hatte, das mithin gefälscht sein mußte. Die Anklage nahm an, der Angeklagte habe das Telegramm abgefendet. Der Angeklagte, der überhaupt von dem Recht als Angeklagter, Erklärungen nur soweit zu machen, wie es ihm paßt, in der Verhandlung weitgehenden Gebrauch machte, lehnte in der Verhandlung zunächst eine Erklärung hierüber ab. Am zweiten Tage der Verhandlung gab er jedoch, unmittelbar vor der Vernehmung des Schreibstabsverständigen, zu, das Telegramm habe er selbst aufgegeben. Weitere Erklärungen über den Zweck des Telegramms lehnte er an diesem Tage ab. Kurze Zeit nach dem Pariser Vorfall reisten die Eheleute nach London, um später nach Amerika zurückzukehren. In London erhielt Hau eine Depesche folgenden Inhalts:

Kommen Sie unverzüglich nach Berlin. Thies.

Angeschlagter gab in der Verhandlung zu, dies Telegramm an sich selbst veranlaßt zu haben. Wie er zunächst erklärte, wollte er sich dadurch einen Vorwand schaffen, um nach dem Kontinent zu reisen und in Frankfurt a. M. Geschäfte abzuwickeln. Seine spätere Erklärung folgt unten. Angeschlagter besorgte sich dann in London einen

falschen Bart und eine falsche Perücke,

fuhr nicht nach Berlin, sondern zunächst nach Frankfurt a. M., verbotmäßig dort die falsche Haartracht, die aber auch nach der Verurteilung als falsche aufstell und fuhr dann nach Baden-Baden. Am 6. November kam er dort an. Hier

telephonierte er unter der falschen Angabe,

der Telephonierende sei der Postvorsteher Graf, an seine Schwiegermutter,

die er sofort ans Telephonamt kommen, das Aufgabeformulat des gefälschten Pariser Telegramms habe sich vorgenommen.

Frau Molitor machte sich darauf mit ihrer Tochter Olga auf den Weg zum Postamt. Auf diesem Wege, in der Nähe der Lindenstraße, wurde sie durch eine Revolverkugel in den Rücken, die ihr Herz traf, erschossen; sie fiel lautlos zur Erde. Des Angeklagten Stimme am Telephon ist von einem Dienstmädchen der Erschossenen erkannt. Er selbst ist in Baden-Baden von mehreren Leuten gesehen worden. Die Schwägerin Olga behauptet, daß der Täter nur ein Mann habe sein können, den sie dort am Tatort gesehen hatte, und dessen Figur große Ähnlichkeit mit der ihres Schwagers hatte.

Angeschlagter gab zu, mit falschem Bart und falscher Perücke in Baden-Baden gewesen und nachdem er seine Schwiegermutter und Schwägerin habe antommen sehen, schließlich nach dem Wohnort geeilt zu sein. Er lehnte aber ausdrücklich in der Verhandlung zunächst jede weitere Auskunft über die Vorgänge in Baden-Baden ab. Nach dem Tode seiner Schwiegermutter besperrte er an seine Frau in London, daß er zurückkomme. Die ersten Worte, die er seiner Frau gegenüber nach den Mitteilungen, die diese ihren Schwestern gemacht hat, gebrauchte, waren: „Denke Dir, es wird behauptet, ich hätte Mutter ermordet.“

Am 7. November wurde Angeklagter in London verhaftet. Seine Frau hat erst Zweifel an seiner Schuld laut werden lassen, später aber ihrem Bruder und ihren Schwestern gegenüber Aufstellungen getan, aus denen diese entnehmen, sie gebe die Schuld ihres Mannes zu. Auch in dem Testament der Frau Hau findet sich eine Wendung, die nach dieser Richtung gedeutet werden kann. Frau Hau nahm sich das Leben, weil sie ihren Mann über alles liebte und die fürchterlichen Verhältnisse, in die sie durch den Mord geraten war, nicht ertragen konnte.

In der Verhandlung bekundeten einige Zeugen, von Geldberlegenheiten Haus könne nicht wohl die Rede sein, da sie ihm gern 30., 40. und 60 000 Mark ohne weitere Sicherheit geborgt hätten, wenn er an sie herantreten wäre.

Die Schwägerin des Angeklagten, Fräulein Olga Molitor, erklärte unter ihrem Eide auf das Bestimmteste, sie habe niemals nähere Beziehungen zu dem Angeklagten gehabt, er habe ihr auch nicht die Spur gemacht, noch habe sie je etwas wahrgenommen, was darauf schließen ließe, daß er ihr habe sich nähern wollen. Die Schwester Lina sei allerdings, aber ohne jeden Grund, eifersüchtig gewesen. Eine andere Schwester bekundete, die verstorbene Schwester habe selbst zugegeben, daß sie keinen anderen Grund zu der Eifersucht Olga gegenüber habe als den, daß diese einige Jahre jünger sei.

Am 20. Juli spielte in die Verhandlung ein sensationeller Zwischenfall

hinein. Der Verteidiger machte die Mitteilung, daß ein früherer Referendar, jetziger Kunstmalers Lenz, über die Sache näheres wisse. Er sei im Juni unter dem Verdacht eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet gewesen, Zellengenosse des Angeklagten geworden, der sich unmittelbar nach dem Tode der Frau Hau ihm gegenüber über den Nordfall ausgelassen habe. Lenz wurde darauf als Zeuge geladen und erklärte nun: er habe am vorhergehenden Tage in einem Brief an Fräulein Olga Molitor diese um eine Unterredung unter vier Augen gebeten, da er ihr Dinge zu sagen habe, die für sie und ihren Schwager wichtig seien. Fräulein Molitor habe eine Unterredung aber abgelehnt. Der Angeklagte habe ihm in der gemeinsamen Zelle wichtige Mitteilungen gemacht. Diese Mitteilungen habe er aber versprochen, nicht weiter zu geben, dies Versprechen habe er und sage deshalb nichts aus.

Der Zeuge wurde in eine

Zeugniszwangsstrafe von 30 Mark

genommen, blieb aber bei seiner Weigerung.

Daraufhin gibt der Angeklagte Frau plötzlich folgende Erklärung

ab: Ich bin nach dem Kontinent zurückgekehrt, um vor meiner Abreise nach Amerika noch einmal meine Schwägerin Olga zu sprechen und zu sehen. Den eifersüchtigen Vorwürfen meiner Frau gegenüber fühle ich mich schuldig, während freilich meine Schwägerin Olga davon absolut nichts wußte. Ich hatte für sie leidenschaftliche Empfindungen und wollte mich ihr gegenüber aussprechen. Ich hatte nicht darauf geredet, daß meine Schwägerin meine Schwiegermutter begleiten würde. Diese Erklärungen habe ich vorher nicht abgegeben, weil sie für mich beschämend sind. Daß mein Verhalten ein eigentümliches war, gebe ich zu, kann aber eine nähere Erklärung darüber nicht abgeben.

Nach dieser Erklärung ruft der Zeuge Lenz erst dazwischen, er sei bereit, jetzt eine Aussage zu machen, erklärt dann aber, er habe nur aussagen wollen, die sehr wichtigen Mitteilungen, die er zu machen habe, seien nicht die, die der Angeklagte eben gemacht habe. Der Verteidiger erklärt, die Erklärungen des Angeklagten seien auch für ihn neu. Angeklagter versichert wiederholt, er habe weder seine Schwiegermutter, noch seine Schwägerin töten wollen. Mit dem Mord habe er nicht das geringste zu tun.

In der Verhandlung war zur Sprache gebracht, daß ein Dien er der Ermordeten, Wieland, sich in der Nähe des Tatortes aufgehalten habe. Eigentümlicherweise vernachte der Staatsanwalt die Feststellung nicht zu bewirken. Der Zeuge hatte sich ordnungsmäßig von Potsdam nach dem Rittgürtel Wahrensdorf bei Kiel, wo er in Stellung sich befindet, abgemeldet. Sein Dienherr hatte ihm mitgeteilt, daß gegen ihn ein Verdacht der Täterschaft rege gemacht sei. Darauf erbat er seine sofortige Vernehmung. Seine Aussage ergab aufs Evidenteste, daß er der Täter nicht gewesen sein könne und daß auch nicht die Spur eines Verdachts gegen ihn gerechtfertigt wäre.

Zu erwähnen ist noch folgender für das Verhalten der Staatsanwaltschaft bezeichnender Umstand: Die Staatsanwaltschaft hatte am 10. Juli in einem badischen Blatt der Wahrheit zuwider erklären lassen, Frau sei der Tat geständig. Gegenüber der Behauptung, Mitteilungen über die Anklage seien aus dem Bureau des Verteidigers erfolgt, bekundete der als Zeuge vernommene Berichterstatter Schweder, daß das durchaus nicht zuträfe. Der Staatsanwalt richtete dann auch an den Berichterstatter die Frage, ob er von der Familie Molitor Bezahlung erhalte. Diese Frage verneinte der Zeuge und erklärte später:

Ich habe die Frage des Staatsanwalts so aufgefaßt, als ob ich von der Familie Molitor Bezahlung erhalte. Da diese Frage mich aufs tiefste in meiner Berufsbeziehung verletzete, erfuhr ich den Herrn Vorsitzenden um Schutz und stelle an den Herrn Staatsanwalt die Frage, ob er seine Frage wiederholen will. Herr Vorsitzender hat keine Fragen zu stellen. — Schweder (sehr erregt, mit erhobener Stimme): Ich erkläre die Frage des Staatsanwalts für eine niederträchtige Infamie. (Große Bewegung im Zuschauerraum.) Vorsitz: Sie dürfen sich nicht unterstellen, derartig in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung aufzutreten? — Schweder: Die Frage des Staatsanwalts ist geradezu unerhört. Ich schreibe für 250 Zeitungen. Wenn die Frage des Staatsanwalts so durch die Presse geht, wird meine Existenz ruiniert. Der Gerichtshof beschließt, sich zu einer Beschuldigung zurückzugeben. Auf Antrag des Verteidigers wird dem Journalisten Schweder noch einmal das Wort gegeben. Dieser erklärt wiederholt, daß er durch die Frage des Staatsanwalts aufs tiefste in seiner Berufsbeziehung verletzt sei. Er bedauere die Härte seines Ausdrucks, beharre aber auf seinem Standpunkt. — Vorsitz: Wollen Sie ausdrücklich Ihre Bedauern über den Ausbruch aussprechen? — Schweder: Ich habe das bereits getan. Das Gericht beschließt danach, daß der Zeuge Schweder wegen Ungebühr vor Gericht zu einer Geldstrafe von 30 Mark verurteilt sei.

Insgesamt sind in dem Prozeß etwa 70 Zeugen vernommen. Trotz der vielen Verdachtsmomente, die gegen den Angeklagten vorliegen, ist es nicht ausgeschlossen, daß die völlig ungenügende Vorbereitung der Anklage, der man eine achtmalige Arbeitszeit nicht anzurechnen vermag, und das eigenartige Auftreten des Staatsanwalts, der wiederholt mit dem Verteidiger in Konflikt gerät, einen Freispruch der Geschworenen zeitigen wird. Die Urteilsfällung wird vielleicht noch in späterer Nachtstunde erfolgen.

Gerichts-Zeitung.

„Sie Dredkopf“
und

„Galt's Maul mit deinem nervösen dreidigen Gesicht“
kostet Stück für Stück fünf Mark.

In Jena findet kaum eine Schöffengerichtssitzung statt, in der nicht gegen einige rabaukufüchtige Studenten wegen Verleumdung von Schulleuten usw. prozessiert wird. Wir registrieren zwei in der letzten Woche verhandelten Fälle, die für das Benehmen der Studenten und die Strafhöhen charakteristisch sind.

Im ersten Fall hatte ein Student im Verein mit einer Anzahl Bekannten in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember einen so wilden Stempel verübt, daß die Polizei einschritt. Räumungen der Beamten, ruhig zu sein, wurden verlangt. Darauf verlangte der Schumann die Studentenkarte. Die Karte erhielt der Schumann nicht, vielmehr stellte der Student sich kampfbereit und rief dem Schumann entgegen: „So, Sie Dredkopf, Sie Dredkopf, nun lassen Sie mich einmal an, dann sollen Sie mal sehen“.

Das Urteil lautete: Wegen Ruhestörung 5 M. Geldstrafe eventuell einen Tag Haft, wegen Widerstand mit Beamtenbeleidigung 15 M. Geldstrafe eventuell 3 Tage Gefängnis.

Im zweiten Fall hatten zwei Schulleute einen des Nachts stark randalierenden Studenten gebeten, sich ruhiger zu verhalten. Darauf brüllte der Rusenjohn einen Polizisten mit den Worten an: „Galt's Maul mit deinem nervösen, dreidigen Gesicht“, dem anderen schnarrte er zu: „Sie mit Ihrem dümmlichen, langen Gesicht müssen Ihre dumme Nase auch in alles hineinstecken“. Das Urteil lautete: wegen Ruhestörung 5 M. eventuell einen Tag Haft, wegen Beamtenbeleidigung in zwei Fällen je 10 M. eventuell 2 Tage Gefängnis. Was hätten Arbeiter zu erwarten gehabt, die sich nur annähernd so betragen hätten? Aber — es gibt keine Massenjustiz.

Ein liebenswürdiger Schuhmann.

Vor dem Schöffengericht in Köln stand der Schuhmann Karl Müller unter der Anklage, im Dienste die Ehefrau des Fabrikanten Friedrich Voos dadurch beleidigt zu haben, daß er sie in die Wange kniff, als er für den Fabrikanten ein Strafmandat (wegen Uebertretung der für Hundebesitzer in Köln gültigen Polizeiregeln) überbrachte. Hierbei fragte er die Frau, ob sie die Gattin des abwesenden Fabrikanten sei. Als das bejaht wurde, überreichte er ihr das Papier und kniff sie in die Wange. Die mit dieser Vertraulichkeit beehrte Frau war hochschwanger. Der Schuhmann bestritt den von der Fabrikantin als Zeugen bekundeten Vorfall. Der Staatsanwalt erklärte, die Beleidigung sei nicht einfacher Art; wohin solle es kommen, wenn die Polizeibeamten, die von den Gerichten stets in Schutz genommen würden (Ein bemerkenswertes Eingeständnis. Die Red.), in solcher Weise vorgehen. Einem Dienstmädchen gegenüber hätte man das Vorgehen als einen allerdings nicht zu billigen Scherz auffassen können. Er beantrage, da eine besonders schwere Handlungsweise vorliege, — 50 Mark Strafe. Das Gericht erklärte im Urteil, es sei eine nachdrückliche Strafe geboten — und erkannte auf 50 Mark Geldstrafe.

Wenn ein Arbeiter einen Streifbrecher scheel ansieht, kommt er nicht so billig weg, wie der „nachdrücklich“ bestrafte Schuhmann. Die beleidigte Frau kann froh sein, daß sie kein armes Dienstmädchen ist; sonst wäre gar noch gegen sie ein Strafverfahren wegen Verleumdung eingeleitet. — Es geht nichts über die Rechtsicherheit und Güte der Rechtspflege in Preußen.

Der alkoholisierte Schlächtermeister.

Vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Mitte hatte sich gestern der Schlächtermeister Wilhelm Benner wegen Tierquälerei, Bedrohung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Uebertretung der Straßenordnung zu verantworten. Am 18. April d. J. veranlaßte er in der Meyerbeerstraße durch sein ungläubliches Verhalten eine turbulente Straßenszene. Zunächst mißhandelte er sein Pferd, weil es nicht ziehen wollte, in Uergernis erregender Weise, indem er mit der linken Hand es am Ohr zerrte und mit der rechten Faust unbarmherzig auf Maul, Augen usw. loshäufte. Als auch dieses Mittel ohne Wirkung blieb, zog er sein Taschenmesser und wollte auf das Tier losgehen. Als der Kaufmann Jakob, der sich unter der angesammelten Menschenmenge befand, empört ihn von dieser Mißhandlung zurückzuhalten suchte, wandte sich der Angeklagte gegen ihn. Jakob ergriff die Flucht. Wutentbrannt, schaum vor dem Munde und grün und blau gefärbt, rief ihm Benner nach. Die wilde Jagd ging mehrmals um einen Möbelwagen herum, bis der Angeklagte schließlich von seinem Opfer abließ. Unterdessen war ein Schuhmann herbeigeholt worden, der nach Lage der Sache Benner zur Wache führen sollte. Diesen griff er auch sofort tödlich an, so daß der Beamte, nachdem er durch das Eingreifen eines handfesten Arbeiters wiederhandlungsfähig gemacht worden war, ihn festhalten mußte und ihn erst so unter großen Schwierigkeiten zur Wache zu befördern vermochte. Dort gebärdete sich W. weiter wie ein Rasender, so daß er in die Zelle gesperrt werden mußte. Nach etwa zwei Stunden holte ihn seine Frau ab. Er verließ die Polizeiwache mit gebrochenem Schlüsselbein und anderen Verletzungen, so daß sofort ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte. Der Angeklagte behauptete, zur Zeit der Tat derartig unter dem Einfluß des Alkohols gestanden zu haben, daß er seiner Sinne nicht mächtig war. Durch die Beweisaufnahme wurde folgendes festgestellt: Des Morgens war er in Gesellschaft auf dem Zentralbahnhofe gewesen und hatte von 9 Uhr morgens an mit zwei Schlächtermeistern um die Wette gezecht. Er hatte sich gerühmt, ebensoviel betragen zu können, wie einer seiner Partner, ein sogenanntes „Siebenmonatskind“. Bier, Branntwein und Wein wurde von den Dreien in ungläublichen Quantitäten verzehrt. Benner hatte sich doch mehr zugetraut, als er zu leisten imstande war. In dem Trinkwette blieb sein Gegner der Sieger. Dieser war großmütig genug, den Unterlegenen auf dessen Wagen zu heben und ihn nach Hause zu kutschieren. Unterdessen wurde jedoch nochmals Station gemacht und das Bechergelage begann von neuem. Hier nahm den Besessenen dessen Kutscher, der gekommen war, ihn abzuholen, in Empfang und übernahm die weitere Beförderung. In der Meyerbeerstraße ereigneten sich sodann die vorher geschilderten Vorgänge. Während der Amtsanwalt für die unter Anklage gestellten Straftaten eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen und eine Haftstrafe von 1 Woche für eine angemessene Sühne hielt, gelangte das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte tatsächlich infolge hochgradiger Trunkenheit unzurechnungsfähig gewesen sei und sprach ihn deshalb von Strafe und Kosten frei.

Aus der Frauenbewegung.

Als Delegierte zum internationalen Kongreß und zur Frauenkonferenz sind in Oesterreich-Ungarn gewählt: Frau Emmy Freundlich, Währlich-Schönberg, Frau Therese Schleginger, Wien VI, Gilly Kippa, Wien XVI, Anna Hofschel, Wien VI, Adelheid Popp, Wien VI. Budapest entsendet zwei Delegierte. — Für die Genossinnen Bayerns ist Genossin Frau Marie Greifenberg, Augsburg, gewählt worden.

Verfammlungen.

Zur Klärung. In dem Verammlungsbericht vom Sonntag, den 21. Juli vom Verband der Töpfer steht unter anderem: Die achtstündige Arbeitszeit soll allgemein eingeführt werden. Hierzu haben wir folgendes zu bemerken: In unserem Verein besteht für Bauarbeit die achtstündige Arbeitszeit schon seit dem Jahre 1890, was auch tatsächlich festgelegt ist. Nur für Privatarbeiten (Reparaturen) besteht die neunstündige Arbeitszeit; hier kommen aber nur circa 10 Prozent der Kollegen in Frage; aber auch von diesen arbeiten viele, wenn sie auf Privat neue Dösen zu setzen haben acht Stunden.

Vermischtes.

Opfer der Grube. Im luxemburgischen Orte Esch verunglückten bei einem Grubenunglück vier Arbeiter. Die aus Trier gemeldet wird, sind alle vier gestorben.

Meerwüerdiger Schiffsunfall. Der Schnelldampfer „Kaiser Wilhelm II.“, welcher zurzeit in Kaiserhafen zu Bremerhaven liegt und heute wieder abgefertigt werden sollte, erlitt vorgestern Abend einen Unfall, indem sich das Schiff beim Kohlenübernehmen plötzlich auf die Seite neigte, so daß durch die offenen Kohlenportalen und Seitenfenster Wasser in die Kessel, Maschinen- und Dunstkräume einbrang und diese füllte. Die übrigen Räume, Kajüten, Wohnräume usw. sind völlig intakt geblieben und es ist in diese kein Wasser eingedrungen. Mit dem Auspumpen des Wassers wurde sofort begonnen; das Schiff dürfte binnen kurzem wieder leer sein. Der Schaden ist durch laufende Versicherung gedeckt. Die bevorstehende Reise muß wegen der vorgeschriebenen Instandsetzungsarbeiten ausfallen. Nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung ist der Unfall darauf zurückzuführen, daß der Dampfer bei fallendem Wasser an eine unter der Noje liegende Schiffsbank hatte und bei auflaufendem Wasser plötzlich abgibt, wodurch das Schiff sich stark auf die Seite legte und die unteren Räume durch die offenen Kohlenportalen voll Wasser liefen. In der von anderer Seite gemeldeten Vermutung, daß es sich bei dem Unfall um einen Nachhall handelt, liegt keinerlei Grund vor, und ein solcher Nachhall scheint vollständig ausgeschlossen.

Ein Eisenbahnunfall. Auf dem Bahnhof Neuenmarkt (Bayern) wurde der 18jährige Bahnarbeiter Weierlein aus Feuln beim Weichenreinigen vom Zuge überfahren und getötet.

Eine Feuersbrunst zerstörte in der vergangenen Nacht in Prügge eine große Zigarettenfabrik, welche an das Museum der schönen Künste anstößt. Die Zigarettenfabrik brannte völlig nieder. Der Schaden beläuft sich auf 150 000 Frank. Ueber 100 Arbeiter sind obdachlos. Das Museum wurde gerettet.

Abgestürzt. Aus Innsbruck wird gemeldet, daß am Sonntag ein Herr und eine Dame, die zu den Aurgästen von Jald gehörten, vom Gahicht abgestürzt und lebensgefährlich verletzt wurden.

Nach kürzlicher Meldung kürzte vom Toul-Oleischer ein unbekannter russischer Tourist ab. Der Tod trat sofort ein.

Der Helfershelfer des Juwelenbieres Lütze, der Schauspieler Fritz Gorchel, hat sich gestern selbst gestellt. Gestern mittag kam ein junger Mann auf das Polizeipräsidium und stellte sich im Anmeldezimmer der Kriminalpolizei als der „Komplize des Lütze“ vor. Als man ihn zu dem Kommissar, der den Wien-Münchener Juwelenbierwandel bearbeitet, führte, trat er diesem mit den Worten entgegen: „Ja, ja, ich bin der Gorchel, der mit Lütze befreundet war!“ Er erzählte dann, daß Lütze ihm große Versprechungen gemacht und ihm angegeben habe, wo sie sich treffen wollten; der angeblische Freund, in dessen Auftrag er die Waage des Wiener Juweliers Oetzl hingehalten und dadurch die Verhaftung der Anzeige bewirkt hatte, habe ihn aber „versehrt“. Lütze hätte ihm von seiner Wente nichts gegeben, und so sei er gezwungen gewesen, von seinen früheren Ersparnissen die Ausgaben zu bestreiten, die ihm seine Verfolgungsreisen in Frankreich, Belgien und Deutschland verursacht. Nirgends habe er den Schwindler getroffen. Mehrfach habe er, Gorchel, seine ursprüngliche Tätigkeit als Kellner aufnehmen müssen, um zu weiterem Erwerb zu kommen. Schließlich habe er sich gesagt, daß er doch der Verhaftung sich dauernd nicht entziehen könne, und so sei er zu dem Entschluß gekommen, sich selbst zu stellen. Gorchel, der gut gekleidet war und einen neuen, eleganten, rindledernen Koffer bei sich führte, hatte noch etwa 500 Mark bei sich.

Ueber Unwetterwäden wird aus Königsberg unterm 22. Juli berichtet: Nach Nachrichten, die aus der Provinz vorliegen, hat das in den letzten Tagen herrschende Regenwetter und der Nordweststurm an den Sommerfrachten, in Gärten und Obstkulturen erheblichen Schaden angerichtet. Infolge der anhaltenden Niederschläge sind Flüsse und Seen stark gestiegen, wodurch besonders in der Gegend am Haff Ueberschwemmungen von Wiesen und Ländereien verursacht wurden. Die Heuernte in den betroffenen Distrikten ist größtenteils vernichtet. Auch die Kartoffeln haben infolge der Nässe vielfach stark gelitten. Mehrfach wird auch über Hagelschlag berichtet.

Am der Preußen Regierung kletterte die schwedische Ruff „Wilhelm“, die mit einer Kallladung nach Pillau bestimmt war. Die Befahrung konnte sich retten. Auf dem Kurischen Haff ist ein Kahn gestrandet. Von den Insassen werden, nach der „Hartungischen Zeitung“, drei Personen vermisst, die vermächlich ertrunken sind. Der Kragen hat auch heute fast ununterbrochen angehalten.

Subenfreisch. Gestern nacht sind nach einer Meldung aus Küstrin auf dem Güterbahnhof Werbig in verdächtiger Absicht kurz vor Durchfahrt der Schnellzüge 6 und 18 Schwellen und Isolierhaken auf die Schienen gelegt. Zug 6 fuhr auf eine, Zug 13 auf vier Schwellen auf. Verleht wurde niemand, die Lokomotiven sind leicht beschädigt. Die Rüge erlitten jeder 20 Minuten Verspätung. Zwei dringenden verdächtige Personen, deren Hände latrinenunreiner Geruch und entsprechende Harbaddrucke aufwiesen, wurden mit nächstem Zuge durch den Gufower Gendarmen dem Polizeipräsidium in Berlin zugeführt.

Die verunglückten Luftschiffer. Das Luftschiff „Seebrücke“ hat in der Nordsee eine Leiche aufgefischt, die als die des Luftschiffers Thannay erkannt worden ist. Thannay war der Begleiter des Luftschiffers Püllens, dessen Leiche bereits vor 8 Tagen gefunden worden ist. Beide hatten am 24. Juni von Dänkirchen aus eine Ballonfahrt unternommen; der Ballon war in der Nordsee verunglückt.

Untergegangen.

San Francisco, 22. Juli. Nach hier eingetroffenen Nachrichten sind der Passagierdampfer Columbia und der Dampfer San Pedro bei Shelter Cove an der kalifornischen Küste zusammengestoßen. Die Columbia sank und hundert Personen ertranken. Der Zusammenstoß erfolgte nachts bei dichtem Nebel. San Pedro, der mit Holz beladen war, spaltete die Columbia, die innerhalb einer Viertelstunde sank.

Spelterinis Alpenfahrt. Sonntag früh 10 Uhr erfolgte, wie ein Telegramm aus FÜRICH meldet, in Andermatt der Aufstieg Spelterinis, der zum dritten Male die Fahrt über die Alpen antritt. Der Ballon saß zirka 1700 Kubikmeter und ist mit großartigen Apparaten zur photographischen Aufnahme der Landschaft ausgerüstet. Ein besonders konstruierter Kinetograph wird die einzelnen Phasen der interessanten Reise so weit wie möglich im Bilde festhalten. Das Wetter war so günstig wie nur denkbar. Ein schwacher Nordwest trieb den Ballon, dem eine große Zuschauermenge das Abschiedsgeleit gab, langsam nach dem Aufstieg in der Richtung des Gotthardpasses.

Ein Massenunglück.

Tokio, 22. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Am 20. Juli fand in dem Kohlenbergwerke Topooka in der Provinz Lungo eine Explosion statt. Dem amtlichen Bericht zufolge befinden sich 471 Bergleute in dem Bergwerke und man befürchtet, daß die meisten von ihnen umgekommen sind.

Den Spuren Spelterinis ist ein Berliner Ballon gefolgt. Ein Telegramm aus Innsbruck meldet: Der Aufstieg des Ballons von dem Verein für Luftschiffahrt in Berlin zur Ueberquerung der Alpen ist gestern früh 8 Uhr bei schönem Wetter hier glatt von statien gegangen.

Tragisches Ende der Anzelschen Island-Expedition. Aus Island ist die traurige Kunde eingetroffen, daß der Privat-

Für die Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg

Sind die Wähler der dritten Klasse in acht Bezirke eingeteilt, in denen jeder alle zwei Jahre einen Stadtverordneten auf 6 Jahre wählt. Jeder Wahlbezirk der dritten Klasse ist durch drei Stadtverordnete im Stadtparlament vertreten. In Berlin dagegen zählt die dritte Wählerklasse ebensolche Wahlbezirke wie Stadtverordnete, jeder Wahlbezirk zählt nur einen Vertreter. Während also in Berlin der einzelne Bezirk nur jedes 6. Jahr zu wählen hat, werden in Charlottenburg die Wähler jedes Bezirks alle zwei Jahre an die Wahlurne gerufen. Infolgedessen ist ein Vergleich zwischen den Wahlergebnissen der einzelnen Jahre leicht möglich. Die Wahlen seit 1901, wo zum ersten Mal unter der neuen Bezirkseinteilung gewählt wurde, bieten folgendes Bild:

Table with 4 columns: Bezirk, Hauptwahl Sozialdemokrat, Hauptwahl Gegner, Stichwahl Sozialdemokrat, Stichwahl Gegner. Rows for 1-8 districts and a total row.

Table with 4 columns: Bezirk, Hauptwahl Sozialdemokrat, Hauptwahl Gegner, Stichwahl Sozialdemokrat, Stichwahl Gegner. Rows for 1-8 districts and a total row.

Table with 4 columns: Bezirk, Hauptwahl Sozialdemokrat, Hauptwahl Gegner, Stichwahl Sozialdemokrat, Stichwahl Gegner. Rows for 1-8 districts and a total row.

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich zunächst, daß die sozialdemokratischen Stimmen fortgesetzt gestiegen sind, von 4794 auf 5027 und auf 6424. Dagegen hat die Zahl ihrer Mandate nicht in gleichem Maße Schritt gehalten. Im Jahre 1901 eroberte die Sozialdemokratie 4 Bezirke, im Jahre 1903 waren es 6, und bei den letzten Wahlen nur 8. Worauf ist das zurückzuführen? Einmal auf die größeren Anstrengungen der Gegner, deren Stimmen von 1903 auf 1905 um 2351 gestiegen sind, während die Sozialdemokratie nur eine Zunahme von 1307 Stimmen zu verzeichnen hatte. Sodann aber auch darauf, daß die Genossen nicht in allen Bezirken vollständig zur Wahl angetreten sind. Im 6. Bezirk z. B. hatten wir im Jahre 1905 bei der Hauptwahl 668 Stimmen erhalten, in der Stichwahl dagegen 788. Hätten alle diese 788 Wähler bereits bei der Hauptwahl ihre Pflicht erfüllt, dann hätten wir geglaubt, daß die Gegner es nur auf 746 Stimmen gebracht hätten. In der Stichwahl dagegen gelang es den Gegnern, noch 300 Wähler an die Wahlurne zu schleppen, so daß sie mit großer Mehrheit siegen. Ähnlich war es im 7. Bezirk. Hier wurden für den sozialdemokratischen Kandidaten 112 Stimmen mehr in der Stichwahl abgegeben als in der Hauptwahl. Gätten wir diese Stimmen schon in der Hauptwahl gehabt, so hätten wir mit 40 Stimmen Mehrheit den Sieg davongetragen. Die Erfahrung lehrt, daß wir in Charlottenburg in den Stichwahlen noch niemals ein Mandat errungen haben; die Gegner schließen sich dann stets, mögen sie sich auch vorher scharf befehdt haben, zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie zusammen, und diesem gemeinsamen Ansturm haben wir bisher noch nie zu widerstehen vermocht.

Die Statistik lehrt aber auch, daß es falsch ist, zu glauben, die Sozialdemokratie erscheine bei der Hauptwahl bis auf den letzten Mann, um ihrer Wahlpflicht zu genügen. Wir wünschen, es wäre so, aber leider ist das nicht der Fall. Noch gibt es Tausende von Arbeitern, die teils aus Verstandlosigkeit für die Forderungen ihrer Klasse, teils aus Faulheit, weil sie glauben, daß es auf ihre Stimme nicht ankommt, der Wahl fern bleiben. Wie sehr es auf jede einzelne Stimme ankommt, zeigt das Wahlergebnis im 6. Bezirk, wo wir im Jahre 1903 nur 2 Stimmen mehr hatten, als die Gegner zusammen. Mit dieser Gleichgültigkeit muß endlich einmal gebrochen werden. Nur dann, wenn jeder Arbeiter seine Pflicht tut, wenn die Indifferenzen aufgestellt und aus ihrem Schlaf aufgerüttelt werden, wird die Charlottenburger Sozialdemokratie die Schlappe von 1905 wieder wettmachen können.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag, den 23. Juli, veranstalten die Genossen des Südens einen Familien-Ausflug nach Grünau. Abfahrt vom Grönlitzer Bahnhof, früh 8 Uhr 35 Minuten. Alle Genossen nebst Angehörigen laden freundlich ein.

Das Komitee. Das verregnete Sommerfest des Sparvereins „Süd“ findet am Sonnabend, den 3. August, bei Dindas statt. Die gelösten Programme behalten ihre Gültigkeit.

Sassen. Am Mittwoch, den 24. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Schimke die Wahlvereinsversammlung statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Um zahlreiches Besuch ersucht.

Vorhaben - Rummelsburg. Heute, Dienstag, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale der Witwe Wegel, Türschmidtstraße 45, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die Reaktion. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Studen. 2. Bericht des Kassierers. 3. Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden dringend ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Nieder-Schöneweide. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr bei Fischer, Werlenerstraße, statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Berliner Nachrichten.

„Edelwendende Menschenfreunde.“

Die „vernünftige“ Rubrik in den Inseraten gewisser Tageszeitungen ist von jeher eine Fundgrube für Menschenkenner gewesen, umgekehrt eine Falltür für allzu leichtgläubige Seelen. Wenn man die eine Hälfte dieser Rubrik für Kumpel und die andere für Schwindel hält, dann stimmt die Rechnung so ziemlich. Hier laden ungezählte dunkle Existenzen, die im Erlösen fischen wollen, ihren Schutt ab. Kürzlich brachte die „Tante Bosh“ eine solche Annonce, in der weiter nichts als ein — Klavier für einen angeblich gemeinnützigen Zweck erbettelt wurde. Mit Kleinigkeiten halten sich solche bescheidenen Leute nun mal nicht auf. Das Inserat war bei einem Spediteur aufgegeben und wurde ohne jede weitere Prüfung aufgenommen. Da kann also schließlich jeder irgend einen Wohlthatigkeitsrummel vorschreiben und mit geringer Mühe sein Schäßchen ins Trockene bringen. So stand seinerzeit in anderen Blättern aktuelle Inserate, in denen von ganz unbekanntem Privatpersonen wohlthätige Spenden für die Abgebrannten in San Francisco und ferner für die russischen Juden erbettelt wurden. Wir haben alle Ursache zu der Annahme, daß weder die Abgebrannten noch die Juden einen Pfennig davon zu sehen bekamen. Manche Blätter sind ja in der Aufnahme solcher Inserate sehr vorsichtig, andere ebenso leichtfertig. Dadurch wird dem Schwindel Tor und Tür geöffnet. Der Appell, recht kräftig in die Tasche zu greifen, ist fast stets an „edelwendende Menschenfreunde“ gerichtet. So etwas figelt, wie die großzügig arbeitenden Professionsbetreiber sehr wohl wissen. Hundert geben auf solchen Anwurf hin, ohne lange zu prüfen, und fassen sich in dem Gefühl, nun mit zu den „Edelwendenden“ zu gehören. Aber nicht ausschließlich an die Leichtgläubigkeit wird in solchen Inseraten appelliert. Sehr oft gehen sie von weiblichen Personen aus, die auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege Herrenbekanntschaften zu unlauteren Zwecken anknüpfen wollen. Der sich die Zeit nimmt, derartige Inserate zu beantworten, also scheinbar auf den Leim zu gehen, wird sicher zu dem Ergebnis kommen, daß mindestens die Hälfte der armen Wittsteller aus jungen Mädchen und alleinstehenden, das heißt geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen besteht. Selbstverständlich wollen sie Geld haben, möglichst viel Geld, aber sie bieten dafür auch eine Gegenleistung, die meist schon zwischen den Zeilen zu lesen ist. Wenn beispielsweise eine junge, hübsche Witwe von einem edelwendenden älteren Herrn ein Darlehn erbittet, so weiß doch jeder, der nicht auf den Hinterkopf gefallen ist, was die Glücke geschlagen hat. In vielen Fällen bedeuten also derartige Bettelannoncen weiter nichts als eine Verschleierung der geheimen Prostitution. Sie sind daher genau so zu beurteilen und zu behandeln, wie etwa die Ankündigungen gewisser Waffens, Manufakturen und verwandter „Berufsgenossinnen“.

Einen guten Verlauf

nahmen die Sommerfeste, die am Sonnabend und Sonntag die Parteigenossen des 5., 6. und des Teltower Kreises veranstaltet hatten. Der 6. Kreis hatte sich den Sonnabend gewählt und war im „Schweizergarten“ beisammen. Er hatte es gut getroffen. Als das Fest begann, hatte sich der Himmel so gelichtet, daß die Festteilnehmer in Kolonnen zum herrlichen „Schweizergarten“ pilgerten und durch das gebotene reichhaltige Programm bis zum Schluss festgehalten wurden. Wenn die „vom fünften“ aber glaubten, mit dem Wetter es allein gut getroffen zu haben, nachdem am letzten Sonntag verschiedene Sommerfeste durch die Witterung erheblich beeinträchtigt wurden, so hatten sie sich geirrt. Die Veranstaltungen der Genossen „vom sechsten“ und die von Teltow-Beckow, die am Tage darauf ihre Feste vom Sonntag fortsetzten, waren nicht weniger vom schönen Wetter begünstigt. Es war dies zwar kein Wunder, denn wir hatten in unserer Sonntagsnummer ausdrücklich dieses Wetter ganz kategorisch verlangt. Infolgedessen entwickelte sich in der sechsten und siebenten Abendstunde in Havelwerder, dem Festlokal der Teltower Genossen, wie im Roabiter Schützenhaus ein lebhaftes Leben und Treiben. Für alle Festteilnehmer war gesorgt, für Groß und Klein. In einem guten Singsang gefühlte sich ein guter Arbeitergesang. Radfahrer fuhren auf ihren prächtig ausgepumpten Rädern einen tadellos ausgeführten Reigen und Turner und Arbeiteratleten vervollständigten aufs angenehmste das Programm. Auch der kleinen Gesellschaft, die auf einem Proletariatsfeste immer recht zahlreich ist, war gedacht. Die Stadterleube war ständig belagert und nicht zu vergessen die Schaukel; hatte doch jedes Kind einen Bon zur Schaukel und einen zur Entnahme einer Stoklaternen erhalten. In dem großen Menschenmeere, das beispielsweise im Roabiter Schützenhaus in den Abendstunden hin und her wogte, passierte es öfter, daß manches Kind — in einigen Fällen waren doch große dazwischen — die Eltern verloren. Dann wurden sie — heulend — auf die Bühne gestellt und ausgelassen; und bald waren sie ihren Eltern wiedergegeben. Beängstigend war es eigentlich nur im Tanzsaal. Wo so viele Menschen beisammen sind, finden sich auch zahlreiche darunter, die das Langbein schwingen wollen, aber ein Saal langt da nicht zu; im Saal war es manchmal nicht „mehr schön“.

So weit und bekannt, ist alles gut verlaufen. Unglücksfälle erheblicher Natur sind nicht vorgekommen. Als der Abend hereinbrach und die Teilnehmer ihren heimatischen Penaten zustrebten, machte es ordentlich einen netten Eindruck, die Kinder mit ihren roten Stoklaternen weithin leuchten zu sehen und manches Kind sagte zu den Eltern: Das nächste Mal gehen wir doch wieder!

Die Hochbahngesellschaft beabsichtigt zur Vorbereitung des Baues der Teilstrecke Spittelmarkt—Alexandersplatz—Schönhauser Allee alsbald die Seitenmauern und die Tunneldecke der Strecke zwischen der nördlichen Kaufstraße der Hirtensstraße und der südlichen Kaufstraße der Lothringersstraße herzustellen, um das spätere Wiederaufreißen der Jahrdämme in dem neu zu bebauenden „Scheunenviertel“ zu vermeiden. Es handelt sich dabei um eine Tunnelstrecke von etwa 600 Meter Länge, einschließlich der Haltestelle „Schönhauser Tor“, welche diesseits der Lothringersstraße, etwa an der Linienstraße, geplant ist. Die Pläne für diese Teilstrecke im Herzen des „Scheunenviertels“ sind von den Aufsichtsbekörden bereits genehmigt worden. Voraussetzungen sind der Bau noch im Laufe dieses Herbstes in Angriff genommen werden.

Verlegung von Straßenbahnlinien. Die beiden wichtigsten Straßenbahnlinien 6 und 9, von Roabit nach dem Küstriner Platz und dem Schiffschen Bahnhof, mußten, wie berichtet, wegen des Baues der Untergrundbahn vom Leipziger Platz nach dem Spittelmarkt verlegt werden. Die beiden Linien konnten nicht mehr über die Nordseite des Leipziger Platzes geführt werden, sondern mußten den Umweg durch die Königgräber-, Prinz Albrecht- und Zimmerstraße usw. Die Arbeiten für den Anschluß der Untergrundbahn vom Leipziger Platz an die Strecke unter dem Häuserblock zwischen der Leipziger- und Vohstraße sind so weit gefördert, daß die beiden Linien von heute an wieder ihren planmäßigen Weg von der Königgräberstraße über den Leipziger Platz und durch die ganze Leipzigerstraße nehmen können.

Die neue Grundsteuerordnung der Stadtgemeinde Berlin tritt mit dem 1. April 1908 in Kraft, bis dahin hat die alte, wonach der Nutzungswert der Besteuerung der städtischen Grundstücke zu Grunde gelegt ist, noch Kraft. Bei der neuen Steuerordnung tritt an Stelle des Nutzungswertes der gemeine Wert der Grundstücke. Vom nächsten Jahre ab sind danach auch Baupläne, Biergärten und andere Grundstücke, die bisher nur sehr geringen oder gar keinen Nutzungswert hatten und deshalb von der Grundsteuer befreit waren, zu dieser Steuer heranzuziehen. Jeder nicht in Berlin wohnende Eigentümer hat der städtischen Steuerdeputation einen hier wohnenden Stellvertreter für die seinen Grundbesitz betreffenden Angelegenheiten schriftlich zu bezeichnen. Diese neue Steuerordnung wird, da die Grundsteuer kontingentiert ist, einen Ausgleich in der Besteuerung der Grundstücke schaffen. Die großen Grundstücke im Westen, besonders die am Tiergarten mit ihren ausgedehnten Gärten, die einen hohen Wert repräsentieren, werden in Zukunft höher und Grundstücke mit vielen kleinen Wohnungen im Norden und Osten, die keinen so hohen Wert haben, niedriger besteuert werden. Die Feststellung des gemeinen Wertes erfolgt für jedes Steuerjahr durch den aus Mitgliedern der Steuerdeputation gebildeten Steueranschuß für Realsteuern, erforderlichenfalls nach Anhörung von Sachverständigen. Einsprüche gegen die Veranlagung müssen innerhalb einer Frist von vier Wochen seit der Benachrichtigung beim Magistrat schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden. Diese Grundsteuer wird in Vierteljahresraten erhoben. Beim Eigentumswechsel haftet außer dem neuen der bisherige Eigentümer bis zum Ablauf des Vierteljahres, in welchem der Eigentumswechsel stattgefunden hat, außerdem ist natürlich auch das Grundstück dinglich verpfändet.

Beim Bau der Untergrundbahn verunglückt. Ein schwerer Unglücksfall, bei dem ein Arbeiter lebensgefährlich und ein zweiter leicht verletzt wurde, hat sich am Sonnabend abend bei dem Bau der Untergrundbahn am Leipzigerplatz zugetragen. Auf einem schwebenden Schienenstrang standen vier mit ausgeschachtetem Sand beladene Loren. Durch Nachgeben der Sandmassen an den Enden der Schienen kamen die letzteren plötzlich ins Schwanken und stürzten in sich zusammen. Die Loren stürzten mit in die Tiefe und zwei Arbeiter wurden durch die zusammenbrechenden Trümmer und Sandmassen verunglückt. Einer der Verunglückten, der 35 Jahre alte Arbeiter Michael Jona, Adrstr. 130 wohnhaft, wurde schwer verletzt wieder herbeigezogen. Der Bedauernswerte hatte mehrere Rippenbrüche sowie innere Verletzungen erlitten und mußte nach dem Krankenhaus Roabit transportiert werden. Der andere Verunglückte war mit äußeren Verletzungen davongekommen und konnte nach Anlegung von Rotverbänden auf der Unfallstation seiner Wohnung zugeführt werden.

Dreihundertfünfzig Krebsfälle in der Havel ausgeheilt. 30 000 schwedische Krebsfälle wurden jetzt auf Veranlassung des Fischereiverbands zur Hebung der Fischzucht im Regierungsbezirk Potsdam durch Brandenburger Fischer in der Ober- und Unterhavel ausgeheilt. Es soll von neuem der Versuch gemacht werden, die Havel, die noch vor 25 Jahren zu den reichsten Krebsfangplätzen gehörte, wieder mehr als bisher mit den begehrten Krebstertieren zu bevölkern. Die in früheren Jahren ausgeheilt Krebsfälle gingen durch die Krebspest wieder ein.

Ein Wahnwahniger im Dom. Der Gottesdienst im Dom wurde am Sonntag von einem Geisteskranken unterbrochen. Während der Predigt am Vormittag störte der 55 Jahre alte amerikanische Staatsangehörige Maschinenist Henry Nordhorst aus Berlin, ein geborener Kieler, die Andacht durch laute Zwischenrufe und Hilaritäten von Bibelsprüchen, wie: Tut Buße, denn das Himmelreich ist nahe herbeigekommen! und andere. Dombeamte führten den Kranken hinaus und liehen ihn nach der nächsten Wache bringen, wo der Kreisarzt bei dem Unglücklichen religiösen Wahnwahn konstatierte. N. wurde als gemeingefährlich geisteskrank der Irrenanstalt Dall-dorf überwiesen.

Folgen des Barsuchlaufens. In eigenartiger Weise hat der 12jährige Sohn Karl des Privatbeamten Beder aus Berlin seinen Tod gefunden. Der Knabe befand sich während der Ferienzeit bei Verwandten in Potsdam und war mit anderen Knaben nach Kaputh gegangen, woselbst die Kinder sich ihres Schutzes entledigten und barfuß umherliefen. Hier trat sich der Kleine N. einen Glasplitter in die Fußsohle, den er mit Leichtigkeit entfernte, ohne die Verletzung weiter zu beachten. Obwohl sich bald darauf Schmerzen einstellten und das Bein anschwellte, verheimlichte der Knabe seinen Verwandten gegenüber den Unfall, bis die Schmerzen unträglich wurden. Ein nunmehr hinzuge-rufener Arzt stellte eine weit vorgeschrittene Blutvergiftung fest, welcher der Knabe, da eine Amputation nicht mehr vorgenommen werden konnte, nach kurzer Zeit erlag.

Staatsanwalt und Jugendorganisation. Wegen den Vorstehenden der Vereinigung der freien Jugendorganisationen ist seitens der Staatsanwaltschaft die Anklage wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten erhoben worden. Die Straftat soll Max Peters durch Herausgabe des bekannten Lieberbuchs „Lieder für die arbeitende Jugend“, dessen Beschlagnahme vom Amtsgericht Berlin-Mitte bereits angeordnet ist, begangen haben durch die Lieder: „Die Arbeitsmänner“ von Joh. W. o. s., „Gesang der Jungen“ von Otto Krille, „Auf vom Nazi Ried“, „Auf der Landpartie“ von Max Regel und „Geldbiss“ von Karl Ried. Diese Lieder sind sämtlich in den verschiedensten Druckwerken seit Jahren veröffentlicht, ohne den Staatsanwalt zur Verfolgung des Herausgebers Veranlassung gegeben zu haben. Staatsgefährlich wurden die Lieder also erst, als die Jugendorganisation sie herausgab.

Mit den ungläublichen Schikanen seitens der Behörden wird sich am nächsten Sonntag, nachmittags 2 Uhr, die Generalversammlung des Vereins im Gewerkschaftshaus, Enckeufer 15, beschäftigen. Max Peters wird referieren über „Polizei, Staats-anwaltschaft und Jugendorganisation“.

Ein folgenschwerer Straßenbahn-Unfall, bei welchem mehrere Personen leicht und schwer verletzt wurden, und sich in ärztliche Behandlung begeben mußten, erfolgte gestern vormittag 11 Uhr am Kottbuser Tor. Eine Frau mußte die Unfallstation Roabitstraße 10 aufsuchen, da aus Mund und Nase das Blut her-vorquoll. Ferner ist ein Herr aus Halle a. S. an der Hand verletzt worden. Der Unfall geschah infolge Veragens der Bremse eines Wagens der Linie 53, wodurch dieser in den Anhängerwagen eines Zuges der Linie 47 hineinfuhr und denselben derartig demolier-te, daß er außer Betrieb gesetzt werden mußte.

Selbstmordversuch auf offener Straße. Angesichts zahlreicher Passanten versuchte sich Sonntag mittag in der Reinholdsdorferstraße ein Lebensmüder zu erschlagen. Der 28 Jahre alte Kupfer-schmied August Sch. aus der Wiesenstr. 27 war längere Zeit in Rußland gewesen und erst kürzlich wieder nach Berlin zurückge-kehrt. Hier wurde er dann vom Schicksal schwer heimge-sucht und bald wußte er sich keinen anderen Ausweg mehr, als sich das Leben zu nehmen. Vor dem Hause Reinholdsdorferstr. 37 jagte er sich gestern eine Revolverkugel in die Brust und brach leblos zusammen. In hoffnungslosem Zustand fand Sch. im Kranken-haus Roabit Aufnahme.

Ein schweres Verbrechen ist Sonntag nachmittag in der Koloniestraße verübt worden. Während die in der Koloniestr. 105 wohnhafte Frau K. einen Ausflug besorgte, drang ein junger Mensch in die Wohnung und fiel über die 10jährige Tochter der

A. her. Der Unmensch beging an der Kleinen ein schändliches Verbrechen und versuchte sie, als sie sich zur Wehr setzte, zu würgen. Als auf die Hilferufe des Mädchens Nachbarn hinzueilten, ergriff der Täter die Flucht.

Der Raubmörder der 53jährigen Wirtshausbesitzerin Plath ist noch nicht gefasst. Wohl sind schon eine Anzahl Personen in Haft genommen worden, mußten aber, da sich ihre Unschuld herausstellte, wieder freigelassen werden.

Die Bluttat eines geisteskranken Vaters gegen seinen Sohn rief in der Nacht zum Sonntag in der Brunnenstraße großes Aufsehen hervor. Gegen Mitternacht war der 20 Jahre alte Tischlergeselle Fritz Hartwig nach der in der Brunnenstr. 85 belegenen elterlichen Wohnung zurückgekehrt. Der Vater war bei der Ankunft des Sohnes noch wach. Als der junge H. im Wohnzimmer die Stiefel ausziehen wollte, wurde der Vater hierüber erregt und er befahl dem Sohne, nach der Küche zu gehen und dort die Stiefel auszuwaschen. H. tat dies auch. Kurz darauf legte er wieder nach dem Zimmer zurück und meinte, er hätte die Stiefel auch ebenso gut in der Wohnstube ausziehen können. Die Erregung des alten Mannes wurde durch diese Äußerung noch mehr gesteigert. Er rief seinem Sohne zu: „Was, Du willst auch noch eine große Schmutze riskieren!“ ergriff sodann ein Messer und fiel, während der Sohn ihm den Rücken kehrte, über den Abgangstisch her und stach wütend auf ihn ein. Von fünf tiefen Messerschneiden getroffen brach der junge Mann zusammen. Die Stiche waren ihm in den oberen Teil des Rückens und in den Hals eingedrungen. Der alte H. ließ nun seinen Sohn liegen und ging, als wenn nichts vorgefallen sei, nach dem Schlafzimmer. Ein heimkehrender Schlafbürsche fand den Gestochenen später in seinem Blute schwimmend auf dem Fußboden vor. Er benachrichtigte den Vater und fragte ihn, was vorgefallen sei. Durch die Angehörigen wurde der Schwerverletzte nach der Unfallstation gebracht, wo er die ersten Notverbände erhielt. Es steht zu hoffen, den jungen Menschen am Leben zu erhalten. Der Vater wurde, da sich Erscheinungen von Geistesstörung bei ihm zeigten, nach der Irrenanstalt in Dalldorf gebracht.

Ein Motorboot gesunken. Auf dem Müggelsee hat sich am Sonntag ein seltener Unfall ereignet. Drei Mitglieder des Yacht-Clubs „Müggelsee“ hatten auf dem Motorboot „Elektra“ eine Ausfahrt auf dem See unternommen. In der Nähe der großen Dampferlandungsbrücke wurde das Fahrzeug plötzlich von einer mächtigen Sturzflut erfasst und zum Kentern gebracht. Es sank so schnell unter, daß die drei Insassen schleunigst von Bord in den See springen mußten. Da sie alle drei vorzügliche Schwimmer waren, so konnten sie sich selbst in Sicherheit bringen. Einer der Gefährdeten, der noch im letzten Augenblick ein auf dem sinkenden Motorboot liegendes Gesteck retten wollte, wäre beinahe mit in den Strudel hineingerissen worden. Das gesunkene Fahrzeug konnte noch nicht gehoben werden.

Ein schweres Unfälle hat Sonnabend abend gegen 7 Uhr eine Drahtschneur angeht. Der Sohn eines in der Weichenburgerstr. 43 wohnenden Herrn Niemann benutzte zum Steigen seines Drahtens eine tote, mit einem dünnen Messingfaden durchwirkte Drahtschneur. Diese Schneur verwickelte sich in einen Draht der elektrischen Oberleitung der Straßenbahn. Als nun der Knabe auf eine Straßenbahnschiene trat, erhielt er einen solchen starken elektrischen Schlag, daß er sofort umfiel und zu einem Arzt gebracht werden mußte. Dieser konstatierte eine schwere Gehirnerschütterung und es steht um den Knaben sehr bedenklich. Diese Drahtschneur muß also nach dieser Darstellung einen guten elektrischen Leiter abgegeben haben, wodurch das Unglück herbeigeführt wurde. Es sei deshalb besonders vor Anwendung solcher Drahtschneuren gewarnt.

Auf Kindesmorde deuten zwei Leichenfunde hin, die vorgestern gemacht worden sind. In dem Hause Kronenstraße 56 wurde von einem Bewohner der Leichnam eines neugeborenen Knaben entdeckt. Er war in Zeitungspapier eingewickelt. Am Sonnabendabend war in der Nähe der Hundställe eine Frauensperson beobachtet worden, die sich in verdächtiger Weise dort zu schaffen gemacht hatte. — Eine zweite Kindesleiche wurde am Ufer des Tegeler Sees in der Nähe des Germania-Kahnes aufgefunden. Sie war in einen Kapplarton des Schuhwarengeschäfts von Tad u. Co., Burg bei Magdeburg, verpackt. Um den toten Körper war eine Zeitung vom 3. Juli herumgewickelt. Durch die Obduktion wird bei beiden Leichen festgestellt werden, ob Kindesmord vorliegt.

Ein energischer aber falscher Gerichtsvollzieher treibt gegenwärtig in den weislichen Vororten sein Unwesen. Mit der blauen Aktenuappe unterem Arm spricht der Betrüger bei den Anwohnern vor und gibt sich als Gerichtsvollzieher Schulz aus Steglitz aus. Der Gauner erscheint nur in solchen Wohnungen, in denen die Männer abwesend sind. Er behauptet, zur Einziehung fälliger Gerichtskosten gesandt worden zu sein und scheut sich keineswegs, mit sofortiger Pfändung zu drohen, wenn nicht gleich bezahlt wird. Der falsche Gerichtsvollzieher, der etwa 30 Jahre alt ist, tritt äußerst energisch auf und dadurch ist es ihm auch schon in vielen Fällen gelungen, die eingeschüchterten Frauen zur Zahlung zu bewegen.

Uebervahren und erheblich verletzt wurde gestern morgen ein Arbeiter in der Oranienstraße am Waldpark von einer Droschke. Die Räder gingen ihm über beide Weine. Der Verletzte wurde nach der Unfallstation gebracht.

Auf dem Sommerfest in Haffelwerder hat ein Invalid ein Portemonnaie mit 15 M. Inhalt verloren. Der Finder wird um Abgabe gebeten an Gustav Vierbach, Grüner Weg 114, v. IV.

Kabrennen fanden am Sonntag in Steglitz, in Treptow und im Sportpark Spandau statt. In Steglitz fochten 6 Fahrer um die Meisterschaft des D. R. V. über 25 Kilometer; B. Göbe trug den Sieg davon. Die Bundesmeisterschaft von Preußen über

50 Kilometer hinter Straßenmotorführung wurde ebenfalls von 6 Fahrern bestritten. O. Gesehe (Seeadler) siegte in 50 Min. 54 Sek. — Die Treptower Bahn hatte sich wieder eines sehr guten Besuches zu erfreuen. In dem Stundenrennen mit Motorführung (600, 400, 300, 200 M.) konnte der alte Treptower Fahrer Max Heiny mit 61,080 Kilometer einen leichten Sieg über seine Gegner de Roos (Amsterdam) 59,360 Kilometer, B. Huber (Nürnberg) 58,310 Kilometer und Haberer (Berlin) feiern. Eine Neuheit war das Fahren über 25 Kilometer hinter Keinen Rotoren (100, 80, 60, 40, 20 M.), das folgende Placierung ergab: 1. Keibel in 26:01; 2. Erzleben 1400 Meter; 3. Kottinck 1580 Meter; 4. M. Hansen 2890 Meter; 5. Soager 3820 Meter zurück; Stabe, der sich hinter der Führung nicht zurechtfinden konnte, hatte aufgegeben. — Ein Hauptfahren über 1200 Meter (40, 20, 10, 5 M.) sah Stabe als Sieger vor Keibel, M. Hansen und Tschirpe. — Den Radrennen war ein vom Sportklub „Komet“ veranstaltetes Wettkampfen mit Schrittmachern über 1 Stunde vorausgegangen. 1. H. Müller (Komet) 16,036 Kilometer; 2. Wils (Berlin 1902) 15,895 Kilometer; 3. Kleps (Hennania) 15,744 Kilometer. — Der Sportpark Spandau veranstaltete zwei kleine, aber interessante Rennen. Die beiden besten Berliner Rieger, Wader und Zheile, fochten einen Zweikampf in drei Läufen aus, in den zweimal Wader Sieger blieb und somit den Einjaz von 150 M. und die Prämie von 200 M. gewonnen hatte. — Fernerhin hatte der Amerikaner J. Bedell mit A. Huber ein Treffen über 15 und 80 Kilometer. Huber wurde Sieger und gewann den Einjaz von 500 M. und die Prämie von 200 M. — Den Schluß bildete Dare Devil Schrebers Todesprung, den der Amerikaner auf dem Rade vom hohen Turmgerüst in ein zwei Meter tiefes Wasserbecken ausführte. In weitem Bogen fliegt Schreber durch die Luft und nach einem kühlen Bade setzt er sich aufs Rad und fährt eine Ehrenrunde.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania in der Laubenstraße findet am Mittwoch eine Wiederholung des Vortrags „Im Lande der Winternachtsstunde“, der dem Zuschauer die herrlichen Naturerscheinungen Nordens an der Hand zahlreicher farbiger Bilder vor Augen führt und einen lebenswahren Auschnitt aus den nordischen Landen gibt, statt. Am Donnerstag wird der Vortrag „Die Gletscher der Hochgebirge und die Eiszeit unserer Heimat“, am Freitag der Vortrag „Von der Zugspitze zum Wapmann“, und am Sonnabend der Vortrag „Durch Dänemark und Südschweden“ wiederholt.

Feuerwehrbericht. Im 4. Stock des Hauses Am Ostbahnhof 5 brannten am Sonntag um Mitternacht in einer Wohnung Betten, Möbel u. a. und gleichzeitig in der Dresdenerstr. 40 im Quergebäude in einer Schleiferei Kästen mit Holzstößen. Durch Ueberhoden von Fett kam ein größerer Brand in der Weipzigerstr. 1 zum Ausbruch. Dort brannten bei Ankunft der Feuerwehr in einem Schlächterkeller Fenster, Balken, Schalbeden, Fett u. a. In der Rigaerstr. 14 fanden nach Mitternacht in einem Zigarrenladen Regale in Flammen. Ferner hatte die Wehr in der Andreasstraße 41, Tegelerstraße 41, Karlstraße 46, Glogauerstraße und anderen Stellen zu tun. Mobilien und Immobilien brannten dort.

Vorort-Nachrichten.

Rummelsburg.

Die Aufstellung der Kandidaten der Arbeitnehmerbeisitzer für das Gewerbegericht wurde in einer vorige Woche stattgehobten öffentlichen vom Gewerkschaftsamt einberufenen Versammlung vollzogen. Zunächst referierte Genosse Ritter über: „Die Entstehung und Bedeutung der Gewerbegerichte für die Arbeiterschaft“. Hierauf erstattete Genosse Berger Bericht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts. Er betonte, daß die meisten Klagen im Sachvermerk beigelegt würden, so daß es vorkommt, daß einzelne Beisitzer ein ganzes Jahr an keiner Sitzung teilzunehmen hätten. Genosse W. e. m. a. n. n. unterstützte diese Ausführungen und bemerkte, daß hier der Kostpunkt mitzuspielen käme; es sei daher notwendig, für Abänderung des Ortsstatuts einzutreten. Der Vorsitzende Genosse Fischer gab noch den Rechtssuchenden den Rat, ihre Klagen in öffentlichen Sitzungen abzurufen zu lassen. Als Kandidaten wurden folgende Genossen aufgestellt: Vergolder Otto Schulz, Rittenmacher Gustav Siewer, Schmied Berthold Dymke, Dreher Otto Grimm, Metallarbeiter Ernst Büchner und Gutmacher August Gehling. Hierzu wurde noch mitgeteilt, daß sich die Genossen Gustav Tempel, Alt-Vorhagen 56, Hugo Lindner, Grünbergstr. 10, Paul Ritter, Schillerstr. 28, Ferdinand Halwas, Rantstr. 44, und Albert Gorgos, Neue Prinz Albrechtstr. 70, bereit erklärt haben, für die sich dort meldenden Wähler die Wahlqualifikationen zu besorgen. Am Freitag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokalen aus eine Flugblattverbreitung zur Gewerbegerichtswahl statt. Es werden die Bezirksleiter ersucht, die Flugblätter aus der Parteispedition abzuholen.

Mariendorf.

In der letzten Generalversammlung des Wahlvereins gab der Vorstand den Bericht vom verflossenen Halbjahr. Es fanden 12 Vorstandssitzungen, 3 Mitglieder-, 2 Volksversammlungen für die Gemeindevorwahlen und eine für den Wählerstreik, sowie eine Agitationstour statt. Der Mitgliederbestand ist 166. Der Massenbestand betrug in Einnahme 301,64 M., in Ausgabe 110,92 M.; an den Hauptkassierer wurden 267,80 M. abgeführt. Die Kasseier schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 241,75 M. ab. Die Parteispedition hatte eine Einnahme von 3768,39 M. und eine Ausgabe von 3685,06 M. Zum 1. Vorsitzenden wurde an Stelle von Lehmann II der Genosse Hannemüller und zum Beisitzer an Stelle von Hannemüller der Genosse Suder gewählt. Den Bericht von der Kreis-Generalversammlung gab Genosse Hannemüller. Als Delegierte zur Generalversammlung Groß-Berlins wurden die Genossen Händel, Vethke und Hannemüller, zur Kreis-General-

versammlung die Genossen Bed, Fischer und Grunow gewählt. Ferner wählte die Versammlung die Genossen Suder, Händel und Spanberg zu den Vorarbeiten, welche für unsere Ortschaften zur Gründung einer Filiale der Arbeiterbildungsschule führen sollen.

Weichensee.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Laubmann Bericht aus der Gemeindevorwahlen. In einem einständigen Referat ließ er alle wesentlichen Vorkommnisse, über die wir laufend berichteten, Revue passieren. An der Diskussion beteiligte sich Genosse Simson. Der Vorstandsbericht konnte leider durch plötzliches Abreisen des Genossen Kahl nicht gegeben werden, jedoch berichtete Genosse O. Leh als 2. Vorsitzender, daß alle Geschäfte ordnungsgemäß erledigt seien. Der Massenbericht weist eine Einnahme von 2314,72 M. und eine Ausgabe von 2025,55 M., somit einen Bestand von 289,17 M. auf. Die Kasseier erstattete einen Ueberzähl von 326,25 M., welche Summe dem Massenbestand des Wahlvereins zugeführt wird. Des weiteren wurden der Bibliothek für Neuanschaffungen 100 M. und dem Streife 300 M. überwiesen. Als Ersatzdelegierte für die Kreisgeneralversammlung und für Groß-Berlin wurden die Genossen Wiese und Andre gewählt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Genossen Kempe, Nemitz und Weidmüller in üblicher Weise.

Grünau.

Die letzte Versammlung des Wahlvereins nahm nach einem Referat des Genossen Steinigt den Bericht des Genossen Blume über die letzte Kreis-Generalversammlung und über die letzte Gemeindevorwahlen entgegen. Nach dem Massenbericht des Genossen Röhner betragen die Einnahmen im letzten Quartal 113 M. und die Ausgaben 58,90 M. Wegen restierender Beiträge mußten sechs Genossen gestrichen werden. Das Stiftungsfest des Wahlvereins findet am 9. November bei Duchaufour statt. Der Restaurateur Pätel-Fredersdorf hatte mitgeteilt, daß er sein Lokal nicht mehr zu Versammlungen zur Verfügung stellen könne, da er von allen Seiten in Anspruch genommen werde.

Erkner.

Der Arbeiterschaft von Erkner zur Nachricht, daß der Gemeindevorwähler Herr Albert Jernide, Drechslermeister, nicht mehr zur sozialdemokratischen Partei gehört und deshalb die Wähler dieser Partei obengenannten Herrn nicht mehr als ihren Vertreter im Gemeindeparlament anerkennen. Der Sozialdemokratische Wahlverein für Erkner und Umgegend.

Berliner Marktliste. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel) Rindfleisch Ia 72-73 pr. 100 Pfd., Ia 64-65, IIIa 59-60, Bullenfleisch Ia 65-70, Ia 55-64, Kühe, fett 52-60, do. mager 40-50, Ferkel 54-56, Bullen, dünn 0,00, do. hoch 0,00, Kalbfleisch, Doppelender 100-120, Rostfleisch Ia 73-82, Ia 64-72, Kälber ger. gen. 45-57, do. hoch 0,00, dünn 0,00, Hammelfleisch Rastlämmer 74-78, Hammel Ia 69-73, Ia 62-68, Schafe 60-62, Schmeinefleisch 58-64, Rehbock Ia pr. Hund 0,65-0,85, Ia 0,45-0,60, Rotwild, Abschlag 0,55-0,63, Danwold, Abschlag 0,00, Wildschweine 0,38, Ferkel 0,00, Kanarienvogel pr. Stück 0,25-0,75, Wildenten pr. Stück 0,70-1,50, Kricken pr. Stück 0,45-0,60, Hühner, alte, pr. Stück 1,50-2,00, Ia 0,00, do. junge 0,60-1,10, Tauben 0,23-0,50, Italienische 0,00, Enten pr. Stück 1,00 bis 2,20, do. Hamburger pr. Stück 0,00, Gänse pr. Hund 0,65-0,68, do. pr. Stück 2,00-3,50, do. Hamburger pr. Pfd. 0,00, pr. Stück 0,00, do. Oberländer pr. Hund 0,00, Gänse pr. Stück 0,00, Gänsehäher 0,00, Heide pr. 100 Pfd. 108-117, matt 0,00, dito mittel und groß 0,00, Gander 0,00, Schlei, groß 88, mittel 0,00, do. hoch 0,00, do. 89-100, Kälse, groß 0,00, do. klein und mittel 85, mittel 100, do. unsortiert 0,00, do. groß-mittel 0,00, Wägen, matt 0,00, Reddow 0,00, Karpfen, groß 87, kleine 0,00, matt 64, Bunte fische 0,00, Barsch 0,00, Karauschen 80-86, do. matt 0,00, Weißfische 0,00, Heil 0,00, Wlaid 0,00, Knappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer, pr. 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, do. IIIa neuer 60, Seelachs 10-20, Zander, Aitel, Stiege Ia 3-6, mittel der Riste 1-2, Hamd. Stiege 4-6, halbe Riste 2-3, pom. Ia Schod 4-8, Ia 0,50-2,50, Dätsinge, Rieger pr. Rast 2-3, Straß. 3,50-4,50, Bornh. 0,00, Kälse, groß pr. Pfd. 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe pr. Schod 5-9, Schellfische Riste 8,00-5,00, 1/4 Riste 1,50-2, Sardellen, 1902er pr. Kister 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90-95, Schottische Vollerlinge 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Rastler, pr. 1/2, 50-120, Sardinen, russ., Rog. 1,50-1,70, Brauteringe Rog. 1,20-1,40, do. Wäpfe (1 Alter) 1,40-1,70, Neumaagen, Schodlag 11, do. kleine 5-6, do. Risten 14, Eier, Land, unsortiert pr. Schod 3,25-3,40, do. große 4,00, Krebse pr. Schod große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 0,00, do. unsortiert 6,00, do. Golliger groß und mittel 0,00, do. unsortiert 0,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 106-110, Ia 103-106, IIIa 100-102, ablaufende 60-95, Saure Gurken, neue Schod 4,00-5,00, Pfefferkörner 4,50, Kartoffeln pr. 100 Pfd. weiße runde 2,75-3,50, blaue 3,50-4,00, Rosen 2,25 bis 2,50, Rieren 3,00-3,50, Herbst 3,00-4,50, Porree, Schod 0,50-1,00, Meerrettich, Schod 3-12, Spinat pr. 100 Pfd. 25-30, Sellerie, fleisch, pr. Schodbund 2,00-3,00, Fenchel pr. 100 Pfd. 6,00-8,50, do. kleine 0,00, do. fleisch (Berl.) 0,00, Chirlotten 0,00, Petersilie, grün, Schodbund 0,75-1,00, Radirabi Schod 1,00-1,25, Rettig, bayr., neue Stück 0,07-0,10, Rohrüben Schodbund 1,75-2,00, Karotten, fleisch, Schodbund 2,00-3,00, Wirsingtopf pr. Schod 4,00-6,00, Rottfisch, Schod 10-12, Weifisch 6-8, Blumenkohl, Zittauer 100 Stück 16-17, do. Hamburger 100 Stück 10-12, do. Ervauer 100 Stück 20-25, Kohlraben, Schod 5,00-6,00, Rhabarber 100 Bund 0,00, Petersilienwurzel, Schodbund 4,50-6,00, Schoten pr. 100 Pfd. 10-18, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 8-12, Stimpfzige pr. 100 Pfd. 20-25, Radleschen pr. Schod 0,75-1,00, Salat pr. Schod 1,00-2,00, Gurken, Herbst, Schod 3,00-3,50, Bohnen, grüne, 100 Pfd. 10-13, Stachelbeeren, pr. 100 Pfd. 8-12, Erdbeeren, fleisch, 100 Pfd. 20-35, do. Walderbeeren 50-100, do. Hamburger 30 bis 40, do. Holländer 28-32, Himbeeren 100 Pfd. 27-30, Blaubeeren, 100 Pfd. 10-12, Johannisbeeren, 100 Pfd. 8-10, Kirchen, pr. 100 Pfd. Schleife 10-20, Berderische 10-15, do. Glas. 12-18, do. Thüringer 4-15, Ratten 20-30, saure 20-24, Birnen, ital., 100 Pfd. 18-22, Mostkeller 28-32, Pfirsche, pr. 100 Pfd. 35-55, Aprikosen, ital., pr. 100 Pfd. 26-28, franz. 24-35, ungar. 0,00, Äpfel, ital., pr. 100 Pfd. 14-20, Pfäumen, ital., pr. 100 Pfd. 13-20, Zitronen, Weifina, 300 Stück 9,00-18,00, do. 360 Stück 8,00-11,00, do. 300 Stück 6,00-12,00, Bananen, gelb, 100 Pfd. 22-25.

Sozialdemokratischer Wahlverein
4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Sonntag, den 28. Juli:
Großes Sommerfest
in den Lokalen:
Beylers Gesellschaftshaus, Ludwigs Park-Restaurant, Redlich, Keglerheim,
alle in Treptow, Köpenicker Landstraße, und
Sonntag, den 18. August,
in Menten Volksgarten, Lichtenberg, Röderstr., u. Elysium, Landaberger Allee 40.
Konzert. Unterhaltungen aller Art. Kinderbelustigungen. Preiskegelschieben. Tanz.
Eröffnung 2 Uhr.
Zu zahlreichem Besuche ladet ein 262/12*
Das Komitee.

Großer Ausverkauf
Stoppdecken, Deutsche und Perser Teppiche,
Portieren, Gardinen, Stores, Tischdecken,
Läuferstoffe, Diwandecken und Matten.
Wegen Umbaus und Hinzunahme der I. Etage muß das Lokal vollständig
geräumt werden, und soll das Warenlager in Höhe von zirka 150 000 Mark
auf das mindeste ausverkauft werden. Um dieses zu erreichen,
sind die Preise effektiv zirka **40%** herabgesetzt und
neben d. früheren deutlich vermerkt.
Teppichhaus B. Hurwitz
An der Stechbahn 1-2. **Rotes Schloß** vis-à-vis dem National-Denkmal.

Witte* Waldschlößchen, Eichwalde, Kaiser Friedrichstr. 1.
Empfehle allen Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen und Partien
mein herrlich am Wald gelegenes Lokal, 3 Minuten vom Bahnhof,
Großer Saal, X Schattiger Garten, X Kegelbahnen, X Ausspannung,
Sommerwohnungen und Zimmer. 42693*

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Kopenstraße Nr. 29:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts-, Kassen-, Revisionsbericht und Diskussion. 2. Anstellung des zweiten Kassierers. 3. Bericht aus den Kommissionen. 4. Beratung eventueller Anträge zur Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten. 5. Auschlussanträge. 6. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Dienstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, in Hoppes Festsälen, Hermannstr. 49:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschl.

Filiale Berlin II.

Dienstag, 23. Juli, abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Außerordentliche Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Bericht über die Unterhandlungen der Lohnkommission mit den Unternehmern. 2. Gewerkschaftliches.
In Anbetracht der Wichtigkeit der Versammlung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig. Kein Kollege darf fehlen.
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, großer Saal:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom zweiten Quartal 1907. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.
Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Kollegen dringend notwendig.
Der Sektionsvorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Kammacher. Achtung!

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in Boekers Festsälen, Weberstr. 17:

Branchen-Versammlung

der Kammacher und aller Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigt. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen R. Schmalbach über: „Wissen ist Macht“. 2. Diskussion. 3. Werkstattangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Kommission.

Achtung! Bodenleger. Achtung!

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal D):

Versammlung.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Es ist unbedingt nötig, daß alle Vertrauensmänner sowie sämtliche Kollegen pünktlich erscheinen. In dieser Versammlung gelangt der neue Tarif zur Verhandlung.
Die Kommission.

Steinarbeiter!

Berlin I.

Mittwoch, 24. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Wahl des Gefellen-Ausschusses.

Es ist Pflicht jedes in einem Umzugsgehalt arbeitenden Kollegen, zu erscheinen.
Donnerstag, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, ebenfalls im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Robert Fendel über: „Die Bedeutung des internationalen Kongresses“. 2. Abrechnung vom zweiten Quartal. 3. Gewerkschaftliches.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Kollegen, welche ihre statistischen Fragebogen noch nicht abgeleitet haben, werden ersucht, dies in der Versammlung zu erledigen. — Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises.

Am Dienstag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr, finden

Acht Versammlungen

statt.
Für 1. Mitteilung bei Odigis, Schwedterstr. 23.
2. in den Verolinasälen, Schönhauser Allee 28.
3. bei Groterjan, Schönhauser Allee 130.
4. bei Wille, Brunnenstr. 158.
5. bei Schökel, Bopenstr. 12.
6. Moabiters Gesellschaftshaus, Bielestr. 24.
7. bei Blume, Schulstr. 29. (Kein Vortrag.)
8. Zwilnmünder Gesellschaftshaus, Zwilnmünderstr. 42.
Tages-Ordnung:
1. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl für die Verbands-Generalversammlung. 2. Vortrag und Diskussion.
Referenten sind die Genossen: Eugen Brückner, Siebel, Kunze, Leib, Mohs, Ritter, Schulz.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Rohrer und Helfer Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Vahu über: Nationale Ehre — Standes-ehre. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Die Kollegen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr,
Versammlung der Drahtarbeiter im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.
Tages-Ordnung: 1. Die letzten Ereignisse in unserem Beruf und unsere weitere Stellungnahme. Referent: Kollege Otto Handke. 2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht darauf, daß der Kampf um die Verbesserung unserer Arbeitsverhältnisse schon über 1/2 Jahr dauert, erwarten wir, daß ein jeder Kollege in die Versammlung kommt.
Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 Uhr,
Bezirksversammlung für Rixdorf und Umgegend im Hoppes Festsälen, Rixdorf, Hermannstr. 49.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten Genossen Groger über: Religion und Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 17. Juli verstarb plötzlich unser Kollege, das Mitglied der Agitationskommission der Rohrer und Helfer Berlins und Umgegend, der Hochleier 1957b

August Heidepriem

im Alter von 52 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um zahlreiches Beileid bitten
Die Agitationskommission der Rohrer und Helfer Berlins und Umgegend.
S. A.: Robert Rind.

Allgemeiner Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verein Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.

August Heidepriem

geb. 20. Dezember 1855 zu Rhinow am Mittwoch, den 17. Juli 1907, verstorben ist.
Als Lebensaufgabe erblickte der Verstorbene die Befreiung der gesamten Arbeiterschaft und wickelte bis zum letzten Atemzuge demgemäß.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um zahlreiches Beileid bitten
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Köpenick.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Genosse, Restaurateur

Jakob Moll im Alter von 46 Jahren am Freitag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Grünauerstr. 7 aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 12. Juli verstarb unser Mitglied
Willy Reyne durch Selbstmord.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Verband der Glasarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Lokalverband Berlin.

Mittwoch, den 24. Juli 1907, abends 8 Uhr, im Lokale von Boeker, Weberstr. 17:

Mitglieder-Versammlung sämtlicher Branchen.

Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Wahl von 5 Mitgliedern zur Agitationskommission. 3. Den wöchentlichen Beitrag von 50 Pf. auf 70 Pf. festzusetzen. Referent: M. Grünzel. Korreferent: P. Melchen.
Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verlosungsartikel zu Landpartien, für Vereine u. nur Reibellen, Lampions, Stocklaternen, Packeln, Girlanden, Mützen, Musik- und Radausachen

spottbillig im Engros-Geschäft L. H. Gotthilf, Alte Jakobstraße 93, an der Zepdelstraße.
Vereinen extra hoher Rabatt. 54962*

Ortskrankenkasse der Klempner.

Wir machen hierdurch bekannt, daß die in der Aprilerversammlung beschlossenen Änderungen der §§ 29 und 40, die am 1. Juli cr. in Kraft treten sollten, mit einigen Veränderungen genehmigt worden sind.
Danach betragen die wöchentlichen Kassenbeiträge:

1. für Mitglieder der 1. Klasse: 75 Pf.	2. " " " 2. " " 67 "	3. " " " 3. " " 42 "	4. " " " 4. " " 33 "	5. " " " 5. " " 24 "
---	----------------------	----------------------	----------------------	----------------------

1907b Der Vorstand.

Erklärung.

Der Nachfolger von H. r. g., Rummelsburg, Vorkagener Chaussee 5/6, Herr Schubert, hat heute die Forderungen bewilligt.
Berlin, den 22. Juli 1907. 1907b

Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgen. Deutschlands.

Bezirksmitgliedschaft Berlin.

J. Baer Ecko Badstr. 26, Prinz-Alte Herron- und Knaben-Meden-Berufskleidungs-Palots u. Havelocks, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 2. Berliner Wahlkreises.

Bezirk 133.

Wilhelm Galin.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 23. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 230/12
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Berlin I.

Wilhelm Galin

im 41. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung erfolgt am Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
180/12 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 17. Juli verstarb plötzlich unser Kollege, das Mitglied der Agitationskommission der Rohrer und Helfer Berlins und Umgegend, der Hochleier 1957b

August Heidepriem

im Alter von 52 Jahren.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um zahlreiches Beileid bitten
Die Agitationskommission der Rohrer und Helfer Berlins und Umgegend.
S. A.: Robert Rind.

Allgemeiner Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verein Berlin und Umgegend.

Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.

August Heidepriem

geb. 20. Dezember 1855 zu Rhinow am Mittwoch, den 17. Juli 1907, verstorben ist.
Als Lebensaufgabe erblickte der Verstorbene die Befreiung der gesamten Arbeiterschaft und wickelte bis zum letzten Atemzuge demgemäß.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um zahlreiches Beileid bitten
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein für Köpenick.

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Genosse, Restaurateur

Jakob Moll im Alter von 46 Jahren am Freitag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause Grünauerstr. 7 aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 12. Juli verstarb unser Mitglied
Willy Reyne durch Selbstmord.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverein Charlottenburg.

Nachruf.
Am 20. d. M., früh 1 Uhr, verstarb nach kurzem, aber schwerem Leiden unser lieber Freund und Kollege
Karl Schoenfeld im 68. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Krankenhaus am Urban aus nach dem Gethsemane-Kirchhofes Nordend aus statt.
Um rege Beteiligung bitten
Lauben-Kolonie „Langenfelde“, Traugott, Kirchstr. 404.

LOTTERIE

zugunsten der Veteranen und Invaliden von Heer, Marine und Schutztruppen.
10 891 Gewinne im Werte von

300 000 Mark.

Hauptgewinne im Werte von
60 000 Mark
40 000 "
25 000 "
10 000 "
usw. usw.

Lose a **1** Mark

Offizielle Ausgabestelle
A. MOLLING
BERLIN
Kaiserhof-Strasse 1.

Bestellschein.
Offizielle Ausgabestelle A. Molling, Berlin, Kaiserhof-Strasse 1.
Senden Sie mir
1 Los für 1 Mark
11 Lose " 10 "
28 " " 25 "
113 " " 100 "

Betrag erfolgt durch Postanweisung. — Betrag erbitte ich durch Nachnahme zu erheben.
(Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen.)

Name:
Stand:
Ort:

Dieser Bestellschein ist an den doppelten Linien auszuschneiden und im Kaverit mit 5 Pf.-Marke frankiert offen einzusenden.

Neu-Erscheinungen:

Verbrechen und Prostitution
als soziale Krankheitserscheinungen
von Paul Hirsch.
Zweite, völlig umgearbeitete und vermehrte Auflage.
Preis brosch. 2.— M., geb. 2.50 M.

Ferdinand Lassalles
„Offenes Antwortschreiben“.
Durchgesehen, mit Einleitung und Anmerkungen versehen von
Eduard Bernstein.
Preis 40 Pf.
in besserer Ausstattung 1.— M.

Patriotismus und Sozialdemokratie
von Karl Kautsky.
Preis 20 Pf.

Die Agrarfrage in Rußland
Die bäuerliche Wirtschaftsform und die Arbeiter.
Eine Untersuchung von Peter Wladlow.
Preis brosch. 2.50 M., geb. 3.— M.

Die Kolonialpolitik und der Zusammenbruch
von Parvus.
Preis 1.— M.

In der russischen Bastille
während der Revolution.
Eindrücke, Stimmungen und Betrachtungen von Parvus.
Preis brosch. 1.— M., geb. 1.50 M.

Viermal entflohen von Leo Deutsch.
Verfasser von „Sechzehn Jahre in Sibirien“.
Preis brosch. 1.50 M., geb. 2.— M.

Der Neue Weltkalender für 1908.
Preis 40 Pf.

Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Linden-Str. 69, Laden.

Genesni Geschäfte

„TASSI“

CIGARETTEN

sind die besten.

ULLY YORK ACOSTA } **3 Pfg.**

Paul Litfins Restaurant u. Festsäle

Amt VII Nr. 1075. Memelerstraße 67.

Saal mit Bühne und Nebenräumen, 500 Personen, kleiner Saal mit Parkettboden, 150 Personen fassend, sowie Vereinszimmer mit Pianino stehen den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten, auch Sonntags, zur Verfügung. Es sind noch Sonn- und Sonntage im Herbst und Winter zu vergeben.

Um gütigen Zuspruch bittet **Paul Litfin.**

Jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag: **Extra-Dampfer-Ferien-Fahrten**

nach **Wernsdorfer Schleuse** und **Gosener Berge**.

Abf. circa 10^{1/2} Uhr vorm. } ab **Schillingsbrücke**
Din und zurück 50 Pfg. }
Hierzu ladet **Piehl,** — Restaurant —
bühnen ein zum **Oder-Spree-Kanal.**

Zur gefl. Beachtung!

Infolge Anhäufung von Aufträgen sind wir mit Lieferungen etwas in Rückstand gekommen; die hierdurch entstandenen Gerüchte, in unserer Fabrik werde gestreikt, sind in böswilliger Weise aus der Luft gegriffen, zumal bekanntlich gerade in unserem Betriebe stets das beste Einvernehmen mit unserer Arbeiterschaft besteht!

Geb. Selowsky-Dresden.

Bewährte Spezialmarken:
Zenith—Askari—Bolero.

Jedes Jenensia-Rad
ein Meisterwerk deutscher Technk.
— Teilzahlung! — Zwei Jahre Garantie! —

Sozial-Räder R. 60.—, Sozial-Luxus mit Freilauf R. 95.—,
Gebrauchte Räder billig! — Fahrradzubehör billig!
Bitte genau auf Handnummer „23“ zu achten!

23, R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 16.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**

Amt 4, 3014.

Bilz

Dresden-Radebeul, Schloss
Linauta, Herrl. milder
Lage, Saale, Nizza
Prospekte
frei

Sanatorium
Hallerstraße
5 Aerzte, Direktor
Alfred Hitz, Oberarzt
Dr. Aschkin, Internist, Dozent.

Station Lössnitzgrund
30000 qm, Saal, (Barr.,
Dampf, u. Pantheon).
Entr. 30 Pf.,
Kd. 20.

Licht-Luft-Bad
Sportplatz
5 Aerzte, Pantheon,
4 Schwimm-, Park- u.
Sportger. Gelegeth. u. Wohn.

Bilz' Goldene Lebensregeln
sowen erschienen. 2 Mk.
Begeisterung aufgenommen.

Bilz Naturheilmittel ca. 1/2, Mill. verk.

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog
in Empfehlung Aerzte u. Prof. publ. u. d.
H. Unger, Gummitabrikanten,
Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche mit Farbenflecken Kautschuk-Weberlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Rauerhoff. 11

Teppiche (Fleckenlos) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Bräun, Dadecker Markt 4, Salsdorf. 2611*

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte Sportbillig. Schneider, Kurfürststraße 172. 2247R*

Wäbelschleiferei liefert bediegen, Wohnungseinrichtungen äußerst billig Bunte Röhren. Aus Katanzahlung. kein Laden. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, nahe Kottbuser Tor. Genssen erhalten 3 Prozent.*

Bronzegestirne!! Waschlampen! 9.00. Gaslamps! 11/2. Wohlfahrt, Kalkthierstraße 32.

Herren-Garderobe nach Maß, saubere Arbeit, großes Stofflager, Paletot, Ring 30 Mark an. Kauf beim Hundmeister, liefert den Handwerkerarbeiten Teilzahlung gestattet. B. Dörge, Dresdenerstraße 109.

Sensationaler Neufeld! Automaten Phoenix, Hamburg. Generalvertrieb Koppensstraße 13, Restaurant. 144*

Teppiche, volle Größe, Carton 3.00, Teisot 4.25, Similseide 4.25, Wollwolle 5.50, Normalwolldecken 1.85, Sonderangebote. Teppichhaus Emil Lehore, Dramenstr. 158.

Herrmann Schlegler, Turmstraße 58, hat die besten Arbeitsanzüge. 25742*

Restoration (Schiffverkerber), sehr gangbar, preiswert, verlässlich, Charlottenburger Ufer 12. 1132*

Zellbetten, volle Bettgröße 2.50, in Gebälk 6.25, Lössen 1.85, Gebälkloren 4.35, Teppichhaus Emil Lehore, Dramenstr. 158.*

Fahrräder, neue, gebrauchte (erstklassig) billig! Produktiv. Einlaufs-gesellschaft, Oberdresdenerstraße 30.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehnte Sportbillig. Sommer, Bismarckstraße 51.

Handschuhhaus! Hermannplatz 16. Für jedermann! Sportbilligster Bekleidungs- und Schuhgeschäft, Vermietungsbett, Wäbelschleiferei, Bestände, Nähmaschinen, Ausleiermaschine, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Goldschmuck, Uhrenverkauf, Taschentücher, Gebirgsanzüge, Sommerpaletots.*

Eingermaschine 10,00, gutnähend Alexanderstraße 12, Bogelhandlung.

Entzückende Blasen, Kostüme, Kostüme selbstgefertigt verkauft Sportbillig Altaner, Brunnenstraße 4, keine Ladenmiete. 1956R*

Weißbierkränze, Patentverschluß, kleine, große verkauft billig Rauerhoffstraße 125, Restauration. 1423

Zweischah verkauft Reizner, Mühlenerstraße 27. 1423

Herrenfahrrad verkauft Weglow, Nixdorf, Lessingstraße 21, II. 11954b

Umzugshalber verkauft Dame Schlafsofa 29, Salongarnitur 60, Pflanzgarnitur 70, elegante Steppdecken, Gardinen, Stores. Härtel, Chausseestraße 43, Eingang Schwabertopffstraße. 1955b

Vermietungen.

Wohnungen.
Zwei Stuben und Küche 30 Mark eine Stuben und Küche 21 und 22 Mark, Seelstraße 68b, Dietl. 1913b*

Raden mit Wohnung zum Restaurant sofort oder später Dönhofsstraße 108.

Zimmer.
Ballonzimmer (Badezimmer), herrliche Aussicht, Baumgartenweg, Trojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b

Teilnehmer zum möblierten Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11, Seitenhügel I rechts. 1715b

Vernut die Muttersprache beherrschen! Erfolgreich, leicht (sich) lernend Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gesällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Dampfwäscherei „Sonnenlicht“, Nixdorf, Bergstraße 55, Leibnizstraße 10, große Bezüge 15, Handtücher, Taschentücher 4 Stück 10 Pfennig. Schonendste Behandlung, freie Abholung von 3 Mark an. 2575R*

Handwäscherei, 3 und 4 Handtücher 10 Pfennig, Bett- und Leibwäsche 10 Pfennig. Abholung und Lieferung Donnerstag. Frau Seichom, Köpenick, Wilhelmstraße 14. 2504R

Möbliertes Zimmer an Herren vermietet Otto, Zwillingstraße 23a, Emsergebäude I. 145

Kleines Zimmer, allein, ist zu vermieten Oranienstraße 186, rechter Seitenhügel II. 1934b

Schlafstellen.
Genosse findet freundliche Schlafstelle bei Haase, Schöneberg, Bismarckstraße 4. 1407

Herr findet Schlafstelle Küstrinerplatz 9, vorn II rechts. 144

Möbliertes Schlafstelle zu vermieten Kroschmann, Schleißerstraße 41.

Arbeitsmarkt.
Minder Einstufiger bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Wäber, Dönhofsstraße 27. 1408b

Stellengesuche.
Minder Einstufiger bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Wäber, Dönhofsstraße 27. 1408b

Stellenangebote.
Chausseestraße „Am Wedding“, nur Gerichtstraße 17, größte, bedeutendste, nimmt stets Lehrlinge an. Theoretische und praktische Ausbildung zum Chausseur unter Ingenieurleitung. Werkstätten mit elektrischer Kraft. Kostenlose Vermittlung hochbegabter Stellen. 2838*

Schneider sucht Goldleistenfabrik Barthels, Nischelstraße 17. 1953b

Wamlers auf Paletots verlangt Niels, Swinemünderstraße 50.

Tüchtige Tischmalerin verlangt G. Klink, Köpenickerstraße 21. 1423

Goldleisten.
Tüchtige (selbständige) Verstärker gegen hohen Lohn für dauernd sofort gesucht.
A. H. Freiberg & Co.
(G. m. b. H.)
Deutsch-Amerikanische Leistenfabrik
Chertassel-Tüschendorf.

Kautionsfähiger Hausarbeiter
(Zigarrenmacher)
in Hamburg gesucht. 54892*
Offerten uml. C. 1 Exp. b. Btg.

Lichtpauser,
der Wandbau erlernen will, firm in allen Berufen, bei gutem Lohn in dauernde Stellung gesucht.
Rutecki & Kapsa, Posen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Begen Streit und Differenzen 19 gelöst:
für Vergolder u. Leistenpolierer die Firma Mackensen, Ritterstraße 47. 86/17*
Für Bodenleger gesperrt der Bau Schillerstr. 121/122, Firma Mittag.
Bau der Firma Schüttke, Grefenlagenerstr. 10.
Bau der Firma Schüpke & Bloch, Wilschauerstraße 13.
Bau der Firma Petsch, Rosenhainerstraße, Ecke Nischelstraße.
Für Korbmacher Schmidt, Dresdenstr. 82.
Die Ortsverwaltung.